

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Urban Gardening in Wien: Eine kontrastive Fallstudie zur sozialräumlichen Ungleichheit, institutionellen Selektivität und symbolischen Aushandlung urbaner Teilhabe

verfasst von | submitted by

Alessa Esther Heidenreich BS

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Science (MSc)

Wien | Vienna, 2026

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 915

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Betriebswirtschaft

Betreut von | Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Bernhard Kittel

Abstract

Diese Arbeit untersucht Urban-Gardening-Initiativen in Wien aus einer sozial- und raumsoziologischen Perspektive. Im Zentrum steht die Frage, warum sich urbane Gartenprojekte in unterschiedlichen Wiener Bezirken, trotz formal vergleichbarer politischer und institutioneller Rahmenbedingungen ungleich entwickeln. Anhand eines kontrastiven Bezirksvergleichs wird analysiert, welche sozialen, räumlichen und institutionellen Mechanismen die Entstehung, Stabilisierung und Sichtbarkeit von Urban-Gardening-Initiativen strukturieren.

Empirisch basiert die Untersuchung auf einem qualitativ-interpretativen Forschungsdesign mit leitfadengestützten Interviews mit Akteur:innen aus Garteninitiativen sowie relevanten intermediären und institutionellen Kontexten. Der Vergleich mehrerer Bezirke dient dabei nicht der Typisierung einzelner Stadtteile, sondern der Rekonstruktion übergreifender Muster und Differenzlinien. Theoretisch ist die Arbeit in einem integrativen Rahmen verankert, der Bourdieus Kapitaltheorie, raumsoziologische Ansätze nach Lefebvre und Löw sowie institutionentheoretische Konzepte miteinander verbindet.

Die Analyse zeigt, dass Urban Gardening als sozial selektiv strukturiertes Handlungsfeld zu verstehen ist, in dem die Wirkung formell gleicher Förder- und Beteiligungsinstrumente maßgeblich von ungleichen Kapitalausstattungen, räumlichen Zuschreibungen und institutionellen Vermittlungsstrukturen abhängt. Unterschiede zwischen Garteninitiativen lassen sich weniger auf einzelne Standortfaktoren zurückführen, als auf kumulative Effekte aus Ressourcenzugängen, Formen der Raumaneignung und institutioneller Selektivität. Die Arbeit verdeutlicht damit, dass Urban Gardening kein per se inklusives Instrument urbaner Teilhabe darstellt, sondern bestehende sozialräumliche Ungleichheiten reproduzieren oder verstärken kann, wenn strukturelle Voraussetzungen unbeachtet bleiben.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS	3
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	3
1 EINLEITUNG	4
1.1 UNGLEICHVERTEILUNG ALS STRUKTURELLES PHÄNOMEN	5
1.2 BISHERIGE ERKENNTNISSE UND ANALYTISCHE LEERSTELLE	5
1.3 WISSENSCHAFTLICHE UND GESELLSCHAFTLICHE RELEVANZ	6
1.4 ANALYTISCHER RAHMEN	6
1.5 AUFBAU DER ARBEIT	8
2 FORSCHUNGSSTAND UND FORSCHUNGSLÜCKE	9
2.1 BEGRIFFSBESTIMMUNG UND KONTEXTUALISIERUNG VON URBAN GARDENING	9
2.2 ZENTRALE FORSCHUNGSANSÄTZE	10
2.3 FORSCHUNGSLÜCKE UND ERKENNTNISINTERESSE	14
3 THEORETISCHE FUNDIERUNG	14
3.1 VOM EMPIRISCHEN PHÄNOMEN ZUR THEORETISCHEN RAHMUNG	15
3.2 KAPITALTHEORIE NACH BOURDIEU	15
3.3 RAUMSOZIOLOGISCHE PERSPEKTIVEN NACH LEFEBVRE UND LÖW	16
3.4 INSTITUTIONENTHEORIE UND GOVERNANCE	17
3.5 SYNTHESE UND WIEN ALS FALLSTUDIENKONTEXT	18
3.5 THEORETISCHES ARGUMENT, FORSCHUNGSFRAGE UND ERWARTUNGEN	20
4 METHODOLOGIE	23
4.1 QUALITATIV INTERPRETATIVER FORSCHUNGSANSATZ	24
4.2 FALLAUSWAHL UND SAMPLINGSTRATEGIE	25
4.3 ERHEBUNGSDESIGN UND INTERVIEWDURCHFÜHRUNG	30
4.4 AUSWERTUNGSVERFAHREN UND CODIERUNG	35
5. EMPIRISCHE FALLANALYSE IN KONTRASTIVEN WIENER BEZIRKEN	39
5.1 ANALYTISCHE EINORDNUNG DER AKTEURS- UND INSTITUTIONSLANDSCHAFT	39
5.2 KAPITALZUGÄNGE UND RESSOURCENMOBILISIERUNG	44
5.2.1 ÖKONOMISCHES KAPITAL: RESSOURCENVERFÜGBARKEIT UND ORGANISATIONSFÄHIGKEIT	45
5.2.2 KULTURELLES KAPITAL: WISSENSZUGÄNGE UND HANDLUNGSSICHERHEIT	47
5.2.3 SOZIALES KAPITAL: NETZWERKE, VERMITTLUNG UND HANDLUNGSSPIELRÄUME	50
5.2.4 SYMBOLISCHES KAPITAL: SICHTBARKEIT, ANERKENNUNG UND LEGITIMITÄT	53
5.2.5 KAPITALVERTEILUNG UND ORGANISATORISCHE KONSOLIDIERUNG	55
5.3 RAUMSOZIOLOGISCHE DIFFERENZIERUNG	56
5.3.1 MATERIELLE NUTZUNG: PHYSISCHE RAUMANEIGNUNG UND HANDLUNGSSPIELRÄUME	57
5.3.2 GEMEINSCHAFTLICHE NUTZUNG: TEILHABEFORMEN UND KOLLEKTIVE RAUMPRODUKTION	59
5.3.3 ÖFFENTLICHE SICHTBARKEIT: WAHRNEHMBARKEIT, ANERKENNUNG UND REICHWEITE	62
5.3.4 ÄSTHETIK UND SYMBOLIK: DEUTUNG DES STADTRAUMS	65
5.3.5 AUSSCHLUSS UND BEGRENZUNG: ZUGANGSHÜRDEN UND IMPLIZITE SCHRANKEN	67
5.3.6 RAUMANEIGNUNG IN SOZIOÖKONOMISCHEN KONTEXTEN	69

5.4 INSTITUTIONELLE SELEKTIVITÄT UND GOVERNANCE-DYNAMIKEN	70
5.4.1 FÖRDER- UND UNTERSTÜTZUNGSSTRUKTUREN: RESSOURCEN UND HANDLUNGSSPIELRÄUME	71
5.4.2 ZUGANGSBEDINGUNGEN UND BÜROKRATIE: REGELN, KOMPLEXITÄT UND SELEKTIVITÄT	73
5.4.3 INTERMEDIÄRE AKTEUR:INNEN: VERMITTLUNG, KOORDINATION UND ÜBERSETZUNGSEFFEKTE	75
5.4.4 SELEKTIVE INSTITUTIONELLE WIRKUNGEN: UNGLEICHE UNTERSTÜTZUNGSEFFEKTE	77
5.4.5 INSTITUTIONELLE PFADABHÄNGIGKEITEN: STRUKTUREN UND FOLGEWIRKUNGEN	79
5.4.6 INSTITUTIONELLE SELEKTIVITÄT UND VERSTETIGUNGSEFFEKTE	80
6 DISKUSSION	81
6.1 KAPITAL, RAUM UND INSTITUTIONEN ALS VERSCHRÄNKTE STRUKTURBEDINGUNG	82
6.2 RELATIONALE DYNAMIKEN UND MECHANISMEN DER UNGLEICHHEIT	83
7 FAZIT UND AUSBLICK	84
7.1 ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE UND BEANTWORTUNG DER FORSCHUNGSFRAGE	85
7.2 EMPIRISCHE, PRAKTISCHE UND POLITISCHE ABLEITUNGEN	86
7.3 AUSBLICK	87
LITERATURVERZEICHNIS	89
ANHANG	96
ANHANG 1: INTERVIEWLEITFADEN	96
ANHANG 2: INTERVIEWPARTNER:INNEN	98
ANHANG 3: TABELLARISCHE ÜBERSICHT DER CODIERSTRUKTUR	99
ANHANG 4: INSTITUTIONELLE UND AKTEURS BEZOGENE EINORDNUNG	101

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Theoretischer Bezugsrahmen	19
Abbildung 2: Codierungsstruktur um den theoretischen Bezugsrahmen	36

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Bedeutung
AHS	Allgemeinbildende Höhere Schule
BHS	Berufsbildende Höhere Schule
E1-3	Erwartung 1-3
EEA	European Environment Agency
IP	Interview Protokoll
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
MA	Magistratsabteilung
MA 18	Magistratsabteilung 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung
MA 22	Magistratsabteilung 22 - Umweltschutz
MA 42	Magistratsabteilung 42 - Wiener Stadtgärten
MA 49	Magistratsabteilung 49 - Forst- und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien
NGO	Non-Governmental Organization

1 Einleitung

Der Klimawandel stellt eine der zentralen Herausforderungen urbaner Gegenwart dar (IPCC, S. 144). Städte sind aufgrund ihrer hohen Bevölkerungsdichte und infrastrukturellen Verdichtung besonders anfällig für klimatische Extremereignisse wie Hitzewellen und Starkregenereignisse (Seto et al. 2011, S. 1). Europäische Städte werden künftig häufiger und intensiver von sommerlicher Überhitzung und städtischen Wärmeinseleffekten betroffen sein (IPCC, S. 175) (EEA 2025, S. 92).

Als Reaktion auf diese Herausforderungen rücken lokale Resilienz-Strategien in den Fokus, darunter Maßnahmen grüner Infrastruktur und partizipativer Stadtentwicklung (Balas et al. 2024, 415ff.). Urban Gardening wird dabei verstanden als Praxis, die ökologische Ziele, Mikroklimakühlung, Biodiversität, mit sozialen Effekten verbindet: Nachbarschaftsbildung, Umweltbildung und Rauman eignung (Guitart et al. 2012, 365ff.) (Krasny und Tidball 2009, 12ff.).

Wien ist von Klimawandelfolgen betroffen. Der durchschnittliche Jahrestemperaturanstieg lag 2021, mit, um die 2°C, im internationalen Vergleich, doppelt so hoch und es ist kein gegensätzlicher Trend ersichtlich (Zechmeister et al. 2022, S. 13). Besonders dicht bebaute Bezirke mit geringer Grünflächenverfügbarkeit erfahren verstärkte Wärmeinseleffekte (Stadt Wien 2024, S. 15). Als Antwort fördern städtische Institutionen Urban Gardening durch Programme wie „Garteln in Wien“ (Roth et al. 2019, S. 8).

Doch die räumliche Verteilung von Urban-Gardening-Projekten in Wien ist ungleich. Eine Analyse zeigt Unterschiede in Häufigkeit, Stabilität und institutioneller Verankerung zwischen verschiedenen Bezirken (Kumnig et al. 2017, S. 243ff.). Diese Ungleichverteilung ist nicht allein durch Flächenverfügbarkeit oder Bevölkerungsgröße zu erklären. Sie verweist auf ein grundlegendes Phänomen: Urban Gardening ist nicht homogen, sondern durch spezifische soziale, institutionelle und räumliche Bedingungen geprägt (Iuliano et al. 2017, 25ff.) (McClintock 2014a, 147ff.).

Die vorliegende Arbeit untersucht diese Ungleichheit systematisch. Sie fragt: Welche Mechanismen produzieren und stabilisieren die beobachtete ungleiche räumliche Verteilung von Urban-Gardening-Projekten in Wien? Wie wirken Kapitalverteilung nach Bourdieu (Jurt 2012, 21ff.), institutionelle Strukturen (North 2012; Thelen 2005) und räumliche Codierung (Löw 2001, 35ff.; Lefebvre 2007) zusammen, um diese Ungleichheit zu reproduzieren?

1.1 Ungleichverteilung als strukturelles Phänomen

Die Ungleichverteilung von Urban-Gardening-Projekten in Wien ist beobachtbar und dokumentierbar. Sie erscheint jedoch nicht zufällig oder nur als Resultat einzelner lokaler Faktoren. Vielmehr deuten systematische Unterschiede darauf hin, dass strukturelle Mechanismen am Werk sind (Kumnig et al. 2017, 243ff.).

Diese Mechanismen sind dreierlei Art: Erstens sozial, die ungleiche Verfügbarkeit von Bourdieus Kapitalressourcen (Jurt 2012). Zweitens institutionell, die Selektivität von Förder- und Governance-Strukturen (North 2012; Thelen 2005). Drittens räumlich, die symbolische und materielle Codierung von Stadtteilen, die bestimmte Praktiken ermöglicht oder erschwert (Lefebvre 2007; Löw 2001).

Die Problematik liegt darin, dass diese Mechanismen nicht isoliert wirken, sondern zusammen ein System bilden, in dem Ungleichheit produziert und stabilisiert wird. Urban-Gardening-Projekte entstehen nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet, sondern dort, wo die Bedingungen günstiger sind. Welche Kernpunkte dies sind und wie sie zusammenwirken, ist die zentrale Frage dieser Arbeit.

1.2 Bisherige Erkenntnisse und analytische Leerstelle

Die Forschung zu Urban Gardening hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein beträchtliches Wissen zu dessen positiven Effekten akkumuliert: zu Biodiversität (Guitart et al. 2012), zu Gesundheit (Sempik et al. 2005, 3ff.), zu Ernährung. Gleichzeitig ist eine kritische Linie entstanden, die auf Ambivalenzen verweist: Urban Gardening kann unter bestimmten Bedingungen, Gentrifizierungsprozesse begleiten und bestehende soziale Strukturen reproduzieren (Dooling 2009, 629ff.).

Weniger untersucht ist jedoch die grundlegende Frage nach den Bedingungen der Ungleichverteilung selbst: Welche Faktoren erklären, dass Urban Gardening in manchen Stadtteilen emergiert und persistiert, während es in anderen ausfällt oder marginalisiert bleibt (Iuliano et al. 2017)? Wie wirken Kapitalverteilung, institutionelle Arrangements und räumliche Strukturen zusammen (Jurt 2012)? Für Wien existiert keine systematische empirische Analyse dieser Frage.

Diese Forschungslücke ist relevant, da Wien ein ideales Untersuchungsfeld darstellt. Die Stadt ist durch erhebliche sozioökonomische Varianz zwischen ihren 23 Bezirken charakterisiert und

verfügt zugleich über dezentralisierte Governance-Strukturen (Novy und Colomb 2013; Tammaru et al. 2015; Sadurní et al. 2025), die es ermöglichen, lokale Unterschiede unter kontrollierten Rahmenbedingungen zu untersuchen (Tammaru et al. 2015, 10ff.). Diese methodische Konstellation, hohe intra-urbane Varianz bei geteilten übergeordneten Rahmenbedingungen, bietet optimale Voraussetzungen für eine systematische Analyse von Mechanismen.

1.3 Wissenschaftliche und gesellschaftliche Relevanz

Wissenschaftlich adressiert diese Arbeit eine Lücke an der Schnittstelle von urbaner Klimaforschung, Wirtschaftssoziologie und Raumforschung. Sie wendet theoretische Konzepte aus Kapitaltheorie (Bourdieu), Institutionentheorie (North, Thelen) und Raumsoziologie (Lefebvre, Löw) zur Erklärung eines konkreten urbanen Phänomens an. Damit leistet sie einen Beitrag zur Analyse von Partizipationsmechanismen, der über affirmative Rhetorik hinausgeht und strukturelle Bedingungen fokussiert (Brenner et al. 2009, S. 1993).

Gesellschaftlich ist die Frage nach Mechanismen der Ungleichverteilung relevant für eine reflektierte Gestaltung von Beteiligungsinstrumenten. Wenn Urban Gardening als Klimaadaptationsstrategie und Partizipationsinstrument in städtische Politik integriert wird, ist es wichtig zu verstehen, welche Faktoren zu ungleicher Realisierung führen, um diese Effekte möglicherweise zu moderieren oder zu korrigieren.

1.4 Analytischer Rahmen

Die zentrale Forschungsfrage dieser Arbeit lautet wie folgt.

„Warum nehmen Urban-Gardening-Initiativen in sozial unterschiedlich strukturierten Wiener Bezirken verschiedene Dynamiken der Entstehung, Entwicklung und gesellschaftlichen Wahrnehmung an?“

Die vorliegende Arbeit untersucht diese Frage durch eine vergleichende Fallstudienanalyse in vier kontrastierenden Wiener Bezirken (Brigittenau, Favoriten, Hietzing, Döbling). Die Analyse basiert auf sieben problemzentrierten Akteur:inneninterviews, die es ermöglichen, die Perspektiven von Initiator:innen, Koordinator:innen und institutionellen Akteur:innen zu erfassen und die Bedingungen ihrer Handlungsmöglichkeiten zu rekonstruieren.

Diese Forschungsfrage verbindet drei zentrale Analyseebenen. Erstens die soziale Struktur, in der Kapitalverteilungen (Bourdieu) die Handlungsmöglichkeiten der Akteur:innen bestimmen, zweitens die soziale Produktion von Raum nach Lefebvre und Löw, in der Urban Gardening als sichtbare oder unsichtbare Praxis urbaner Aneignung entsteht (Eizenberg, 2012, S. 765-770; Schmelzkopf, 1995, S. 367-372) und drittens die institutionelle Selektivität nach North (2012, S. 3-10), Thelen (2004, S. 31-36) und Brenner et al. (2009, S. 176-184), die erklärt, wie politische Strukturen bestimmte Akteursgruppen begünstigen oder ausschließen (Miraftab, 2009, S. 34-38; Rosol, 2010, S. 548-563).

Aus dieser theoretischen Herleitung ergeben sich folgende drei Erwartungen, die als heuristische Leitlinien der empirischen Untersuchung dienen:

1. In Anlehnung an **Bourdieus Kapitaltheorie** ist anzunehmen, dass die Handlungs- und Organisationsfähigkeit von Urban-Gardening-Initiativen von der ungleichen Verfügbarkeit sozialer und kultureller Ressourcen abhängt. Projekte in sozial privilegierten Kontexten verfügen tendenziell über bessere Zugänge zu Wissen, Kontakten und administrativer Unterstützung, was ihre institutionelle Verstetigung erleichtert.
2. Aufbauend auf **raumsoziologischen Ansätzen** (Lefebvre, Löw) kann erwartet werden, dass sich Urban Gardening in unterschiedlichen Stadtteilen auch als unterschiedliche Form der Raumaneignung manifestiert. Während in sozioökonomisch schwächeren Bezirken gemeinschaftliche Nutzung und soziale Einbindung im Vordergrund stehen, treten in wohlhabenderen Bezirken häufiger ästhetisch-symbolische Formen der Gestaltung und Repräsentation hervor.
3. Es ist zu erwarten, dass die **institutionelle Unterstützung** von Urban-Gardening-Initiativen nicht in allen Bezirken gleichermaßen wirksam ist. Lokale Verwaltungsstrukturen und **intermediäre Organisationen** spielen dabei eine zentrale Rolle. Ihre unterschiedlichen Kapazitäten und Netzwerke können die Umsetzung von Projekten fördern oder begrenzen und so bestehende soziale Ungleichheiten reproduzieren.

1.5 Aufbau der Arbeit

Die Struktur der Arbeit folgt dem Ablauf eines systematisch entwickelten, theoriegeleiteten Forschungsprozesses im Kontext qualitativer Sozialforschung. Ausgangspunkt ist die Analyse einer gesellschaftlich relevanten Problemlage ,genauer der Frage, wie urbane Garteninitiativen in Wien unter Bedingungen sozialräumlicher Ungleichheit entstehen, verankert und politisch gerahmt werden. Diese Problemstellung wird im Rahmen der Einleitung (Kapitel 1) kontextualisiert, theoretisch motiviert und durch eine präzise Forschungsfrage konturiert.

Anschließend erfolgt die systematische Herleitung der Forschungslücke (Kapitel 2) durch eine Auseinandersetzung mit bestehenden wissenschaftlichen Debatten zu Urban Gardening, sozialräumlicher Exklusion und institutioneller Steuerung im internationalen wie lokalen Kontext. Diese Diskussion mündet in eine konzeptionelle Problematisierung, die die Grundlage für die theoretische Fundierung bildet.

Der theoretische Rahmen (Kapitel 3) verbindet drei komplementäre Perspektiven Bourdieus Kapitaltheorie, raumsoziologische Ansätze von Lefebvre und Löw sowie institutionentheoretische Zugänge nach North und Thelen. Diese Triangulation dient der mehrdimensionalen Analyse der Bedingungen, Selektionsmechanismen und symbolischen Ordnungen, die urbane Gartenpraktiken strukturieren. Die daraus abgeleiteten Annahmen bilden die Grundlage für die Operationalisierung im empirischen Teil.

Das methodologische Kapitel (Kapitel 4) beschreibt die qualitative Forschungsstrategie, die Entwicklung des Interviewleitfadens, die Auswahl der Interviewpartner:innen sowie das Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse. Das Auswertungsverfahren wird detailliert dargelegt, einschließlich der Codierlogik, der Arbeit mit der Software Quirkos sowie der theoretisch fundierten Kategoriensystematik (vgl. Anhang 3).

Die empirische Analyse (Kapitel 5) erfolgt entlang der drei zentralen Analyserichtungen: Kapitalverteilung, Raumaneignung und institutionelle Selektivität. Auf Basis eines kontrastiven Vergleichs zwischen unterschiedlichen Bezirken und Akteurspositionen werden zentrale Muster und Differenzlinien rekonstruiert.

In der Diskussion (Kapitel 6) werden die Ergebnisse mit dem theoretischen Rahmen rückgekoppelt, zentrale Mechanismen der Inklusion und Exklusion identifiziert und kritisch reflektiert. Abschließend (Kapitel 7) werden die zentralen Befunde zusammengeführt, Implikationen für Forschung und Praxis abgeleitet und Perspektiven für weiterführende

Untersuchungen aufgezeigt. Literaturverzeichnis und Anhang dokumentieren die verwendeten Quellen sowie zentrale methodische Materialien zur Nachvollziehbarkeit der Studie.

2 Forschungsstand und Forschungslücke

Ziel dieses Kapitels ist es, den aktuellen Stand der Forschung zu Urban Gardening in internationalen und lokalen Kontexten systematisch darzustellen. Dabei werden sowohl sozialwissenschaftliche als auch interdisziplinäre Perspektiven berücksichtigt. Auf dieser Grundlage wird die spezifische Forschungslücke identifiziert, die mit der vorliegenden Arbeit adressiert werden soll.

2.1 Begriffsbestimmung und Kontextualisierung von Urban Gardening

Zu Beginn ist es relevant, die zentrale Analysekategorie dieser Arbeit, Urban Gardening, sowohl begrifflich als auch theoretisch zu verorten. Urban Gardening bezeichnet die nicht-kommerzielle gärtnerische Nutzung städtischer Flächen durch Einzelpersonen oder Gruppen mit dem Ziel, Pflanzen zu kultivieren, soziale Beziehungen zu stärken und Räume des Gemeinwohls zu schaffen (Rosol 2010, S. 552). Diese Praxis ist von ihrer räumlichen, sozialen und politischen Kontextualisierung geprägt und kann als Ausdruck zivilgesellschaftlicher Aneignung urbaner Freiräume verstanden werden (Müller 2011, 49ff.). Im Unterschied zur Urban Agriculture, die auf wirtschaftliche Selbstständigkeit und marktorientierte Produktion ausgerichtet ist, basiert Urban Gardening typischerweise auf freiwilligem Engagement, kollektiver Selbstorganisation und gemeinwohlorientierten Zielsetzungen (Opitz et al. 2016, S. 342) (Specht et al. 2013, S. 35).

Zahlreiche Studien differenzieren innerhalb dieser Praxis verschiedene Organisationsformen, wie zum Beispiel informelle Nachbarschaftsgärten, institutionalisierte Schulgärten oder temporäre Zwischennutzungen (Guitart et al. 2012, 366ff.) (Drake und Lawson 2015, 242ff.). Allen Varianten gemeinsam ist das Spannungsverhältnis zwischen Nutzung, Raumproduktion und gesellschaftlicher Einbettung. Urban Gardening ist somit nicht nur eine landwirtschaftliche oder ökologische Technik, sondern auch ein soziales Feld, in dem Fragen der Zugehörigkeit, Partizipation und Stadtentwicklung ausgehandelt werden (Certomà und Tornaghi 2015, S. 1125).

Die Praxis kann darüber hinaus als Antwort auf multiple urbane Herausforderungen verstanden werden, darunter Klimawandel, soziale Fragmentierung und Zugang zu öffentlichen Gütern (Taylor und Lovell 2014, S. 302) (Specht et al. 2013, S. 35). Insbesondere in Städten des

globalen Nordens wird Urban Gardening zunehmend als Teil nachhaltiger Stadtentwicklung positioniert, auch wenn seine Umsetzung und Rezeption sozial ungleich ausfallen (McClintock 2014a, 157ff.) (Rosol 2010, 552ff.). Die Gemeinschaftsgärten fungieren dabei als Orte der sozialen Interaktion und des kollektiven Handelns, die zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts beitragen (Firth et al. 2011, 561ff.).

2.2 Zentrale Forschungsansätze

In der internationalen wissenschaftlichen Literatur hat Urban Gardening seit den frühen 2000er Jahren zunehmend Aufmerksamkeit erlangt und wird unter verschiedenen Begriffen wie „urban agriculture“, „community gardening“ und „food justice“ diskutiert (McClintock 2014a, 157ff.) (Skar et al. 2020, S. 3). Die Forschung zu urbanen Gartenprojekten hat sich dabei über verschiedene geografische Kontexte und Disziplinen hinweg entwickelt, wobei systematische Reviews einen globalen Trend zu verstärkter wissenschaftlicher Auseinandersetzung dokumentieren (Yan et al. 2022, 13ff.).

Zahlreiche Studien heben die vielfältigen sozialökonomischen und gesundheitlichen Beiträge von Urban Gardening hervor. Eine systematische Übersichtsarbeit von Hume et al. (Hume et al. 2022) analysierte 53 Studien und identifizierte positive Effekte auf Ernährungssicherheit, Obst- und Gemüsekonsum sowie psychosoziale Gesundheitsindikatoren. Community Gardens tragen nachweislich zur Verbesserung des Zugangs zu frischen Lebensmitteln bei, insbesondere in „food-insecure“ communities (Hume et al. 2022, S. 62). Darüber hinaus dokumentieren internationale Fallstudien, aus verschiedenen Kontexten, von Central Florida bis Cape Town, dass urbane Gärten die soziale Kohäsion stärken, Familienbindungen verbessern und zur mentalen Gesundheit beitragen (Schanbacher und Cavendish 2023, 7ff.) (Kanosvamaha und Tevera 2023, 3105ff.).

Ein zentraler Forschungsstrang untersucht den Beitrag von Urban Gardening zur Ernährungssouveränität und Resilienz urbaner Ernährungssysteme (Skar et al. 2020, S. 3) (Gregory et al. 2016, S. 778). Studien zeigen, dass „urban agriculture in walkable neighborhoods“ während der COVID-19-Pandemie besonders wirksam war, um Ernährungsunsicherheit abzumildern und das subjektive Wohlbefinden zu stärken (Iida et al. 2023, 5ff.). Gleichzeitig wird deutlich, dass die produktiven Kapazitäten urbaner Landwirtschaft häufig überschätzt werden und Gemeinschaftsgärten eher durch ihre sozialen und kulturellen Ökosystemleistungen als durch Nahrungsmittelproduktion zur Ernährungssicherheit beitragen (Siegnier et al. 2018, 20ff.).

Parallel zur Dokumentation positiver Wirkungen hat sich eine kritische Forschungsperspektive entwickelt, die die ambivalenten Effekte urbaner Gartenprojekte untersucht. (McClintock 2014a, 157ff.) argumentiert in seinem wegweisenden Artikel, dass Urban Gardening gleichzeitig radikale, reformistische und neoliberale Charakteristiken aufweisen kann und nicht per se als progressiv oder emanzipatorisch verstanden werden sollte. Urbane Begrünung wird zunehmend in städtische Aufwertungsprozesse eingebunden und kann unbeabsichtigt zu „green gentrification“ beitragen (Anguelovski et al. 2019, 10ff.) (Gould und Lewis 2017, 1ff.).

Die Forschung zu „green gentrification“ hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen, wobei systematische Reviews methodologische Trends und geografische Schwerpunkte identifizieren (Quinton et al. 2022, 970ff.). Studien aus Denver, New York und anderen US-amerikanischen Städten zeigen, dass Urban Gardening-Initiativen trotz guter Absichten zu Verdrängungsprozessen beitragen können, insbesondere wenn sie als „sustainability initiatives“ von Kommunalverwaltungen oder Investoren instrumentalisiert werden (Anguelovski et al. 2019, 10ff.). In diesem Kontext fungiert urbane Begrünung als kurzfristiger Vorteil, aber langfristig zur Revalorisation von Nachbarschaften und damit zur Vertreibung sozial schwächerer Bewohner:innen beiträgt. Ein weiterer kritischer Aspekt betrifft die soziale Selektivität des Zugangs zu Community Gardens. Empirische Studien belegen, dass alternative „food programs“, einschließlich Community Gardens, überwiegend weiße Bevölkerungsgruppen der Mittel- und Oberschicht bedienen, wodurch bestehende Ungleichheiten in der Ernährungssicherheit reproduziert werden (Butterfield und Ramírez 2021, 6ff.). Das Betiteln von Urban Gardening-Projekten spielt dabei eine zentrale Rolle. Die verwendete Sprache und symbolischen Repräsentationen können unbeabsichtigt Barrieren für einkommensschwache und minoritisierte Bevölkerungsgruppen schaffen (Butterfield und Ramírez 2021, S. 1).

Politische und institutionelle Rahmenbedingungen

Die Wirksamkeit von Urban Gardening-Programmen hängt maßgeblich von politischen und institutionellen Rahmenbedingungen ab. Internationale Vergleichsstudien zu Regelungen der Stadtbegrünung dokumentieren eine große Vielfalt in der Gestaltung von Förderinstrumenten, Landzugangsmechanismen und institutioneller Unterstützung (Marini et al. 2023, 3ff.) (Santo et al. 2024, 4ff.). In den USA zeigen Analysen der 40 bevölkerungsreichsten Städte, dass 75 Prozent der Städte mindestens einen Mechanismus für Landzugang bieten, aber nur 20 Prozent multiple Optionen anbieten, und dass Mechanismen für temporäre Nutzung deutlich häufiger sind als solche für langfristige Landrechte (Santo et al. 2024, 4ff.). Die Effektivität staatlicher

Programme zur Förderung von Urban Agriculture variiert erheblich. Während Studien aus Indonesien positive Evaluationen zeigen (Artanti et al. 2023, 534ff.), verweisen kritische Analysen aus Südafrika auf strukturelle Defizite: mangelnde Koordination zwischen Behörden, komplexe und unklare Verfahren zur Flächenakquise sowie unzureichende finanzielle und technische Unterstützung (Kanosvamhira und Tevera 2023, S. 3109). Besonders problematisch ist, dass viele Förderprogramme implizite Anforderungen stellen organisatorisches Know-how, administrative Kapazitäten oder kulturelles Kapital, die nicht gleichmäßig über soziale Gruppen verteilt sind (Siegner et al. 2018, 2ff.).

Environmental Justice und räumliche Ungleichheit

Die Forschung zu „environmental justice“ bildet einen wichtigen theoretischen und empirischen Rahmen für die Untersuchung sozialräumlicher Ungleichheiten im Zugang zu Urban Gardening und grüner Infrastruktur (Anguelovski 2013, 1ff.). Anguelovski zeigt in ihrer Analyse marginalisierter Nachbarschaften in Barcelona, Boston und Havanna, dass benachteiligte Communities häufig systematisch vom Zugang zu urbanen Grünprojekten ausgeschlossen werden (Anguelovski 2013, 213ff.). Neuere Studien dokumentieren persistente Ungleichheiten in der Verteilung von städtischen Grünflächen entlang sozioökonomischer und ethnischer Linien in verschiedenen nationalen Kontexten, von den USA über China bis nach Europa (Rahman et al. 2025, 7ff.).

Das Konzept des "Right to the City", theoretisch fundiert durch (Lefebvre 2007) und weiterentwickelt durch Harvey (2008), bietet einen konzeptionellen Rahmen zur Analyse von Teilhabe, Verteilungsgerechtigkeit und Aneignung öffentlicher Räume (Lefebvre 2007). In diesem Kontext werden urbane Gärten als Orte verstanden, an denen sich Machtverhältnisse, Zugangsbeschränkungen und soziale Kämpfe um städtischen Raum manifestieren (Tornaghi 2014, S. 563).

Partizipation und soziale Reichweite

Ein zentrales Problem vieler Urban Gardening-Programme besteht in der selektiven sozialen Reichweite von Beteiligungsformaten. Empirische Studien belegen, dass partizipative Planungsprozesse häufig von bildungsnahen, ressourcenstarken Milieus dominiert werden, während marginalisierte Gruppen, darunter einkommensschwache Haushalte, migrantische Communities und ältere Menschen, unterrepräsentiert bleiben. Sprachliche, kulturelle und zeitliche Barrieren wirken als strukturelle Ausschlussmechanismen, selbst wenn Programme formal inklusiv gestaltet sind (van de Wetering und Groenleer 2024, 547ff.).

Die Forschung zu Sozialkapital und Stadtbegrünung zeigt, dass Gemeinschaftsgärten zwar das Potenzial haben, Sozialkapital durch Bindung, Überbrückung und Verknüpfung zu stärken. Diese Prozesse jedoch stark kontextabhängig sind und nicht automatisch zur Überwindung sozialer Segmentierung führen (Opitz et al. 2016, 352ff.). Vielmehr reproduzieren urbane Gartenprojekte häufig bestehende soziale Netzwerke und Machtstrukturen (Butterfield und Ramírez 2021, 7ff.).

Forschung im deutschsprachigen Raum und Wien

Im deutschsprachigen Raum und insbesondere in Wien hat die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Urban Gardening seit den 2010er Jahren zugenommen, bleibt jedoch weniger systematisch als die internationale Forschung. Studien von (Mayrhofer 2021, 4ff.) und (Winkler et al. 2019, 14ff.) dokumentieren die Vielfalt urbaner Gartenprojekte in Deutschland und deren Beitrag zu nachhaltigen Lebensstilen und gesellschaftlicher Transformation. In Wien zeigen Analysen, dass urbane Gärten als Schnittstellen zwischen Partizipation, Nachhaltigkeitspolitik und zivilgesellschaftlichem Engagement fungieren (Mocca et al. 2020, 3ff.).

Die Forschung zu Wiens städtischer Umweltpolitik dokumentiert einen mehrschichtigen Governance-Ansatz, der ökologische Ziele mit sozialen Dimensionen verbindet, aber zunehmend von ökonomischen Kriterien und techno-managerialen Lösungsansätzen geprägt ist (Mocca et al. 2020). Förderprogramme wie „Garteln in Wien“ werden zwar als partizipative Instrumente konzipiert, ihre tatsächliche Wirksamkeit variiert jedoch erheblich zwischen verschiedenen Stadtteilen und sozialen Gruppen (Mayrhofer 2021, 10ff.).

Studien weisen darauf hin, dass auch in Wien implizite Anforderungen an Projektträger:innen, wie organisatorisches Know-how, administrative Kompetenz und kulturelles Selbstbewusstsein, zu einer selektiven Wirksamkeit von Fördermaßnahmen führen können (Mayrhofer 2021, 13ff.). Diese Anforderungen werden von unterschiedlichen sozialen Gruppen nicht in gleichem Maße erfüllt, was die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit partizipativer Stadtentwicklungspolitik aufwirft (Mocca et al. 2020, 16ff.).

2.3 Forschungslücke und Erkenntnisinteresse

Trotz der zunehmenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Urban Gardening im deutschsprachigen Raum und besonders in Wien mangelt es bislang an systematischen, vergleichenden Analysen, die die unterschiedliche Ausprägung, Sichtbarkeit und institutionelle Unterstützung von Urban-Gardening-Initiativen in unterschiedlichen sozialräumlichen Kontexten innerhalb Wiens untersuchen. Bestehende Studien verweisen zwar auf die Bedeutung sozialer Ressourcen, intermediärer Akteur:innen und politischer Förderstrukturen, jedoch bleibt offen, wie diese Faktoren in verschiedenen Bezirken konkret zusammenspielen und welche sozialen Mechanismen zu einer selektiven Entwicklung urbaner Gartenprojekte beitragen.

Insbesondere fehlt bislang eine vertiefte Analyse, welche Bedingungen dazu führen, dass Urban Gardening in einigen Bezirken als kollektives, institutionell gestütztes Teilhabeprojekt sichtbar wird, während es in anderen eher als individuelle oder marginale Praxis verbleibt. Die vorliegende Arbeit schließt diese Forschungslücke durch eine kontrastiv angelegte Fallstudie in vier Wiener Bezirken mit unterschiedlicher sozialstruktureller Prägung.

Im Gegensatz zu rein deskriptiven Fallstudien verfolgt diese Untersuchung einen theoriegeleiteten Zugang, der wirtschaftssoziologische, raumsoziologische und institutionentheoretische Perspektiven integriert. Damit leistet sie einen Beitrag zur Erklärung selektiver Urbanität, zur kritischen Reflexion partizipativer Stadtentwicklung und zur Weiterentwicklung theoretischer Konzepte sozialer Raumproduktion.

3 Theoretische Fundierung

Die theoretische Fundierung dieser Arbeit verfolgt das Ziel, die sozialen und institutionellen Bedingungen von Urban-Gardening-Initiativen in Wien systematisch zu analysieren. Dabei wird Urban Gardening nicht nur als ökologische oder gesundheitsfördernde Praxis verstanden, sondern als Ausdruck sozialer Aushandlungsprozesse im städtischen Raum. Um die unterschiedlichen Ausprägungen dieser Praxis in verschiedenen Bezirken erklären zu können, greift die Arbeit auf ein interdisziplinäres Theoriegerüst zurück, das Perspektiven der Kapital-, Raum- und Institutionentheorie miteinander verbindet.

3.1 Vom empirischen Phänomen zur theoretischen Rahmung

In der internationalen und zunehmend auch deutschsprachigen Forschung wurde Urban Gardening als sozialräumliches Phänomen identifiziert, das über ökologische oder gesundheitsfördernde Aspekte hinaus gesellschaftliche Fragen berührt. Während frühe Studien positive Effekte wie soziale Kohäsion (Krasny und Tidball 2009, S. 13), ökologisches Lernen (Guitart et al. 2012, S. 367) und gesundheitsbezogene Vorteile (Sempik et al. 2005, 3ff.) hervorhoben, rückte in den letzten Jahren zunehmend eine kritische Perspektive auf Ungleichheitsdimensionen in den Vordergrund (Anguelovski et al. 2019, 1ff.) (Tornaghi 2014, S. 554) (McClintock 2014a, S. 19).

Diese kritischen Zugänge zeigen, dass Urban Gardening in unterschiedlichen städtischen Kontexten divergierende soziale Funktionen und Wirkungen entfaltet (Rosol 2010, S. 555–559). Während einige Projekte dauerhaft bestehen und politische Anerkennung genießen, bleiben andere prekär oder verschwinden wieder. Zudem weisen raumanalytische Studien auf eine ungleiche geografische Verteilung hin, die auf tieferliegende strukturelle Prozesse verweist (Drake und Lawson 2015, S. 250).

Die vorliegende Arbeit verbindet drei theoretische Perspektiven, um Urban Gardening als soziales Feld differenziert zu analysieren. Erstens die Kapitaltheorie Bourdieus, die soziale Ungleichheiten in Bezug auf ökonomisches, soziales, kulturelles und symbolisches Kapital erklärt, zweitens raumsoziologische Ansätze nach Lefebvre und Löw, die die Produktion und Aneignung von Raum als sozialen Prozess fassen und drittens institutionentheoretische Überlegungen (Thelen 2005; North 2012), die die Wirkung formeller und informeller Regeln sowie intermediärer Strukturen untersuchen.

Diese mehrdimensionale Rahmung ermöglicht eine Analyse von Urban Gardening als komplexem Wechselspiel zwischen sozialer Ressourcenverteilung, symbolischer Raumproduktion und institutioneller Steuerung. Damit leistet die Arbeit einen Beitrag zum Verständnis selektiver Urbanität und zu einer kritisch-reflexiven Perspektive auf partizipative Stadtentwicklungspolitik.

3.2 Kapitaltheorie nach Bourdieu

Pierre Bourdieu unterscheidet vier Kapitalformen. Ökonomisches Kapital umfasst finanzielle Ressourcen, kulturelles Kapital existiert in inkorporierter (Bildung), objektivierter (Kulturgüter) und institutionalisierter Form (Bildungstitel). Dahingegen besteht soziales

Kapital aus Netzwerken und symbolisches Kapital bezeichnet gesellschaftliche Anerkennung. Diese Kapitalformen sind ineinander konvertierbar und strukturieren Handlungsmöglichkeiten in sozialen Feldern, relativ autonomen Arenen mit spezifischen Spielregeln Bourdieus (Jurt 2012, 21ff.).

Übertragen auf Urban Gardening bedeutet dies, dass die Verfügbarkeit über Kapitalformen die Realisierungschancen von Gartenprojekten strukturiert (Rosol 2010, S. 558). Drake und Lawson dokumentieren in ihrer Befragung von 158 Gartenprojekten, dass erfolgreiche Projekte überdurchschnittlich häufig von Personen mit höherer formaler Bildung initiiert werden und über etablierte Verbindungen zu Behörden verfügen (Drake und Lawson 2015). Internationale Studien zeigen, dass Gartenprojekte in privilegierteren Gebieten häufiger mit Nachhaltigkeitsdiskursen verknüpft werden, während in weniger privilegierten Kontexten pragmatische Aspekte dominieren (Pourias et al. 2016, S. 270).

Bourdieu's Konzept des Habitus, das System verinnerlichter Dispositionen, ist zentral für das Verständnis, wie soziale Strukturen in individuelle Handlungsmuster übersetzt werden (Jurt 2012, 21ff.). Akteure mit höherem kulturellem Kapital haben tendenziell einen Habitus entwickelt, der es ihnen ermöglicht, institutionelle Spielregeln strategisch zu nutzen. Pudup zeigt, dass die Art der Projektkommunikation über bestimmte Medienkanäle oder in spezifischen sprachlichen Codes, subtile Selektionsmechanismen aktiviert (Pudup 2008, S. 1229). Bourdieu bezeichnet solche Mechanismen als symbolische Gewalt: die Durchsetzung von Definitionen, die als neutral erscheinen, aber Machtverhältnisse reproduzieren (Broadfoot 1978; Bourdieu 1992).

3.3 Raumsoziologische Perspektiven nach Lefebvre und Löw

Henri Lefebvres Konzeption der sozialen Raumproduktion unterscheidet drei dialektisch verbundene Dimensionen. Der „*espace perçu*“ (wahrgenommener Raum) umfasst materielle Praktiken, der „*espace conçu*“ (konzipierter Raum) bezieht sich auf planerische Raumkonzeptionen. Dahingegen bezeichnet der „*espace vécu*“ (gelebter Raum) symbolisch aufgeladene Alltagserfahrungen (Lefebvre 2007). Diese Konzeption erlaubt es, Urban Gardening als Praxis der Raumproduktion zu verstehen (Schmelzkopf 1995).

Lefebvres Konzept des „Rechts auf Stadt“ artikuliert die Forderung nach demokratischer Teilhabe an der Produktion urbanen Raumes (Kofman und Lebas 1996). Eizenberg interpretiert Gemeinschaftsgärten als Praktiken, die dieses Recht durch kollektive Raumanerkennung

aktualisieren (Eizenberg 2012). Gleichzeitig weisen kritische Studien darauf hin, dass diese Aneignung ambivalent wirken kann (Dooling 2009).

Studien zur grünen Gentrifizierung dokumentieren, dass Gartenprojekte unter bestimmten Bedingungen zu ästhetischer Aufwertung und steigenden Immobilienpreisen beitragen können (Dooling 2009, 624ff.). Anguelovski et al. zeigen für Barcelona, dass urbane Gärten zunächst zu lokalen Verbesserungen führten, mittelfristig jedoch Gentrifizierungsprozesse katalysierten, die ärmere Bewohner:innen verdrängten (Anguelovski et al. 2019, 2ff.). Diese Befunde deuten darauf hin, dass räumliche Effekte nicht neutral sind, sondern durch Kapitalverteilung strukturiert werden (Dooling 2009, 624ff.).

Martina Löws relationale Raumsoziologie konzeptualisiert Raum als kontinuierlichen Konstitutionsprozess durch Syntheseleistungen sozialer Akteure. Diese Konstitution ist machtförmig strukturiert, hierbei wird aufgeschlüsselt, dass derjenige Raum gestalten darf, der die gesellschaftliche Positionierung und Ressourcen hat (Löw 2001, 166ff.). Krasny und Tidball (2009) dokumentieren empirisch, dass identische Gartenpraktiken in verschiedenen sozioökonomischen Kontexten zu unterschiedlichen räumlichen und symbolischen Effekten führen, die räumliche Bedeutung hängt von der symbolischen und materiellen Macht der beteiligten Akteure ab (Certomà 2015).

3.4 Institutionentheorie und Governance

Douglass Norths institutionentheoretischer Ansatz definiert Institutionen als „Regeln des Spiels“, formelle (Gesetze) und informelle (Normen) Strukturen, die Verhalten beeinflussen. Institutionen schaffen Erwartungssicherheit, können jedoch selektive Effekte entfalten, indem sie bestimmte Akteure systematisch begünstigen (North 2012).

Rosol zeigt für Berlin, dass die Formalisierung von Gartenprojekten durch Vereinsregistrierung und Versicherungspflicht die soziale Zusammensetzung veränderte. Projekte mit höheren organisatorischen Kapazitäten erhielten institutionelle Anerkennung, während informelle Initiativen marginalisiert wurden (Rosol 2010, 551ff.). Colding et al. (2013) argumentieren, dass institutionelle Regelungen implizit spezifische Kapazitäten voraussetzen, formale Bildung, Verwaltungskompetenz, sprachliche Ausdrucksfähigkeit, die sozial ungleich verteilt sind (Colding et al. 2013).

Karen Thelens (2004, S. 31-36) Konzept des graduellen institutionellen Wandels unterscheidet drei Mechanismen: Umlenkung (Umwidmung bestehender Institutionen), Schichtung

(Hinzufügen neuer Regeln) und Drift (graduelle Veränderung durch Kontextbedingungen) (Mahoney und Thelen 2016, 15ff.). Kumnig (2017), zeigt für Wien, dass die schrittweise Formalisierung der Gartenpolitik zu ambivalenten Effekten führte. Mehr Unterstützung, aber gleichzeitig Formalisierungsanforderungen, die die ressourcenarmen Gruppen benachteiligen (Kumnig et al. 2017, 95ff.).

Frühe institutionelle Entscheidungen führen zu Pfadabhängigkeiten, die spätere Entwicklungen strukturieren (Thelen 2005, S. 29–31). Ein frühzeitig etabliertes Förderprogramm schafft institutionelle Kapazitäten und Netzwerke, die weitere Projekte begünstigen, während fehlende frühe Institutionalisierungen zur Marginalisierung führen können.

Die Governance-Literatur konzeptualisiert städtische Steuerung als Netzwerkinteraktion zwischen staatlichen, zivilgesellschaftlichen und privaten Akteuren (Pierre 2000; Stoker 2008). Dies bedeutet eine Transformation staatlicher Handlungslogiken in kooperative, aber selektive Formen (Jessop 2002; Swyngedouw 2005). Miraftabs Unterscheidung zwischen „eingeladenen“ und „erfundenen“ Partizipationsräumen zeigt, dass nicht alle Projekte gleichermaßen integriert werden. Während einige institutionelle Anerkennung erhalten, verbleiben andere prekär (Miraftab 2009, S. 34–38).

In Städten mit dezentralisierter Governance kann institutionelle Fragmentierung besonders ausgeprägt sein (Novy und Colomb 2013, 217ff.). Tammaru et al. dokumentieren für europäische Hauptstädte erhebliche sozioökonomische Unterschiede zwischen Stadtteilen, die sich mit dezentralen Verwaltungsstrukturen zu unterschiedlichen institutionellen Kontexten verbinden (Tammaru et al. 2015, 78ff.).

3.5 Synthese und Wien als Fallstudienkontext

Die drei theoretischen Perspektiven bilden zusammen einen integrativen Analyserahmen. Die Kapitaltheorie ermöglicht die Ausarbeitung, wie unterschiedliche Ressourcenausstattungen die Initiierung und Dauerhaftigkeit von Gartenprojekten strukturieren (Jurt 2012, 21ff.). Die Raumsoziologie analysiert, wie Urban Gardening zur Produktion und Transformation urbanen Raumes beiträgt, von inkludierender Raumaneignung bis zu exkludierender Gentrifizierung (Löw 2001). Die Institutionentheorie untersucht, wie Regelstrukturen den Zugang rahmen und durch Pfadabhängigkeiten prägen (North 2012; Thelen 2005).

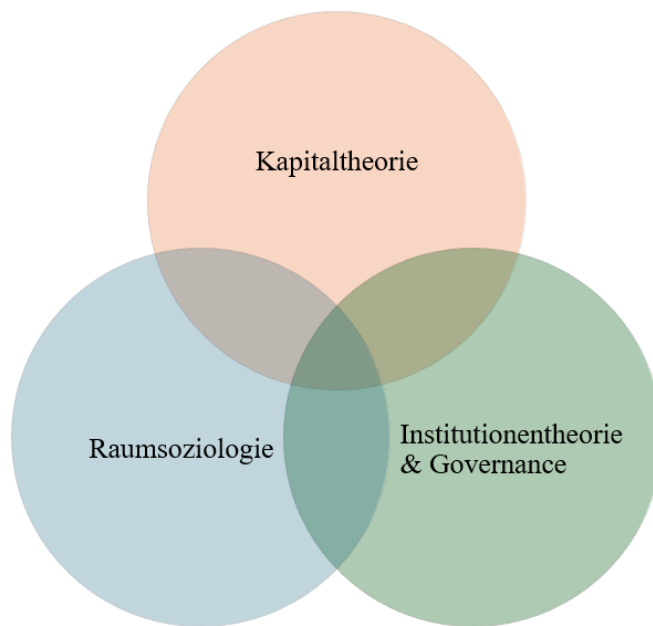


Abbildung 1: Theoretischer Bezugsrahmen

Diese drei Dimensionen wirken zusammen, wie in einer einfachen visuellen Darstellung in Abbildung 1 skizziert. Akteure mit hohem Kapital können sich in fragmentierten institutionellen Strukturen strategischer bewegen, was zu räumlichen Effekten führt, die wiederum Kapitalverteilung verstärken können (Rosol 2010, S. 557; Anguelovski et al. 2019). Umgekehrt werden Akteure mit geringerem Kapital durch institutionelle Barrieren marginalisiert, was ihre Projekte prekär macht (Pudup 2008, 1232ff.).

Die theoretische Rahmung legt nahe, dass eine empirische Analyse Urban Gardening in einem Kontext untersuchen sollte, der sowohl ausgeprägte sozioökonomische Varianz als auch institutionelle Fragmentierung aufweist. Wien erfüllt diese Bedingungen in mehrfacher Hinsicht als idealer Fallstudienkontext.

Erstens dokumentieren Sadurní et al. mit aktuellen administrativen Daten, dass sich Wien in zwei große sozioökonomische Cluster gliedert, die durch Wohlstandsunterschiede, ethnische Diversität und Wohnpräferenzen strukturiert sind (Sadurní et al. 2025, 6ff.). Tammaru et al. zeigen in ihrer europäischen Vergleichsstudie, dass Wien zwischen 2001 und 2011 zunehmende sozioökonomische Segregation erfahren hat, wobei sich wohlhabende und ärmere Haushalte zunehmend in verschiedenen Bezirken konzentrieren. Diese ausgeprägten sozioräumlichen Unterschiede innerhalb einer Stadt schaffen ideale Bedingungen für eine vergleichende Analyse (Tammaru et al. 2015, 80ff.).

Zweitens verfügt Wien über eine dezentralisierte Governance-Struktur mit 23 Bezirken, die jeweils über eigene Bezirksvertretungen mit begrenzten, aber relevanten Kompetenzen in lokaler Stadtentwicklung und Grünraumpolitik verfügen (Novy und Colomb 2013, 217ff.). Diese institutionelle Fragmentierung führt dazu, dass Bezirke unterschiedliche Regelungen, Förderprioritäten und Kapazitäten entwickeln können. Wohlhabendere Bezirke verfügen tendenziell über größere Budgets und professionalisierte Verwaltungen, während ärmere Bezirke mit Ressourcenengpässen konfrontiert sind (Mocca et al. 2020, 8ff.).

Drittens teilen alle Bezirke übergeordnete Rahmenbedingungen (Wiener Bauordnung, Bundesgesetze, städtische Strategien), was einen systematischen Vergleich ermöglicht, bei dem geteilte Rahmenbedingungen konstant gehalten werden, während lokale Varianz analysiert werden kann. Diese Kombination aus hoher sozioökonomischer Varianz, institutioneller Fragmentierung und geteilten übergeordneten Rahmenbedingungen macht Wien methodologisch besonders geeignet für eine vergleichende Fallstudienanalyse (Novy und Colomb 2013, 8ff.).

Viertens ist Wien international bekannt für seine Sozialpolitik, insbesondere im Wohnbereich, was interessante Kontraste zu stark neoliberalen Stadtentwicklungsmustern in anderen europäischen Städten ermöglicht (Novy und Colomb 2013, 7ff.). Die Frage, ob und wie Urban Gardening auch in einem sozialdemokratisch geprägten urbanen Kontext zur Reproduktion von Ungleichheiten beiträgt, ist theoretisch und praktisch relevant.

Die 23 Bezirke können somit als vergleichbare, aber distinkte Fallstudien-Einheiten konzeptualisiert werden, die es ermöglichen, die theoretisch postulierten Zusammenhänge zwischen Kapitalverteilung, Raumproduktion und institutionellen Strukturen empirisch zu untersuchen. Die ausgeprägte Varianz bei gleichzeitig kontrollierten Rahmenbedingungen bietet optimale Voraussetzungen für eine komparative Analyse, die kausale Mechanismen identifizieren kann (Tammaru et al. 2015, 80ff.).

3.5 Theoretisches Argument, Forschungsfrage und Erwartungen

Ausgehend von den theoretischen Überlegungen Bourdieus, Lefebvres, Löws sowie Norths, Thelens und Brenners et al. lässt sich Urban Gardening als soziales Feld begreifen, in dem soziale Positionen, symbolische Ordnungen und institutionelle Strukturen ineinandergreifen.

Bourdieus Kapitaltheorie ermöglicht, Urban Gardening als Ausdruck sozialer Positionierung zu verstehen. Wer über mehr kulturelles, soziales oder symbolisches Kapital verfügt, kann sich

Räume leichter aneignen (Drake und Lawson 2015, 245ff.), Projekte sichtbarer machen und institutionelle Unterstützung sichern (Pudup 2008, 1233ff.). Lefebvre und Löw betonen, dass Raum sozial produziert wird, durch Praktiken, Bedeutungszuschreibungen und Machtbeziehungen. Raum ist somit kein neutrales Gefäß, sondern das Ergebnis sozialer Aushandlung. Urban Gardening manifestiert sich räumlich unterschiedlich. In privilegierten Kontexten wird es zur symbolisch aufgeladenen Nachhaltigkeitspraxis (Anguelovski et al. 2019, 470ff.), während es in marginalisierten Kontexten eher pragmatisch orientiert bleibt (McClintock 2014a, 158ff.). Diese unterschiedliche räumliche Konstitution ist eng mit der Kapitalausstattung der beteiligten Akteure verknüpft (Certomà 2015, 28ff.). North, Thelen und Brenner et al. (2009, S. 176-184) wiederum verdeutlichen, dass Institutionen nicht neutral sind, sondern selektiv wirken. Sie eröffnen Handlungsspielräume für manche Akteur:innen, während sie andere ausschließen oder marginalisieren. Formale Anforderungen wie Vereinsregistrierung oder Versicherungspflicht haben unterschiedliche Auswirkungen je nach Kapitalausstattung (Colding et al. 2013, 1042ff.). Institutionelle Pfadabhängigkeiten führen dazu, dass frühe Entscheidungen spätere Entwicklungen prägen (Kumnig et al. 2017, 95ff.).

In der Zusammenschau dieser Ansätze wird deutlich, dass Urban Gardening nicht nur ein ökologisches oder kulturelles Phänomen ist, sondern ein soziales Arrangement, in dem sich ungleiche Ressourcen, symbolische Macht und institutionelle Selektivität verdichten (Bourdieu; Lefebvre; North). Urban Gardening wird so zu einem Spiegel gesellschaftlicher Ungleichheit und zugleich zu einer Bühne, auf der soziale Gruppen ihre Ansprüche auf Raum, Anerkennung und Teilhabe artikulieren (Eizenberg 2012, 767ff.) (Schmelzkopf 1995, 367ff.). Diese theoretische Verknüpfung legt nahe, dass sich die Dynamik urbaner Gartenprojekte nicht allein durch ökologische Motivation oder politische Förderung erklären lässt, sondern durch das Zusammenspiel sozialer, räumlicher und institutioneller Kräfte (McClintock 2014b, 158ff.).

Bourdieu's Konzept der Kapitalverteilung erklärt, warum Akteur:innen unterschiedlich befähigt sind, an politischen Förderprogrammen zu partizipieren (Pudup, 2008, S. 1228-1235). Die symbolische Aufladung als „nachhaltig“ oder „innovativ“ ist nicht zufällig, sondern Ausdruck von Kapitalkonstellationen (Pudup, 2008, S. 1232-1235; McClintock, 2014, S. 160-163).

Lefebvres und Löws Raumbegriffe machen verständlich, dass diese ungleiche Befähigung sich räumlich manifestiert, in der Sichtbarkeit, Dauerhaftigkeit und symbolischen Aufladung bestimmter Projekte (Anguelovski et al., 2018, S. 470-478; Certomà, 2015, S. 28-32). Die

räumliche Konstitution urbaner Gärten ist machtförmig strukturiert und spiegelt die sozioökonomischen Positionierungen ihrer Träger:innen wider (Löw 2001, 183ff.).

Schließlich verdeutlichen North und Thelen, dass selbst formal gleiche institutionelle Regelungen ungleiche Wirkungen entfalten, da sie an bestimmte Ressourcen, Wissensformen und Netzwerke gekoppelt sind (Colding et al., 2013, S. 1042-1045). In dezentralisierten Governance-Strukturen wie Wien werden diese Effekte durch institutionelle Fragmentierung verstärkt. Unterschiedliche Bezirke entwickeln unterschiedliche Kapazitäten und Prioritäten (Novy et al., 2021, S. 217-220; Tammaru et al., 2016, S. 78-85).

Vor diesem theoretischen Hintergrund ergibt sich die zentrale Forschungsfrage der Arbeit:

„Warum nehmen Urban-Gardening-Initiativen in sozial unterschiedlich strukturierten Wiener Bezirken verschiedene Dynamiken der Entstehung, Entwicklung und gesellschaftlichen Wahrnehmung an?“

Diese Frage verbindet somit drei zentrale Analyseebenen. Erstens die soziale Struktur, in der Kapitalverteilung und Habitus nach Bourdieu, die Handlungsmöglichkeiten der Akteur:innen bestimmen. Zweitens wird die soziale Produktion von Raum nach Lefebvre und Löw adressiert, in der Urban Gardening als sichtbare oder unsichtbare Praxis urbaner Aneignung entsteht (Eizenberg, 2012, S. 765-770; Schmelzkopf, 1995, S. 367-372). Außerdem erklärt die institutionelle Selektivität nach North & Thelen wie politische Strukturen bestimmte Akteursgruppen begünstigen oder ausschließen (Miraftab, 2009, S. 34-38; Rosol, 2010, S. 548-563).

Aus dieser theoretischen Herleitung ergeben sich folgende drei Erwartungen, die als heuristische Leitlinien der empirischen Untersuchung dienen:

1. In Anlehnung an **Bourdieu's Kapitaltheorie** ist anzunehmen, dass die Handlungs- und Organisationsfähigkeit von Urban-Gardening-Initiativen von der ungleichen Verfügbarkeit sozialer und kultureller Ressourcen abhängt. Projekte in sozial privilegierten Kontexten verfügen tendenziell über bessere Zugänge zu Wissen, Kontakten und administrativer Unterstützung, was ihre institutionelle Verstetigung erleichtert.
2. Aufbauend auf **raumsoziologischen Ansätzen** (Lefebvre, Löw) kann erwartet werden, dass sich Urban Gardening in unterschiedlichen Stadtteilen auch als unterschiedliche Form der Raumaneignung manifestiert. Während in sozioökonomisch schwächeren Bezirken gemeinschaftliche Nutzung und soziale Einbindung im Vordergrund stehen, treten in wohlhabenderen Bezirken häufiger ästhetisch-symbolische Formen der Gestaltung und Repräsentation hervor.
3. Es ist zu erwarten, dass die **institutionelle Unterstützung** von Urban-Gardening-Initiativen nicht in allen Bezirken gleichermaßen wirksam ist. Lokale Verwaltungsstrukturen und **intermediäre Organisationen** spielen dabei eine zentrale Rolle. Ihre unterschiedlichen Kapazitäten und Netzwerke können die Umsetzung von Projekten fördern oder begrenzen und so bestehende soziale Ungleichheiten reproduzieren.

Diese Erwartungen verbinden die theoretische Argumentation mit der empirischen Analyse und bilden den Rahmen für die Interpretation der Interviews zu Urban Gardening in kontrastiven Wiener Bezirken.

4 Methodologie

Dieses Kapitel erläutert den methodischen Zugang der Arbeit, beschreibt die Auswahl der Untersuchungsbezirke, die Erhebungsinstrumente sowie die gewählte Auswertungsmethode. Die Untersuchung folgt einem qualitativ-interpretativen Forschungsdesign mit dem Ziel, soziale Mechanismen, Deutungsmuster und institutionelle Selektivitäten im Feld des Urban Gardening in unterschiedlichen sozialräumlichen Kontexten zu rekonstruieren (Flick 2018).

Das Forschungsdesign ist explizit theoriegesteuert und auf die Analyse der Wechselwirkungen zwischen Kapitalverteilung (Bourdieu), sozialer Raumproduktion (Lefebvre; Löw) und institutioneller Selektivität (North; Thelen) ausgerichtet. Es kombiniert ein multipel-

vergleichendes Fallstudiendesign mit leitfadengestützten, problemzentrierten Interviews als primärer empirischer Datenquelle.

Sekundärdaten in Form amtlicher Statistiken wurden ausschließlich zur theoriegeleiteten Auswahl und Kontrastierung der Untersuchungsbezirke sowie zur sozialstrukturellen Kontextualisierung im Rahmen der Auswahl der Interviewpartner:innen herangezogen. Sie dienen nicht als eigenständiges empirisches Analysekorpus, sondern ausschließlich der analytischen Rahmung und Vergleichbarkeit der qualitativen Fallstudien.

Die Methodenwahl ist so angelegt, dass die drei theoretischen Dimensionen systematisch adressiert und im Sinne einer theoriegeleiteten, reflexiven Analyse miteinander verschränkt werden können. Erkenntnis wird dabei als rekonstruktiver Prozess verstanden, in dem die subjektiven Perspektiven der Akteur:innen als Zugang zu übergreifenden sozialen und institutionellen Wirkungszusammenhängen dienen (Mayring 2019; Flick 2018).

4.1 Qualitativ interpretativer Forschungsansatz

Die empirische Untersuchung basiert auf einem qualitativ-interpretativen Forschungsansatz, der Erkenntnisgewinn primär über die systematische Rekonstruktion subjektiver Bedeutungszuschreibungen, Handlungsorientierungen und sozial-institutioneller Rahmungen anstrebt (Flick 2018). Dieser Zugang geht davon aus, dass soziale Wirklichkeit nicht objektiv gegeben, sondern durch Akteur:innen in spezifischen Kontexten aktiv hervorgebracht und gedeutet wird. Qualitative Forschung wird dabei nicht als neutraler Erhebungsprozess verstanden, sondern als reflexive, theoriegesteuerte Annäherung an Sinnstrukturen, die sich nur im intersubjektiven Verstehen erschließen lassen.

Im Zentrum steht nicht die statistische Generalisierbarkeit, sondern das tiefenanalytische Verständnis von sozialen Wechselwirkungen, wie der Aushandlung von Raum, dem Zugang zu Ressourcen oder der institutionellen Anerkennung zivilgesellschaftlicher Praktiken. Gerade im Feld des Urban Gardening, das stark durch kontextabhängige Praktiken, symbolische Codierungen und Governance-Arrangements geprägt ist, ermöglicht der qualitativ-interpretative Zugang eine adäquate Erfassung latenter Strukturen und impliziter Regeln.

Vor dem Hintergrund des dreifach theoretisch fundierten Analysemodells dieser Arbeit, Kapitalverteilung nach Bourdieu, Raumproduktion nach Lefebvre und Löw sowie institutionelle Selektivität nach North und Thelen, erweist sich dieser Zugang als besonders angemessen. Er erlaubt die empirische Erschließung der Synergien zwischen

Strukturbedingungen und subjektiver Handlungsfähigkeit auf der Ebene von Deutungen, Strategien und institutionellen Interaktionen.

Zugleich adressiert dieser Forschungsansatz eine zentrale Stärke qualitativer Methodologie: die Möglichkeit, soziale Ungleichheiten nicht nur in ihrer Erscheinung zu beschreiben, sondern deren Genese, Reproduktion und symbolische Absicherung in situativ gebundenen Bedeutungsstrukturen nachzuvollziehen (Flick 2018). Damit unterscheidet er sich grundlegend von quantitativ-standardisierten Designs, die auf Korrelationen und Verteilungen zielen, aber die komplexen, kontextuell verankerten Sinnhorizonte sozialen Handelns weitgehend ausblenden. Die qualitative Herangehensweise ist somit besonders geeignet für die Analyse nicht unmittelbar beobachtbarer Wirkungszusammenhänge wie symbolischer Anerkennung, kultureller Distinktion oder selektiver institutioneller Anschlussfähigkeit.

4.2 Fallauswahl und Samplingstrategie

Im folgenden Abschnitt wird dargelegt, wie die Fallstudien konzipiert und die Bezirke anhand sozialstruktureller und institutioneller Kriterien ausgewählt wurden, um theoretisch fundierte Vergleichsperspektiven auf urbane Gartenpraktiken zu ermöglichen. Die untersuchten Bezirke fungieren nicht als abgeschlossene Analyseeinheiten im Sinne von Territorialstudien, sondern als exemplarische Fallkontexte zur Herausarbeitung struktureller Kontraste, die im weiteren Verlauf in bezirksübergreifende Zusammenhänge eingebettet werden.

Multiple Fallstudie und kontrastiver Vergleich

Die empirische Untersuchung basiert auf einem multiplen Fallstudiendesign, das vier exemplarisch kontrastierte Wiener Bezirke Brigittenau (20.), Favoriten (10.), Hietzing (13.) und Döbling (19.), in den analytischen Blick nimmt. Dieses Design dient nicht der Beschreibung bezirksspezifischer Konfigurationen, sondern der systematischen Kontrastierung relevanter Strukturmerkmale, um kontextuelle Wirkmechanismen der sozialen Rauman eignung und institutionellen Sichtbarkeit von Urban Gardening-Projekten zu rekonstruieren (Yin 2014, 19ff.).

Fallstudienforschung stellt in diesem Rahmen ein qualitatives, theoriebasiertes Analyseverfahren dar, das nicht auf statistische Repräsentativität, sondern auf analytische Generalisierbarkeit zielt. Das multiple-case-Design wird hier als strukturvergleichendes Arrangement verstanden, in dem gleichartige Phänomene, urbane Gartenpraktiken, unter sozial differierenden Bedingungen untersucht werden. Die zentrale Erkenntnisabsicht liegt in der

theoriegenerierenden Identifikation institutioneller, kultureller und sozioökonomischer Einflussfaktoren, die selektive Teilhabechancen an Urban Gardening-Praktiken bedingen.

Die Fallauswahl folgt einer kontrastlogischen Anlage im Sinne der theoretisch kontrollierten Fallvariation (Kluge 2000, 7ff.). Ziel ist nicht die Repräsentation urbaner Wirklichkeit über räumliche Totalität, sondern die Heuristik strukturell divergierender Kontexte zur systematischen Erfassung sozialer und institutioneller Selektivitäten. Die untersuchten Bezirke unterscheiden sich hinsichtlich Kapitalverteilung, Governance-Strukturen, soziodemographischer Zusammensetzung und symbolischer Rahmung kontextuelle Faktoren, die als unabhängige Variablen institutioneller Sichtbarkeit, Zugangsmöglichkeiten und Projektstabilität fungieren.

Gleichzeitig ist die Untersuchung nicht auf bezirksspezifische Binnenverhältnisse beschränkt: Die erhobenen Daten beziehen sich in wesentlichen Teilen auf übergeordnete, institutionelle Akteurskonstellationen (z. B. ressortübergreifende Koordinierungsstellen, zivilgesellschaftliche Netzwerke, stadtweite Förderinstitutionen) sowie auf politische Entscheidungsträger:innen mit Wirkung über den untersuchten Bezirk hinaus. Auch wenn Bezirksvorstände mit kontrastierenden politischen Leitbildern in die Analyse einfließen, erfolgt keine reduktionistische Gleichsetzung von Fall und Bezirk. Vielmehr dient die Kontrastierung der Bezirke als analytischer Zugang zur Rekonstruktion strukturell selektiver Mechanismen urbaner Aneignungspraxen, die im weiteren Verlauf der Arbeit als bezirksübergreifende Phänomene rekonstruiert werden.

Das Zusammenspiel von multipler Fallstudie und kontrastivem Vergleich fungiert in dieser Arbeit somit als heuristisch geleitete Strategie theoriegenerierender Forschung, die auf die Identifikation latenter Strukturwirkungen, Deutungsmuster und institutioneller Selektionsprozesse im Feld des Urban Gardening abzielt. Es verbindet kontextnahe Fallrekonstruktion mit strukturvergleichender Analyse und trägt so zur Entwicklung eines praxistheoretisch fundierten Verständnis selektiver Urbanität bei (Jurt 2012, 21ff.; Rambow et al. 2014).

Theoretisch begründetes Sampling und Randbezirke

Die Auswahl der Fallkontexte folgt einem theoretisch fundierten Sampling-Ansatz, der nicht auf statistische Repräsentativität, sondern auf die analytische Relevanz von Kontrastfällen abzielt. Qualitative Stichproben intendieren gemäß Flick 2018 „informationsreiche“

Konstellationen zu erfassen, an denen sich zentrale Wirkmechanismen des Untersuchungsgegenstands exemplarisch beobachten und analysieren lassen. In dieser Logik wurden vier Wiener Bezirke ausgewählt, die bei formaler Gleichheit der städtischen Rahmenbedingungen strukturelle Differenzen in Bezug auf Kapitalausstattung, Governance-Muster und sozialräumliche Zusammensetzung aufweisen.

Die Konzentration auf Randlagen ist methodologisch begründet: Innerstädtische Bezirke, wie der 1. Bezirk, wurden ausgeschlossen, da sie durch extreme bauliche Verdichtung, hohe Flächenkonkurrenz (Tourismus, repräsentativer Wohnungsbau, kommerzielle Nutzung) und geringe Verfügbarkeit ungenutzter Freiräume gekennzeichnet sind. Diese Konfiguration erschwert nicht nur die Entstehung von Urban Gardening-Projekten, sondern produziert institutionelle Ausgangslagen, die mit jenen peripherer Bezirke nicht sinnvoll vergleichbar sind (Land Wien 2024b, 2024a).

Auch der 15. Bezirk (Rudolfsheim-Fünfhaus) wurde trotz vorhandener Initiativen nicht in das Fallensemble aufgenommen. Ausschlaggebend war hier die Kombination aus hoher Bevölkerungsfluktuation, fehlender institutioneller Verankerung und einer stadtstrukturellen Übergangsposition, die weder als peripher noch als eindeutig zentrumsnah klassifizierbar ist (Dangschat 2007; Land Wien 2024b). Ziel war es, eindeutige Kontrastlagen abzubilden, nicht intermediäre Mischtypen.

Zentral für die Fallauswahl war die theoretisch motivierte Entscheidung, ökonomisch und sozial kontrastierende Fallgruppen gegenüberzustellen. Anstelle einer möglichst breiten Repräsentation des urbanen Feldes wurde bewusst auf eine analytisch kontrollierte Dichotomisierung gesetzt, um unterschiedliche Mechanismen der Teilhabe, Ressourcenzuweisung und institutionellen Anerkennung sichtbar machen zu können. Die gewählten Fallgruppen, zwei Bezirke mit vergleichsweise prekären (Brigittenau, Favoriten) und zwei mit privilegierten Ausgangsbedingungen (Hietzing, Döbling), fungieren hierbei nicht als repräsentative Idealtypen, sondern als strukturkontrastive Analyseachsen innerhalb eines gemeinsamen urbanen Rahmens.

Auch wenn nicht alle ausgewählten Bezirke, wie beispielsweise Döbling, durch hohe Binnenheterogenität gekennzeichnet sind, liegt ihre forschungspraktische Relevanz in der klar konturierten sozialen Struktur. Diese eindeutige Rahmung stärkt die analytische Trennschärfe

und ermöglicht die gezielte Untersuchung von Selektionsmechanismen innerhalb unterschiedlich ausgestatteter Sozialräume.

Flankierend zur Analyse dieser vier Bezirke wurden in der empirischen Umsetzung zudem übergeordnete, nicht-bezirklich gebundene Institutionen, zivilgesellschaftliche Dachorganisationen sowie ressortübergreifende Verwaltungsakteur:innen in das Sample aufgenommen. Diese erweitern den analytischen Fokus über das Bezirksniveau hinaus und erlauben eine Rekonstruktion jener institutionellen Selektionsmechanismen, die nicht an lokale Besonderheiten gebunden, sondern stadtweit wirksam sind.

Das gewählte Sampling-Design erlaubt somit eine kontrollierte Analyse sozialer Selektivität urbaner Gartenpraktiken unter weitgehend konstanten rechtlich-institutionellen Bedingungen. Unterschiede in Entstehung, Sichtbarkeit und institutioneller Anschlussfähigkeit von Projekten lassen sich auf dieser Basis nicht durch Regelwerksdivergenzen, sondern durch die ungleich verteilte Ausstattung mit ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital rekonstruieren (Rambow et al. 2014; Jurt 2012).

Auswahlkriterien für die Untersuchungsbezirke

Die Auswahl der Fallbezirke basiert auf einem Bündel empirisch überprüfbarer Indikatoren, die geeignet sind, strukturelle Unterschiede hinsichtlich sozioökonomischer Lebenslagen, sozialer Ressourcenausstattung und institutioneller Teilhabemöglichkeiten analytisch zu konturieren. Zum Einsatz kamen dabei insbesondere der Medianjahreseinkommen, die Arbeitslosenquote, der Anteil an Hochschulabsolvent:innen, die demographische Altersverteilung sowie der Anteil nicht-österreichischer Staatsbürger:innen. Diese Indikatoren entstammen dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Wien (Land Wien 2024a) und ermöglichen eine fundierte Differenzierung kontrastiver Sozialräume innerhalb eines gemeinsamen institutionellen Rahmens.

Die Indikatorenkombination diene nicht dem Ziel, homogene sozioökonomische Binnenwelten abzubilden, sondern der kontrollierten Erzeugung strukturvergleichender Kontrastlagen. Diese Kontrastierung erlaubt es, divergente Voraussetzungen urbaner Teilhabe sichtbar zu machen, ohne die Analyse auf ein binäres Bezirksdenken zu reduzieren. Entsprechend wird im empirischen Hauptteil der Arbeit auch keine systematische Einzelvergleiche auf Bezirksebene vorgenommen. Vielmehr fungieren die Fallgruppen als heuristische Strukturpole, anhand derer sich übergreifende Dynamiken urbaner Gartenpraktiken und institutioneller Selektivität analytisch differenzieren lassen.

Brigittenau und Favoriten als strukturell benachteiligte Kontexte

Brigittenau (20. Bezirk) verzeichnet laut den durchschnittlichen Nettoeinkommensdaten zwischen 2002 und 2023 ein jährliches Jahreseinkommen von 23.642€, was auf ein unterdurchschnittliches Einkommensniveau verweist. Favoriten (10. Bezirk) liegt mit 23 985€ geringfügig darüber, bleibt aber im stadtweiten Vergleich ebenfalls im unteren Einkommensdrittel (Stadt Wien 2025).

Auch die Arbeitslosenstatistiken verdeutlichen die strukturelle Vulnerabilität dieser Bezirke: Brigittenau weist mit 147 erwerbslosen Personen pro 1.000 Einwohner:innen einen Wert an der Obergrenze auf. Favoriten übertrifft diese Schwelle und verzeichnet, in dem gleichen Verhältnissystem 154 Erwerbslose. Beide Bezirke zeichnen sich durch eine überproportionale Präsenz von Personen mit Migrationshintergrund aus: In Brigittenau sind 40,4 % der Männer und 38,9 % der Frauen ausländischer Herkunft, in Favoriten 39,7 % bzw. 38,3 %. Diese Heterogenität verweist auf eine hohe Diversität und potenziell erhöhte institutionelle Vermittlungsbedarfe (Land Wien 2024a).

Die demographische Altersstruktur in beiden Bezirken zeigt eine Konzentration auf jüngere Alterskohorten, insbesondere unter 40 Jahren. Dieses Profil weist einerseits auf potenzielle Ressourcen für zivilgesellschaftliches Engagement, andererseits auf ökonomisch prekäre Lebensphasen mit erhöhter sozialer Unsicherheit hin. Bildungsstatistiken belegen eine Dominanz von Pflichtschulabschlüssen und Lehrausbildung, was langfristig eingeschränkte soziale Aufstiegsmöglichkeiten impliziert (Land Wien 2024b).

Diese Konfigurationen machen Brigittenau und Favoriten zu exemplarischen Fällen strukturell benachteiligter urbaner Kontexte, in denen Urban Gardening als Teilhabeform mit spezifischen Herausforderungen, aber auch emanzipatorischen Potenzialen konfrontiert ist.

Hietzing und Döbling als strukturell privilegierte Kontexte

Demgegenüber markieren Hietzing (13. Bezirk) und Döbling (19. Bezirk) zwei städtische Kontexte mit deutlich höheren sozioökonomischen Ressourcen. In Hietzing liegt das mittlere Jahreseinkommen bei dem zweithöchsten Wert Wiens mit 35.462€, in Döbling bei 33.188€ (Land Wien 2024a). Beide Bezirke weisen damit signifikant höhere Einkommensniveaus auf als die kontrastierten Fallgruppen.

Die Arbeitslosenquote ist entsprechend niedrig: In Hietzing kommen auf 1.000 Bewohner:innen lediglich 76 Erwerbslose, dies liegt deutlich unter dem Wiener Durchschnittswert, in Döbling liegt der Wert bei 83. Der Anteil ausländischer Staatsbürger:innen liegt jeweils zwischen 9 % und 11 %, was auf relativ homogene Sozialstrukturen verweist. Diese Homogenität bedeutet nicht zwangsläufig höhere Integrationsleistung, wohl aber geringere institutionelle Komplexität hinsichtlich pluraler Lebenslagen (Stadt Wien 2025).

Beide Bezirke verfügen über einen deutlich höheren Anteil älterer Bevölkerung (60+), was auf stabilisierte Lebenslagen, langfristige Wohnverhältnisse und gegebenenfalls stärkere Bindungen an lokale Institutionen schließen lässt. Auch das Bildungsniveau ist überdurchschnittlich hoch: Der Anteil an AHS/BHS- und Hochschulabschlüssen liegt signifikant über dem städtischen Mittelwert (Land Wien 2024b). Diese Merkmale deuten auf ein erhöhtes Maß an kulturellem Kapital und zivilgesellschaftlichem Ressourcenpotenzial hin, was im Feld des Urban Gardening sowohl Mobilisierungsmöglichkeiten als auch institutionelle Anschlussfähigkeit stärkt.

Zusammenfassend lassen sich Brigittenau und Favoriten als strukturell prekäre, Hietzing und Döbling als privilegierte Sozialräume typisieren. Diese analytische Gegenüberstellung bildet, in Ergänzung zur übergreifenden institutionellen Perspektive, den heuristischen Rahmen, um urbane Gartenpraktiken nicht als homogene Stadtphänomene, sondern als selektiv verteilte Möglichkeitsräume unter ungleichen Voraussetzungen zu analysieren (Jurt 2012; Flick 2018).

4.3 Erhebungsdesign und Interviewdurchführung

Qualitative Erhebungsstrategie und forschungslogische Einbettung

Die vorliegende Studie basiert methodisch auf leitfadengestützten, problemzentrierten Interviews, die als zentrales Instrument der Datenerhebung konzipiert wurden, um sozial-räumliche Dynamiken, Ressourcenzugänge und institutionelle Rahmungen im Feld urbaner Gartenpraktiken in Wien theoriegeleitet zu erfassen. Der qualitative Forschungszugang folgt einem rekonstruktiv-interpretativen Paradigma, das nicht auf statistische Repräsentativität, sondern auf kontextuelle Tiefenschärfe und theoretische Generalisierbarkeit abzielt (Flick 2018).

Das gewählte Interviewdesign kombiniert strukturierte Fragenblöcke mit offenen Erzählräumen. Diese methodische Form erlaubt eine theoriegeleitete Vergleichbarkeit

zwischen Interviews, ohne feldspezifische Eigenlogiken und situative Erfahrungsdimensionen zu nivellieren. Sie ist daher besonders geeignet, relationale Phänomene innerhalb komplexer sozialräumlicher Konstellationen, wie sie für Urban Gardening charakteristisch sind, differenziert zu rekonstruieren.

Theoretische Fundierung und Aufbau des Leitfadens

Der Interviewleitfaden wurde entlang eines dreidimensionalen theoretischen Bezugsrahmens konzipiert, der die analytische Ausrichtung dieser Arbeit bestimmt (vgl. Anhang 1). Er operationalisiert drei komplementäre Perspektiven:

- Kapitaltheoretische Zugänge Bourdieus: Fokus auf Ressourcenverfügbarkeit, -mobilisierung und -konvertierung (ökonomisch, kulturell, sozial, symbolisch) sowie auf deren Rolle für institutionelle Anschlussfähigkeit, Netzwerke und Projektstabilität.
- Raumsoziologische Ansätze Löw und Lefebvre: Untersuchung von Raumaneignung, Nutzungspraxen, Sichtbarkeiten und symbolischer Codierung von Gärten als sozial vermittelte Orte.
- Institutionentheoretische Konzepte Thelen und North: Analyse formeller und informeller Steuerungsstrukturen, Förderregime, Entscheidungslogiken und Kooperationsmechanismen.

Diese drei Dimensionen strukturierten die Fragesets im Interviewleitfaden und ermöglichten eine systematische, aber offene Erhebung der für das Forschungsinteresse zentralen Aspekte. Der Leitfaden wurde im Verlauf des empirischen Prozesses mehrfach angepasst, um neu aufkommende Themen theoriekompatibel zu integrieren. Somit wurde ein balancierter Zugang zwischen analytischer Struktur und empirischer Offenheit realisiert (Flick 2018).

Samplingstrategie und Auswahl der Interviewpartner:innen

Die Auswahl der Interviewpartner:innen folgte einer theoriegeleiteten, methodisch kontrollierten Samplingstrategie (vgl. Kluge, 2000), die auf analytischer Triangulation beruhte. Ziel war es, Akteur:innen einzubeziehen, die aufgrund ihrer Position im Feld unterschiedliche Perspektiven auf Urban Gardening einnehmen und damit komplementäre Einsichten in die Wechselwirkungen von Ressourcenzugängen, Raumpraktiken und institutioneller Steuerung ermöglichen.

Die Interviewpartner:innen wurden dementsprechend so ausgewählt, dass drei zentrale Akteursgruppen abgedeckt wurden:

1. Akteur:innen mit feldübergreifender thematischer Zuständigkeit (z. B. MA 42, Gartenpolylog, Bioforschung Austria), die einen Überblick über Ressourcenlagen, Netzwerkstrukturen und formale Förderinstrumente bieten,
2. zivilgesellschaftlich organisierte intermediäre Einrichtungen (z. B. Gebietsbetreuung Stadterneuerung, Lokale Agenda 21), die direkt mit konkreten Projekten arbeiten und ihre räumliche wie soziale Verankerung reflektieren,
3. verwaltungsseitige Akteur:innen auf der bezirkspolitischen Ebene (z. B. Bezirksvorstände Döbling und Brigittenau), die in Planungs-, Genehmigungs- und Förderprozesse institutionell eingebunden sind.

Das Sampling wurde gezielt so konzipiert, dass kontrastive Kontexte, insbesondere entlang sozioökonomischer Disparitäten, über institutionelle Zuständigkeitsbereiche hinweg analytisch erschlossen werden konnten. So wurden z. B. zwei Bezirksvorstände aus strukturell gegensätzlichen Bezirken (Brigittenau und Döbling) einbezogen, um Unterschiede in der institutionellen Rahmung vergleichend zu rekonstruieren, ohne die Untersuchung auf eine dichotome Gegenüberstellung einzelner Bezirke zu reduzieren.

Diese Falllogik wurde ergänzt durch die Einbindung bezirksübergreifender Einrichtungen, um sektorale Verschränkungen (z. B. zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und Planung) und generalisierbare Deutungsmuster zu erfassen. Die Zusammensetzung der Interviewpartner:innen folgt somit einer theoriebasierten Triangulationslogik, die sich an den drei analytischen Dimensionen orientiert und deren empirische Verschränkung methodisch sichtbar macht. Eine Übersicht der Interviewpartner:innen, ihrer institutionellen Einbindungen, Zuständigkeiten und Förderverhältnisse findet sich in Anhang 2.

Datenerhebung, Transkription und Dokumentation

Die Interviews wurden im Zeitraum von Juni bis November 2025 durchgeführt. Alle Gespräche wurden nach Zustimmung der Interviewten digital aufgezeichnet, vollständig transkribiert und im Anschluss zur Wahrung der Vertraulichkeit pseudonymisiert. Die Erhebung orientierte sich

an einem prozessual-offenen, jedoch theoriegeleitet strukturierten Vorgehen, das sowohl Vergleichbarkeit als auch Sensibilität gegenüber feldspezifischen Logiken gewährleistet.

Die resultierenden Interviewdaten bilden die zentrale empirische Grundlage der Auswertung. Sie ermöglichen eine theorieverankerte Analyse der Prozesse, die die Entstehung, Stabilisierung und institutionelle Einbettung von Urban-Gardening-Initiativen im Wiener Stadtraum prägen.

Kontextuelle Verortung durch Sekundärdaten

Zur kontextuellen Fundierung der Fallauswahl wurden ergänzend ausgewählte amtliche Statistiken und bezirksspezifische Strukturindikatoren herangezogen. Diese Daten dienten nicht der inhaltlichen Analyse, sondern unterstützten die theoriegeleitete Auswahl kontrastiver Bezirkskonstellationen sowie die Bestimmung relevanter Akteur:innen im urbanen Gartenfeld.

Insbesondere Informationen zu sozioökonomischen Merkmalen, wie Einkommensstruktur, Bildungsstand oder Migrationsanteil, aus den Bezirksprofilen der (Land Wien 2024b) wurden genutzt, um strukturelle Unterschiede zwischen den untersuchten Bezirken systematisch zu erfassen. Programmdokumente wie (Bioforschung) lieferten ergänzende Hinweise auf institutionelle Zuständigkeiten und thematische Schwerpunktsetzungen im Bereich Urban Gardening, die bei der Auswahl relevanter Interviewpartner:innen berücksichtigt wurden.

Eine eigenständige inhaltliche Auswertung dieser Dokumente im Sinne einer systematischen Sekundärdatenanalyse fand nicht statt. Die statistischen und programmatischen Materialien wurden ausschließlich zur fundierten Rahmung des Erhebungsdesigns verwendet.

Gütekriterien, Reflexivität und ethische Verantwortung

Die Qualität und wissenschaftliche Nachvollziehbarkeit der vorliegenden Studie orientiert sich an etablierten Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. Dazu zählen insbesondere Transparenz, Nachvollziehbarkeit, Angemessenheit, theoretisch-methodische Kohärenz, Reflexivität und ethische Integrität (Flick 2018; Lamnek und Krell 2016). Diese Kriterien dienen nicht der Formalisierung des Forschungsprozesses, sondern bieten einen reflexiven Rahmen zur Sicherung der Interpretationslogik im Sinne einer theoretisch fundierten, empirisch gestützten Erkenntnisgewinnung.

Transparenz und Nachvollziehbarkeit werden durch die systematische Darstellung des gesamten forschungslogischen Vorgehens gewährleistet. Von der theoriegeleiteten Auswahl kontrastiver Untersuchungsbezirke über die Entwicklung des Interviewleitfadens bis hin zur

Auswahl der Interviewpartner:innen wird jeder methodische Schritt begründet offengelegt. Die explizite Einbettung der Erhebung in ein analytisches Dreieck aus Kapitalverteilung, Raumproduktion und institutioneller Selektivität bildet dabei den zentralen Referenzrahmen, an dem sich sowohl die Leitfadenstruktur als auch die spätere Auswertung orientieren.

Angemessenheit bezieht sich auf die Passung zwischen Forschungsfrage, methodischem Design und Datengrundlage. Die Wahl problemzentrierter, leitfadengestützter Interviews erlaubt es, soziale Praktiken, Deutungsmuster und institutionelle Mechanismen in Bezug auf Urban Gardening in Wien differenziert zu rekonstruieren, ohne statistische Generalisierbarkeit zu beanspruchen. Ziel ist es, ein kontextsensitives Verständnis der Bedingungen zu erlangen, unter denen Urban-Gardening-Initiativen entstehen, stabilisiert oder marginalisiert werden.

Auch wenn keine eigenständige kodiergestützte Sekundäranalyse durchgeführt wurde, dienten kontextualisierende Statistiken und programmatische Dokumente der theoriegeleiteten Auswahl und analytischen Rahmung, wie bei der Festlegung der untersuchten Bezirke oder der Identifikation relevanter Akteursgruppen. Eine methodische Triangulation wurde also in einem strategischen Sinne realisiert: Die qualitativen Interviewdaten wurden nicht im Sinne eines Datenabgleichs trianguliert, sondern in ihrer Plausibilität durch strukturierende Kontextinformationen gestützt (Flick 2018).

Reflexivität bildet ein zentrales Gütekriterium interpretativer Forschung und bezieht sich auf die systematische Reflexion der forschenden Subjektposition. Die Auswahl der Interviewpartner:innen, die Gestaltung der Gesprächssituation und auch die Interpretation der Daten sind notwendigerweise durch theoretische Vorannahmen, eigene soziale Verortung und das forschungsleitende Erkenntnisinteresse geprägt. Diese subjektiven Einflüsse wurden nicht ausgeschlossen, sondern über das theoretische Analysegerüst transparent strukturiert und im Forschungsprozess fortlaufend kritisch reflektiert.

Schließlich wurde auch der ethischen Verantwortung in allen Phasen der Untersuchung Rechnung getragen. Die Einholung informierter Einwilligungen, die Anonymisierung personenbezogener Daten sowie der sensible Umgang mit potenziell stigmatisierenden Aussagen wurden konsequent umgesetzt. Die sprachliche Unterscheidung zwischen „einkommensstärkeren“ und „einkommensschwächeren“ Bezirken erfolgt rein analytisch zur strukturellen Kontextualisierung auf Basis amtlicher Indikatoren (Land Wien 2024b), nicht zur Bewertung der Bewohner:innen. Die Darstellung bemüht sich um eine faire, respektvolle und nicht-hierarchisierende Repräsentation aller Perspektiven im Feld.

4.4 Auswertungsverfahren und Codierung

Die Auswertung der leitfadengestützten Interviews erfolgt auf Grundlage der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015). Dieses Verfahren wurde gewählt, da es eine systematische, regelgeleitete und zugleich theoriebezogene Analyse umfangreichen sprachlichen Materials ermöglicht, ohne die kontextuelle Einbettung einzelner Aussagen zu verlieren. Ziel der Analyse ist nicht eine rein deskriptive Zusammenfassung der Interviews, sondern die rekonstruktive Erschließung jener Bedeutungsstrukturen, die die Handlungslogiken, Ressourcenbezüge und institutionellen Erfahrungen der interviewten Akteur:innen im Feld des Urban Gardening prägen.

Die qualitative Inhaltsanalyse wird in dieser Arbeit deduktiv-induktiv kombiniert angewandt. Einerseits basiert die Kategorienbildung auf klar formulierten theoretischen Erwartungen, die sich aus dem im Theorieteil entwickelten analytischen Dreieck aus Kapitalverteilung, Raumaneignung und institutioneller Selektivität ergeben. Andererseits bleibt das Verfahren offen für materialbasierte Differenzierungen und Präzisierungen, die sich im Verlauf der Analyse aus wiederkehrenden Mustern und thematischen Verdichtungen im empirischen Material ergeben. Die Auswertung folgt damit einem theoriegeleiteten, zugleich feldsensitiven Vorgehen, das analytische Strukturierung und empirische Offenheit miteinander verbindet (Mayring 2019).

Zur Unterstützung der Kodierung und zur Sicherstellung von Transparenz, Nachvollziehbarkeit und systematischer Vergleichbarkeit wurde die qualitative Analyse-Software Quirkos

eingesetzt. Die Software ermöglicht eine visuell gestützte, hierarchisch strukturierte Codierung sowie die Trennung von inhaltlicher Analyse und kontextueller Klassifikation der Daten.

Entwicklung des Kategoriensystems

Die Entwicklung des Kategoriensystems erfolgte in einem mehrstufigen, theoriegeleiteten Prozess. Ausgangspunkt bildeten die drei zentralen Analyseperspektiven der Arbeit, die zugleich die oberste Ebene des Kategoriensystems strukturieren:

1. Kapitalverteilung (E1), basierend auf der Kapitaltheorie Bourdieus,
2. Rauman eignung (E2), verankert in den raumsoziologischen Ansätzen von Lefebvre und Löw,
3. Institutionelle Selektivität (E3), fundiert in institutionentheoretischen Konzepten nach North und Thelen.

Diese drei Hauptkategorien bilden den analytischen Rahmen, innerhalb dessen Urban Gardening als sozial-räumlich-institutionelles Feld untersucht wird. Sie spiegeln zugleich die theoretischen Erwartungen wider, dass Handlungsspielräume urbaner Garteninitiativen durch die ungleiche Verteilung von Ressourcen, durch unterschiedliche Formen der Raumproduktion sowie durch selektive institutionelle Rahmenbedingungen strukturiert werden.

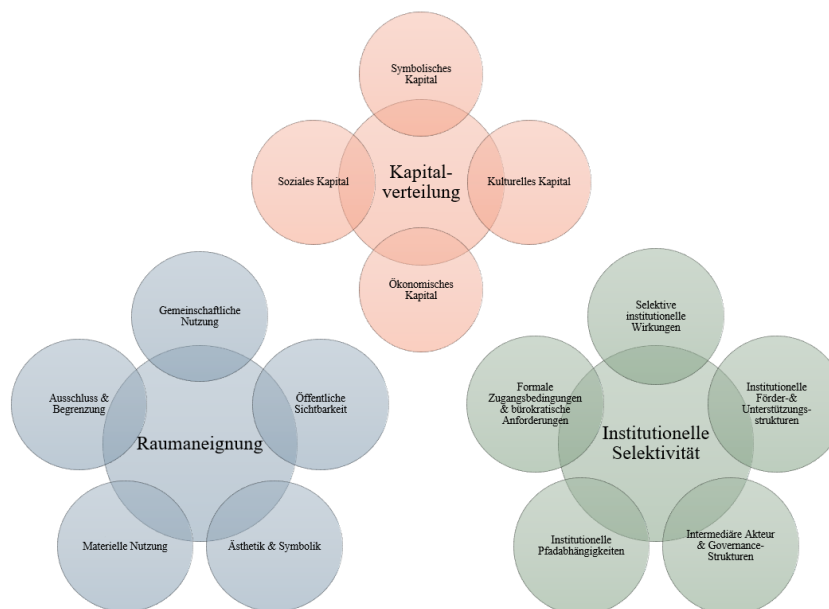


Abbildung 2: Codierungsstruktur um den theoretischen Bezugsrahmen

Innerhalb jeder Hauptkategorie wurden theoriegeleitete Subkategorien definiert, die die eigentliche Codierungsebene darstellen. Eine visuelle Darstellung der theoretischen Triangularität und der hierarchischen Struktur des Codierungsrahmens ist oberhalb eingebettet

(vgl. Abbildung 2). Diese Subkategorien operationalisieren zentrale theoretische Begriffe und Erwartungen und dienen dazu, Aussagen der Interviewten inhaltlich präzise zuzuordnen. So differenziert die Hauptkategorie Kapitalverteilung beispielsweise zwischen ökonomischem (z.B. E1_1), kulturellem, sozialem und symbolischem Kapital; die Kategorie Raumaneignung zwischen materieller Nutzung, gemeinschaftlicher Praxis, ästhetisch-symbolischer Gestaltung, öffentlicher Sichtbarkeit sowie Ausschluss- und Begrenzungsmechanismen; die Kategorie institutionelle Selektivität zwischen Förder- und Unterstützungsstrukturen, formalen Zugangsbedingungen, intermediären Governance-Akteur:innen, selektiven institutionellen Wirkungen und Pfadabhängigkeiten.

Die vollständige Ausdifferenzierung des Kategoriensystems, inklusive theoretischer Verankerung, analytischem Fokus und konkreten Codierhinweisen, ist in Anhang 3 dokumentiert.

Codierprozess und Umgang mit dem Material

Die Codierung der Interviewtranskripte erfolgte strukturierend entlang der definierten Subkategorien. Codiert wurde nicht auf Satzebene, sondern auf Ebene thematisch zusammenhängender Sinnabschnitte. Ein Sinnabschnitt konnte mehrere Sätze oder einen gesamten Absatz umfassen, sofern er einen inhaltlich geschlossenen Argumentationszusammenhang behandelte. Dieses Vorgehen trägt der Komplexität qualitativer Interviews Rechnung und verhindert eine Fragmentierung zusammenhängender Bedeutungszusammenhänge.

Mehrfachcodierungen waren ausdrücklich vorgesehen und wurden genutzt, wenn Aussagen mehrere analytische Dimensionen gleichzeitig berührten, beispielsweise wenn institutionelle Zugangsbedingungen mit spezifischen Ressourcenanforderungen oder Formen symbolischer Anerkennung verknüpft wurden. Auf diese Weise bleibt die analytische Verschränkung der drei Theorieperspektiven auch im Codierprozess sichtbar.

Parallel zur inhaltlichen Codierung wurde eine separate Kontextebene etabliert, die in Quirkos über sogenannte Tags abgebildet wird. Diese Tags wurden nicht einzelnen Textstellen, sondern jeweils gesamten Interviews zugeordnet und dienten der Klassifikation der Interviewquellen

nach strukturellen Merkmalen nach sozioökonomischer Bezirkslage, institutioneller Reichweite (bezirksspezifisch vs. stadtweit) oder Akteur:innenposition im Feld.

Merkmale wie „einkommensstarker“ oder „einkommensschwächer“ Bezirk wurden bewusst ausschließlich auf dieser Kontextebene erfasst. Sie beschreiben den strukturellen Hintergrund, aus dem Aussagen stammen, nicht deren inhaltliche Bedeutung. Durch diese analytische Trennung wird sichergestellt, dass kontextuelle Differenzierungen nicht bereits im Codierprozess vorweggenommen werden, sondern erst in einem späteren Auswertungsschritt gezielt vergleichend herangezogen werden können. Dieses Vorgehen ist insbesondere für Interviews mit übergreifend tätigen Akteur:innen relevant, die nicht eindeutig einem einzelnen Bezirk zugeordnet werden können.

Mehrstufige Auswertung und analytische Verdichtung

Die eigentliche Auswertung der codierten Interviews erfolgte in mehreren aufeinander aufbauenden Schritten. Zunächst wurden alle codierten Sinnabschnitte innerhalb einer Subkategorie interviewweise zusammengeführt und inhaltlich verdichtet. In einem zweiten Schritt wurden diese Zusammenfassungen subkategorienweise über alle Interviewpartner:innen hinweg zusammengeführt und erneut thematisch geclustert.

Auf diese Weise liegt für jede Subkategorie eine verdichtete Zusammenstellung der relevanten Aussagen sämtlicher Interviewpartner:innen vor. Diese Aggregation bildet die empirische Grundlage der Analysekapitel und ermöglicht es, systematisch Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Spannungsverhältnisse zwischen verschiedenen Akteurspositionen, institutionellen Kontexten und sozialräumlichen Lagen herauszuarbeiten. Die Vergleichbarkeit ergibt sich dabei nicht aus einer formalen Gegenüberstellung einzelner Bezirke, sondern aus der kontrollierten Gegenüberstellung inhaltlich strukturierter Aussagen innerhalb eines gemeinsamen analytischen Rahmens.

Der Analyseaufbau folgt damit einer klaren forschungslogischen Trennung: Inhaltliche Bedeutungen werden über Kategorien strukturiert, strukturelle Kontexte über Tags differenziert, und beide Ebenen werden erst in der interpretativen Auswertung zusammengeführt. Dieses Vorgehen ermöglicht eine theoriegeleitete, zugleich empirisch

differenzierte Analyse urbaner Gartenpraktiken, ohne kontextuelle Zuschreibungen zu naturalisieren oder analytisch zu verabsolutieren.

Einbettung in den theoretischen Rahmen

Das beschriebene Auswertungsverfahren gewährleistet eine enge Rückbindung der empirischen Analyse an den theoretischen Bezugsrahmen der Arbeit. Die deduktiv entwickelten Kategorien machen die theoretischen Erwartungen explizit überprüfbar, während die induktive Feinjustierung und die mehrstufige Verdichtung des Materials sicherstellen, dass empirische Eigenlogiken sichtbar bleiben. Die qualitative Inhaltsanalyse fungiert damit nicht als rein technisches Auswertungsinstrument, sondern als zentrales Bindeglied zwischen Theorie, Empirie und Interpretation.

5. Empirische Fallanalyse in kontrastiven Wiener Bezirken

Kapitel 5 bündelt die empirischen Ergebnisse der Interviewanalyse und rekonstruiert zentrale Strukturmerkmale des Urban-Gardening-Feldes im Wiener Stadtraum. Die Auswertung folgt einem theoriegeleiteten, qualitativ-interpretativen Vorgehen und basiert auf einem selektiven empirischen Querschnitt. Im Mittelpunkt stehen wiederkehrende Muster der Ressourcennutzung, Raumaneignung und institutionellen Einbindung, wie sie im Interviewmaterial artikuliert werden.

5.1 Analytische Einordnung der Akteurs- und Institutionslandschaft

Zur systematischen Ordnung der im Interviewmaterial genannten Akteur:innen und Institutionen wird auf die tabellarische Übersicht im Anhang verwiesen (vgl. Anhang 4). Diese ordnet die befragten Organisationen entlang ihrer institutionellen Verortung, ihres Organisationstyps sowie ihrer zentralen Funktionen im Urban-Gardening-Netzwerk. Die dort vorgenommene Einteilung dient einer analytischen Strukturierung und erhebt keinen Anspruch auf trennscharfe Abgrenzung, da sich die Zuständigkeiten und Wirkungsbereiche im empirischen Material teilweise überschneiden.

Auf dieser Grundlage lassen sich fünf Ebenen unterscheiden, die im Folgenden nacheinander dargestellt werden: die Wissens- und Bildungsebene, die Verwaltungsebene, die politische Ebene auf Bezirksebene, die intermediäre Ebene sowie die zivilgesellschaftliche Ebene.

Wissens- und Bildungsebene

Auf der Wissens- und Bildungsebene nimmt im Interviewmaterial insbesondere das Projekt Garteln in Wien, getragen von Bioforschung Austria, eine zentrale Rolle ein. Die Interviewaussagen verweisen wiederholt auf dessen Funktion als Bildungs-, Informations- und Sichtbarkeitsplattform, die Wissen zu Urban Gardening bündelt, aufbereitet und weitervermittelt. Hervorgehoben werden dabei insbesondere Bildungsangebote, Öffentlichkeitsarbeit sowie die Weiterleitung und informelle Vernetzung von Anfragen an zuständige Akteur:innen und Institutionen (IP1, 2025, S. 2-5).

Diese Rolle ist institutionell dadurch gerahmt, dass das Projekt im Auftrag der MA 49 der Stadt Wien umgesetzt wird. Der institutionelle Auftrag wird von den Interviewpartner:innen jedoch nicht als strategisch steuernd, sondern primär als ermöglichend und unterstützend beschrieben. Garteln in Wien fungiert demnach weniger als regulierende Instanz, sondern als intermediärer Akteur, der bestehende Angebote sichtbar macht und Orientierung innerhalb eines fragmentierten institutionellen Feldes bietet (IP1, 2025, S. 2).

In den Aussagen der Interviewpartner:innen dominiert entsprechend die Einschätzung, dass diese Ebene keine steuernde Funktion im engeren Sinne ausübt (IP1, 2025, S. 2-3). Vielmehr erscheint sie als orientierende Infrastruktur, die Wissen zugänglich macht und Kontakte vermittelt, ohne verbindliche Vorgaben für die konkrete Umsetzung von Urban-Gardening-Projekten zu setzen (IP1, 2025, S. 3-5). Diese begrenzte Steuerungswirkung wird explizit mit der heterogenen Zuständigkeit unterschiedlicher Magistratsabteilungen sowie mit dem Fehlen einer übergeordneten städtischen Strategie für Urban Gardening in Verbindung gebracht (IP1, 2025, S. 3).

Analytisch verweist diese Konstellation auf eine Form institutioneller Rahmung ohne Durchgriffslogik, wobei Wissen zentral gesammelt und distribuiert wird, jedoch in seiner Wirksamkeit von den jeweiligen lokalen Akteur:innen, Bezirksstrukturen und informellen Netzwerken abhängig bleibt (IP1, 2025, S. 3-5). Die Wissens- und Bildungsebene stabilisiert damit Urban Gardening als legitimes städtisches Handlungsfeld, reproduziert jedoch zugleich die Dezentralität und Selektivität institutioneller Zugangsbedingungen (IP1, 2025, S. 2-5).

Verwaltungsebene

Die Verwaltungsebene wird im Interviewmaterial primär durch die Magistratsabteilungen MA 42 (Wiener Stadtgärten), MA 18 (Stadtentwicklung) und MA 22 (Umweltschutz)

repräsentiert (IP1, 2025, S. 2-4; IP4, 2025, S. 49-50). Dabei zeigen sich klar voneinander abgegrenzte fachliche Zuständigkeiten: Während die MA 42 für Pflege und Gestaltung öffentlicher Grünflächen zuständig ist, betreut die MA 18 übergeordnete planerische Prozesse, und die MA 22 thematisiert ökologische Standards und Umweltauflagen (IP1, 2025, S. 3).

Urban Gardening wird innerhalb dieser Verwaltungslogiken nicht als eigenständiger Politikbereich, sondern als Randthema bestehender Zuständigkeiten behandelt. Die Interviews deuten an, dass Urban Gardening in der Verwaltung kein strategisch konsolidiertes Feld darstellt, sondern implizit mitbearbeitet wird unter dem Dach von Biodiversitätsstrategien, Klimamaßnahmen oder partizipativen Projekten (IP1, 2025, S. 15; IP6, 2025, S. 77-80).

Mehrere Aussagen verweisen darauf, dass sich aus dieser Konstellation keine einheitliche verwaltungsinterne Logik für Urban Gardening ergibt. Stattdessen existieren parallele institutionelle Zugänge, die teils auf Bezirksebene, teils in Magistratsabteilungen oder ausgelagerten Trägern angesiedelt sind (IP1, 2025, S. 13; IP6, 2025, S. 80-82). Diese Pluralität wird im Material überwiegend als gegeben beschrieben, eine systematische Bewertung oder strategische Koordination scheint zu fehlen.

Analytisch verweist diese institutionelle Fragmentierung auf eine nicht integrierte Governance-Struktur, in der Urban Gardening weder klar verankert noch ressortübergreifend gesteuert wird. Diese Struktur erzeugt Unklarheit über Zuständigkeiten, erschwert langfristige Planung und verstärkt die Abhängigkeit von individuellen Projekten, engagierten Verwaltungsakteur:innen oder bezirksinternen Initiativen.

Politische Ebene (lokal)

Auf lokaler politischer Ebene werden in den Interviews vor allem die Bezirksvorstände als zentrale Akteur:innen genannt. Ihre Rolle wird nicht als direkt steuernd, sondern primär als politisch ermöglichend beschrieben: Sie setzen lokale Prioritäten, signalisieren Unterstützung und beeinflussen damit indirekt die Umsetzung von Urban-Gardening-Projekten im öffentlichen Raum (IP5, 2025, S. 65; IP3, 2025, S. 44-46).

Die Interviewpartner:innen machen deutlich, dass bezirkspolitische Haltungen Urban Gardening sowohl fördern als auch blockieren können. Dabei wird betont, dass die Zustimmung der Bezirksvorstehung nicht nur für Flächenfreigaben, sondern auch für Sichtbarkeit und Legitimation zentral ist (IP6, 2025, S. 70; IP7, 2025, S. 89).

Unterschiede zwischen den Bezirken werden allerdings überwiegend deskriptiv und einzelfallbezogen thematisiert. So wird etwa erwähnt, dass bestimmte Bezirke stärker auf Bürgerbeteiligung setzen, während andere primär verwaltungstechnisch agieren. Diese Beobachtungen bleiben jedoch ohne systematische Bewertung oder Generalisierbarkeit (IP5, 2025, S. 61).

Aus analytischer Sicht fungiert die politische Ebene somit als kontextabhängiger Ermöglichungsfaktor, der weder über standardisierte Verfahren noch über ressortübergreifende Strategien verfügt. Ihre Wirkung entfaltet sich über politische Signale, symbolische Unterstützung und implizite Steuerungslogiken, die selektiv Räume eröffnen oder beschränken.

Intermediäre Ebene

Eine zentrale Rolle im Interviewmaterial nehmen intermediäre Akteur:innen ein, insbesondere die Gebietsbetreuung Stadterneuerung sowie die Lokale Agenda 21 Wien. Diese Organisationen werden durchgängig als erste Anlaufstellen beschrieben, die zwischen Verwaltung, Politik und zivilgesellschaftlichen Initiativen vermitteln. Ihre Funktionen umfassen Erstberatung, Prozessbegleitung, Moderation sowie „administrative Übersetzungsarbeit“, also die Vermittlung institutioneller Anforderungen in verständliche Handlungsanleitungen für Bürger:innen (IP3, 2025, S. 27; IP4, 2025, S. 48; IP6, 2025, S. 70-71).

Mehrere Interviewpartner:innen betonen, dass diese intermediäre Ebene für viele Initiativen praktisch handlungsrelevant ist gerade dort, wo institutionelle Anforderungen komplex oder intransparent erscheinen. Dabei treten diese Akteur:innen nicht als Entscheidungsträger:innen auf, sondern wirken prozessual unterstützend, indem sie formale Abläufe strukturieren, Erwartungen klären und Dialogräume eröffnen (IP4, 2025, S. 49; IP6, 2025, S. 71).

Zugleich bleibt im Material offen, in welchem Umfang diese Unterstützung wirksam oder strukturell verlässlich ist. Die Aussagen zur Effektivität sind kontextabhängig und punktuell, teilweise abhängig von persönlichem Engagement einzelner Mitarbeiter:innen oder der projektbezogenen Finanzierungslage (IP3, 2025, S. 28).

Analytisch verweisen diese Befunde auf intermediäre Akteure als strukturelle „Scharnierstellen“ (vgl. North & Thelen), die institutionelle Logiken übersetzen und Handlungsspielräume eröffnen, jedoch ohne über eigene Steuerungs- oder Durchsetzungsmacht

zu verfügen. Ihre Wirksamkeit bleibt damit situativ kontingent und abhängig von institutioneller Offenheit, politischer Unterstützung und Ressourcenzugriff.

Zivilgesellschaftliche Ebene

Auf der zivilgesellschaftlichen Ebene wird im Interviewmaterial insbesondere der Verein Gartenpolylog prominent genannt. Die Aussagen weisen dieser Organisation eine pionierende, vernetzende und kritisch-reflektierende Rolle zu. Gartenpolylog wird als Akteur:in beschrieben, der sowohl eigenständig in der urbanen Gartenszene agiert, als auch kooperativ in städtische Projekte eingebunden ist, etwa durch Beratung, Schulung oder Fachveranstaltungen (IP2, 2025, S. 13; IP4, 2025, S. 49).

Die Organisation fungiert dabei nicht nur als operative Projektträgerin, sondern auch als Impulsgeberin für konzeptionelle Weiterentwicklungen des Urban-Gardening-Diskurses. Einzelne Interviewpartner:innen heben hervor, dass Gartenpolylog aktiv zur Reflexion von Zugänglichkeit, Beteiligungsformen und Machtverhältnissen im Feld beiträgt (IP2, 2025, S. 14; IP6, 2025, S. 72).

Darüber hinaus verdeutlichen mehrere Aussagen, dass zivilgesellschaftliche Akteur:innen sehr unterschiedliche Ausgangsbedingungen mitbringen, insbesondere hinsichtlich zeitlicher Ressourcen, institutioneller Anbindung und administrativem Know-how. Diese Differenzen bleiben im Material zwar deskriptiv präsent, werden jedoch nicht systematisch vergleichend herausgearbeitet (IP3, 2025, S. 29; IP5, 2025, S. 60).

Analytisch verweist dies auf eine ungleiche Infrastruktur zivilgesellschaftlicher Handlungsfähigkeit im Feld Urban Gardening: Während einige Akteur:innen professionell aufgestellt und gut vernetzt sind, agieren andere unter prekären Bedingungen oder in Abhängigkeit von Einzelengagement. Diese Heterogenität prägt die faktischen Teilhabechancen an Urban-Gardening-Prozessen und ist zugleich politisch wirksam, ohne formell geregelt zu sein.

Zusammenwirken der Ebenen

In der Zusammenschau zeigt sich Urban Gardening in Wien im Interviewmaterial als ein vielschichtig eingebettetes Handlungsfeld, das durch das Zusammenwirken unterschiedlicher institutioneller Ebenen geprägt ist. Verwaltung, Politik, intermediäre Organisationen und zivilgesellschaftliche Akteur:innen lassen sich funktional voneinander unterscheiden, sind jedoch nicht entlang klar koordinierter oder kohärenter Steuerungslogiken organisiert.

Vielmehr überlagern sich Zuständigkeiten, Unterstützungsangebote und politische Einflussfaktoren, wodurch sich konkurrierende Erwartungshaltungen und teils widersprüchliche Anforderungen ergeben (IP5, 2025, S. 61; IP7, 2025, S. 88-89).

Die Interviews legen nahe, dass Handlungsspielräume für Urban-Gardening-Projekte nicht durch eine einzelne Institution oder Ebene garantiert werden, sondern sich im Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren situativ und kontextabhängig entfalten. Entscheidend sind dabei administrative Rahmenbedingungen, politische Unterstützung auf lokaler Ebene, intermediäre Vermittlung sowie das zivilgesellschaftliche Engagement, jeweils mit unterschiedlicher Reichweite und Wirkung (IP3, 2025, S. 28; IP4, 2025, S. 49; IP6, 2025, S. 74). Ob Urban Gardening ermöglicht, begleitet oder behindert wird, hängt maßgeblich von lokalen Konstellationen, persönlichen Beziehungen und der institutionellen Offenheit ab.

Diese empirischen Befunde deuten auf ein fragmentiertes und dynamisches Steuerungsgefüge hin, das nicht über zentrale Vorgaben funktioniert, sondern über situativ wirksame Passungsverhältnisse zwischen Ressourcenverfügbarkeit, institutioneller Unterstützung und symbolischer Legitimität. Der institutionelle Rahmen ist nicht starr, sondern fluid und selektiv, wodurch bestimmte Initiativen gestärkt, andere aber strukturell benachteiligt werden können.

Die vorangestellte institutionelle Aufschlüsselung erfüllt in diesem Zusammenhang eine analytische Funktion: Sie rekonstruiert die strukturellen Bedingungen, unter denen sich Urban-Gardening-Initiativen bewegen, und bildet damit die Grundlage für die anschließende vertiefende Analyse. In der Folge wird untersucht, wie unterschiedliche Kapitalformen im Sinne Bourdieus ökonomisches, soziales und symbolisches Kapital im Interviewmaterial thematisiert werden, wie sich Prozesse räumlicher Aneignung vollziehen und welche institutionellen Selektionsmechanismen handlungsrelevant werden. Die Hauptanalyse folgt dabei den im Forschungsdesign formulierten Erwartungen und orientiert sich an der in der Auswertung gebildeten Feinstruktur der Subkategorien.

5.2 Kapitalzugänge und Ressourcenmobilisierung

Die folgende Analyse nimmt ihren Ausgangspunkt in Erwartung 1 des Forschungsdesigns, derzufolge sich Unterschiede in der Handlungs- und Organisationsfähigkeit von Urban-Gardening-Initiativen durch ungleich verteilte Zugänge zu sozialen, kulturellen, ökonomischen und symbolischen Ressourcen erklären lassen könnten. Diese Erwartung basiert auf Bourdieus Kapitaltheorie, der zufolge solche Ressourcen verstanden, als Kapitalformen strukturierende

Wirkung innerhalb sozialer Felder entfalten und ungleich verteilt sind. Daraus ergibt sich die theoretische Annahme, dass Projekte in sozial privilegierten Kontexten tendenziell über bessere Voraussetzungen verfügen, um Wissen, Netzwerke, administrative Unterstützung und gesellschaftliche Anerkennung zu mobilisieren und damit über höhere Chancen institutioneller Verstetigung (Jurt 2012, 21ff.).

Vor diesem Hintergrund zielt die Analyse darauf ab, jene kapitalbasierten Ressourcenzugänge im Interviewmaterial zu identifizieren, die als förderlich oder hemmend für die Organisationsfähigkeit von Projekten beschrieben werden. Kapitalformen werden dabei nicht isoliert betrachtet, sondern als kontextgebundene, konvertierbare Ressourcen, deren Wirkung aus ihrer sozialen, räumlichen und institutionellen Einbettung hervorgeht. Die Auswertung folgt der in der empirischen Erhebung entwickelten Clusterung von Subkategorien und berücksichtigt verschiedene Akteurstypen, zivilgesellschaftliche Gruppen, wissensbasierte Projekte, intermediäre Organisationen sowie politische Entscheidungsträger:innen, im Kontext unterschiedlicher Bezirke wie dem 19., dem 20. oder Favoriten.

Die Analyse folgt einer dreistufigen Struktur: Zunächst werden die Kapitalformen als empirisch rekonstruierbare Ressourcenkategorien identifiziert. Anschließend wird analysiert, wie sich diese Ressourcen in spezifischen sozialen Konstellationen bündeln, konvertieren oder begrenzen. Ein abschließendes Zwischenfazit reflektiert, inwiefern sich die der ersten Erwartung zugrunde liegende Annahme durch das empirische Material stützen, modifizieren oder relativieren lässt.

5.2.1 Ökonomisches Kapital: Ressourcenverfügbarkeit und Organisationsfähigkeit

Im Interviewmaterial erscheint ökonomisches Kapital als grundlegende, jedoch keineswegs hinreichende Voraussetzung für die Umsetzung und Aufrechterhaltung von Urban-Gardening-Initiativen. Ökonomische Ressourcen werden dabei nicht ausschließlich als direkte Geldmittel verstanden, sondern umfassen auch materielle Ausstattung, Infrastruktur, zeitliche Verfügbarkeit sowie den Zugang zu Flächen mit geringen oder keinen Nutzungskosten.

Zentral ist die wiederkehrende Frage, ob Projekte über Förderungen verfügen oder nicht. Aussagen wie „Haben Sie eine Förderung oder nicht“ verdeutlichen, dass finanzielle Ressourcen maßgeblich beeinflussen, in welchem Umfang Projekte realisiert werden können (IP1, 2025, S. 4). Förderungen erscheinen im Material überwiegend projektgebunden, zeitlich begrenzt und an spezifische Zielsetzungen gekoppelt, etwa im Bildungs-, Klima- oder Beteiligungskontext (IP5, 2025, S.89; IP6, 2025, S. 80). Gleichzeitig wird wiederholt betont,

dass vorhandene Fördermittel häufig nicht ausreichen, um den tatsächlichen Arbeits- und Organisationsaufwand abzudecken. Insbesondere Personalressourcen, kontinuierliche Betreuung und langfristige Entwicklung werden als unterfinanziert beschrieben (IP2, 2025, S. 29; IP7, 2025, S. 92-93). Ökonomisches Kapital erscheint hier nicht als stabile Grundlage, sondern als knappe und umkämpfte Ressource, deren Verfügbarkeit projektbezogen schwankt.

Ökonomisches Kapital manifestiert sich im Interviewmaterial stark über materielle Ausstattung. Infrastruktur wie Hochbeete, Zäune, Wasseranschlüsse oder Gartengeräte wird als Voraussetzung dafür beschrieben, dass gemeinschaftliches Gärtnern überhaupt praktikabel wird (IP4, 2025, S. 50; IP7, 2025, S. 91). In vielen Fällen wird diese Ausstattung durch Bezirke, Programme oder intermediäre Akteur:innen bereitgestellt, wodurch finanzielle Einstiegshürden reduziert werden können. Gleichzeitig wird deutlich, dass materielle Ressourcen nicht dauerhaft gesichert sind. Bestehende Gärten berichten von Verschleiß, fehlenden Ersatzmaterialien oder steigenden Kosten, die nicht immer durch Förderungen abgedeckt werden können (IP4, 2025, S. 49-50). Materielle Ausstattung fungiert damit eher als temporäre Ermöglichung denn als langfristig abgesicherte Ressource.

Ökonomisches Kapital wird im Material zudem in Bezug auf individuelle Teilhabe thematisiert. Selbst geringe Teilnahmegebühren oder Kostenbeiträge können für bestimmte Zielgruppen eine relevante Hürde darstellen. Hinweise darauf, dass Beträge im niedrigen einstelligen oder zweistelligen Bereich „für viele Familien einfach nicht drin“ sind, verdeutlichen, dass ökonomische Barrieren bereits auf niedriger Schwelle wirksam werden (IP1, 2025, S. 11-12). Diese Dynamik betrifft insbesondere Bildungs- und Mitmachangebote, bei denen Kosten, Anfahrtswege und zeitlicher Aufwand zusammenwirken (IP1, 2025, S. 11; IP3, 2025, S. 42). Ökonomisches Kapital ist hier eng mit räumlichen Bedingungen und Zeitressourcen verschränkt und beeinflusst, wer Angebote tatsächlich nutzen kann.

Auffällig ist schließlich die enge Verbindung von ökonomischem Kapital und zeitlicher Verfügbarkeit. Viele Urban-Gardening-Projekte beruhen auf erheblichem unbezahltem Engagement, ehrenamtlicher Arbeit und zusätzlichem Arbeitsaufwand (IP2, 2025, S. 33; IP7, 2025, S. 91). Zeit erscheint damit als knappe Ressource, die sozial ungleich verteilt ist. Personen mit stabilen Erwerbssituationen, höherem Einkommen oder geringeren Sorgeverpflichtungen verfügen tendenziell über mehr zeitliche Spielräume, um sich langfristig zu engagieren (IP6, 2025, S. 84). Parallel begrenzen kleine Teams auf Institutionsebene das Angebot an Partizipationsmöglichkeiten, auch wenn „der Bedarf oder die Nachfrage eigentlich

da wäre.“ (IP1, 2025, S.12) Ökonomisches Kapital wirkt hier indirekt, indem es zeitliche Ressourcen absichert und Engagement ermöglicht sowohl von der institutionellen als auch gesellschaftlichen Ebene.

Das Interviewmaterial zeigt zudem, dass ökonomisches Kapital seine Wirkung nicht unabhängig von institutionellen Rahmenbedingungen entfaltet. Förderlogiken, Verwaltungszuständigkeiten und programmatische Vorgaben strukturieren, welche Ressourcen verfügbar werden und unter welchen Bedingungen sie genutzt werden können. Es wird beschrieben, dass ohnehin „schon ein riesen Workload“ in den Abteilungen ansteht, wozu angestrebte Projekte an Ressourcen verlieren (IP6, 2025, S. 83). Erklärt durch die Langwierigkeit der Umsetzung und Komplexität der Abstimmung ist „das Projekt ein Prozess von einigen Monaten“ (IP7, 2025, S. 98). Gleichzeitig werden deutliche räumliche Unterschiede sichtbar. Während in einzelnen Bezirken gezielt städtische Mittel bereitgestellt oder Infrastruktur übernommen wird, bleiben Projekte andernorts stärker auf Eigenleistungen der Bezirksebene angewiesen (IP3, 2025, S. 40). Deutlich wird die enggeschnürte Förderlogik durch Äußerungen wie „das Korsett dieser Förderung ist relativ“ (IP5, 2025, S. 71). Ökonomisches Kapital ist damit räumlich und institutionell ungleich eingebettet.

Zusammenfassend legt das Interviewmaterial nahe, dass ökonomisches Kapital eine zentrale, aber relationale Rolle für die Handlungs- und Organisationsfähigkeit von Urban-Gardening-Initiativen spielt. Finanzielle Mittel, materielle Ausstattung und Zeitressourcen erleichtern Projektumsetzung, garantieren jedoch keine institutionelle Verstetigung. Ökonomisches Kapital entfaltet seine Wirkung vor allem dort, wo es mit institutioneller Unterstützung, organisatorischem Wissen und sozialer Einbettung zusammenfällt. Wo diese Kopplung fehlt, bleibt es fragmentiert und kann bestehende Ungleichheiten eher stabilisieren als ausgleichen.

5.2.2 Kulturelles Kapital: Wissenszugänge und Handlungssicherheit

Im Interviewmaterial zeigt sich kulturelles Kapital als zentrale, jedoch ungleich verteilte Ressource im Urban-Gardening-Feld. In Anlehnung an Bourdieu umfasst kulturelles Kapital dabei nicht nur formale Bildungsabschlüsse, sondern vor allem themenspezifisches Wissen, praktische Kompetenzen, sprachliche Fähigkeiten sowie Deutungs- und Handlungsschemata, die bestimmen, ob Urban Gardening als möglich, sinnvoll und machbar wahrgenommen wird. Kulturelles Kapital strukturiert damit, wer sich Urban Gardening zutraut, institutionelle Angebote erkennt und Projekte aktiv initiieren oder langfristig mitgestalten kann.

Ein zentrales Muster des Materials ist die enge Verknüpfung von Urban Gardening mit Wissens- und Kompetenzanforderungen. Urban Gardening erscheint vielfach nicht als niederschwellige Alltagspraktik, sondern als wissensintensives Handlungsfeld, das an Nachhaltigkeitsdiskurse, ökologische Expertise und pädagogische Logiken anschließt (IP1, 2025, S. 2-4). Besonders deutlich wird dies in schulischen und bildungsbezogenen Formaten, die stark auf institutionell eingebettete Wissensvermittlung ausgerichtet sind. Hier wird betont wie ausschlaggebend die sozioökonomische Einbettung der Schulen, gleichermaßen die subjektive Priorisierung von Lehrkräften Zugänge zu beispielsweise Exkursionen zu Gemeinschaftsgärten ermöglichen (IP1, 2025, S.7-11). Zugleich verweist das Material darauf, dass die Initiierung und Koordination von Gemeinschaftsgärten praktische und organisatorische Kompetenzen erfordert, etwa Kenntnisse über Projektabläufe, Moderation von Gruppenprozessen, Konfliktmanagement und langfristige Planung. Daher reduziert sich die organisatorische Kerngruppe meist auf eine „handvoll von Leuten“ (IP2, 2025, S. 28). Diese Anforderungen wirken selektiv, da sie nicht gleichmäßig verteilt sind. Mehrfach wird betont, dass Projekte weniger an fehlender Motivation als an Überforderung und mangelndem Wissen scheitern, wo werden „Bottom up Gärten“ einer homogenen bildungsstarken Bürger:innengruppe zugeschrieben (IP1, 2025, S. 25). Kulturelles Kapital fungiert hier als implizite Eintrittsschwelle (IP2, 2025, S.24-25).

Ein weiterer zentraler Aspekt kulturellen Kapitals betrifft sprachliche Fähigkeiten und die Vertrautheit mit institutionellen Kommunikationsformen. Informationen zu Urban-Gardening-Angeboten, Förderungen und Gestaltungsvereinbarungen sind häufig sprachlich komplex und überwiegend in deutscher Sprache verfügbar (IP7, 2025, S. 93). Der Zugang zu Urban Gardening setzt damit nicht nur Interesse voraus, sondern auch die Fähigkeit, formale Texte zu verstehen, institutionelle Logiken zu entschlüsseln und mit Verwaltungseinheiten zu kommunizieren. Diese Anforderungen wirken sozial selektiv: Personen mit geringer formaler Bildung, mit Migrationsgeschichte oder ohne Erfahrung im Umgang mit Behörden nehmen Angebote seltener wahr oder fühlen sich nicht angesprochen, obwohl formale Zugänge bestehen (IP2, 2025, S. 25; IP7, 2025, S.93-95). Besonders gesellschaftliche Gruppen, die sich in einer isolierten Lebenslage befinden, werden durch strukturelle Komplexität abgeschreckt (IP3, 2025, S.41). Ausschluss entsteht hier nicht durch explizite Regeln, sondern durch implizite Kompetenzanforderungen.

Kulturelles Kapital zeigt sich im Material zudem in der Fähigkeit, Urban Gardening überhaupt als eigene Handlungsmöglichkeit zu erkennen. Mehrere Interviewpassagen verweisen darauf,

dass viele Menschen „gar nicht wissen, dass sie etwas tun können“ oder sich Gestaltungsoptionen im eigenen Wohnumfeld nicht vorstellen (IP1, 2025, S. 20). Diese Wahrnehmungsschwelle wird als zentrale Hürde beschrieben. Gleichmaßen „kommt [man] nicht plötzlich auf die Idee, man braucht eine Anregung von irgendwo.“ (IP20, 2025, S.20) Hierbei spielt reproduziertes Wissen und Anstoß von außen eine tragende Rolle. Dadurch wird Urban Gardening dort wahrscheinlicher, wo Menschen über entsprechende Deutungsrahmen verfügen und sich als handlungsfähig im öffentlichen oder halböffentlichen Raum begreifen, anders als Personen, „die noch nicht so lange in Österreich sind“ (IP3, 2025, S.41). Diesen wird als Ursache ihrer Zurückhaltung bei Initiativen, fehlende Einblicke in institutionelle Strukturen zugesprochen. Unsicherheit zu Bildungs- und Informationsangebote wirken in diesem Zusammenhang weniger als reine Wissensvermittlung, sondern als Impuls zur Selbstermächtigung.

Trotz vielfältiger Bildungs-, Informations- und Beratungsangebote zeigt das Material, dass deren Reichweite sozial selektiv bleibt (IP2, 2025, S.28-29). Angebote werden vor allem von bildungsnahen Gruppen genutzt, die aktiv recherchieren, digitale Kanäle verwenden oder institutionelle Angebote gezielt ansteuern (IP2, 2025, S. 30-31). Andere Gruppen, etwa ältere Personen, bildungsfernere Milieus oder Menschen ohne digitale Zugänge, werden seltener erreicht durch fehlende Benutzung von modernen Kommunikationstechnologien, obwohl Urban Gardening normativ als offenes Beteiligungsfeld konzipiert ist (IP6, 2025, S.80-82). Diese Selektivität wird im Material nicht als intendierte Exklusion beschrieben, sondern als struktureller Effekt bestehender Kommunikations- und Bildungslogiken (IP2, 2025, S.31).

Mehrfach wird darauf verwiesen, dass kulturelles Kapital dort teilweise kompensiert werden kann, wo intermediäre Akteur:innen Übersetzungs- und Unterstützungsleistungen übernehmen. Beratungsstellen, Gebietsbetreuungen oder Grätzllabore helfen dabei, institutionelle Angebote zu verstehen, Prozesse zu strukturieren und Anforderungen zu bewältigen (IP4, 2025, S. 53; IP7, 2025, S. 91). Gleichzeitig bleibt diese Unterstützung begrenzt und ist selbst ungleich verteilt (IP6, 2025, S.82; IP7, 2025, S.93). Kulturelles Kapital wirkt damit nicht isoliert, sondern in enger Verschränkung mit institutionellen Rahmenbedingungen. Wo Übersetzungsleistungen fehlen oder nicht erreicht werden, verstärken sich Wissens- und Kompetenzunterschiede (IP6, 2025, S.78-80; IP4, 2025, S.50-51).

Zusammenfassend verdeutlicht das Interviewmaterial, dass kulturelles Kapital maßgeblich zur Handlungs- und Organisationsfähigkeit im Urban-Gardening-Feld beiträgt. Wissen,

Kompetenzen, sprachliche Fähigkeiten und Deutungsrahmen beeinflussen, wer Projekte initiiert, Angebote nutzt und institutionelle Unterstützung aktiv in Anspruch nehmen kann. Kulturelles Kapital wirkt dabei nicht als individuelle Eigenschaft, sondern als relationale Ressource, die im Zusammenspiel mit institutionellen Strukturen, Kommunikationsformen und intermediären Unterstützungsangeboten Bedeutung entfaltet. Ungleich verteiltes kulturelles Kapital trägt so wesentlich zur Differenzierung von Teilhabechancen im Urban-Gardening-Feld bei, ohne diese vollständig zu determinieren.

5.2.3 Soziales Kapital: Netzwerke, Vermittlung und Handlungsspielräume

Im Interviewmaterial erweist sich soziales Kapital als zentrale Ressource für Stabilität, Reichweite und Handlungsfähigkeit von Urban-Gardening-Initiativen (IP2, 2025, S.23). In Bourdieus Sinne umfasst soziales Kapital dabei nicht bloß die Anzahl sozialer Kontakte, sondern vor allem die Qualität, Reichweite und institutionelle Anschlussfähigkeit von Beziehungen (IP4, 2025, S.54). Urban Gardening erscheint als stark relationales Feld, in dem Zugänge, Informationen und Unterstützung maßgeblich über persönliche Kontakte, Netzwerke und vermittelnde Akteur:innen organisiert werden (IP6, 2025, 74-76).

Ein zentrales Muster des Materials ist die Bedeutung formeller und informeller Vernetzungsstrukturen. Zahlreiche Akteur:innen beschreiben ihre Rolle explizit als „Vernetzungsstelle“ oder „Schnittstelle“, über die Kontakte hergestellt, Informationen weitergegeben und Projekte miteinander in Beziehung gesetzt werden (IP1, 2025, S. 2-4; IP7, 2025, S.91). Zugang zu Urban Gardening erfolgt damit häufig nicht unmittelbar, sondern über bestehende Netzwerke, Empfehlungen oder institutionell vermittelte Kontakte (IP6, 2025, S.80-91). Soziale Netzwerke fungieren als infrastrukturelle Grundlage des Feldes: Sie erleichtern Orientierung in einem fragmentierten institutionellen Umfeld, unterstützen den Einstieg in bestehende Projekte und erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass Initiativen Unterstützung erhalten (IP3, 2025, S.41-42). Gleichzeitig wird deutlich, dass diese Netzwerke ungleich verteilt sind. Projekte und Personen mit bestehender institutioneller oder sozialer Einbettung werden sichtbarer, erhalten häufiger Anfragen und können ihre Aktivitäten leichter stabilisieren. Zudem können sie schneller „herausfinden“, ob ein Projekt Realisierungschancen hat oder nicht“, dies kann als Ressourcen schonender Faktor identifiziert werden (IP7, 2025, S. 97).

Besonders hervorgehoben wird im Material die Rolle intermediärer Akteur:innen wie Gebietsbetreuungen, Lokale Agenda, Grätzllabore oder spezialisierte Vereine (IP1, 2025, S.2-

4). Diese Akteur:innen bündeln soziales Kapital, indem sie Kontakte zwischen Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik herstellen und dauerhaft pflegen. So finden Vernetzungstreffen und teils gemeinsame Jour Fixes mit Zerstreuungsgruppen statt (IP6, 2025, S. 74&81). Sie fungieren als Vertrauensinstanzen, an die sich Initiativen wenden können, wenn Orientierung, Vermittlung oder Unterstützung benötigt wird (IP7, 2025, S.91-93). Soziales Kapital wird hier nicht individuell, sondern institutionell gebündelt wirksam: Intermediäre Akteur:innen verfügen über gewachsene Netzwerke, kennen relevante Ansprechpersonen und können Zugänge eröffnen, die einzelnen Initiativen verschlossen blieben (IP7, 2025, S.97 IP2, 2025, S.32-34). Gleichzeitig bleibt diese Ressource selektiv. Wer diese Knotenpunkte kennt, erreicht oder von ihnen aktiv angesprochen wird, profitiert deutlich stärker als jene, die außerhalb dieser Netzwerke verbleiben (IP6, 2025, S.82; IP7, 2025, S.102).

Ein wiederkehrendes Motiv betrifft die internen Strukturen von Gartengruppen. Gemeinschaftsgärten erscheinen im Material häufig als sozial relativ homogene Gebilde, insbesondere bei Bottom-Up entstandenen Initiativen (IP2, 2025, S. 24-25). Zwar wird Offenheit normativ betont, zugleich zeigen sich informelle Zugangsmechanismen: bestehende Freundeskreise, Nachbarschaftsbeziehungen oder persönliche Bekanntschaften prägen, wer eingebunden wird und wer außen vor bleibt. Dies wird besonders in ökonomisch starken Bezirken mit hohem Privatgartenanteil herausgestellt (IP5, 2025, S.61-63). In sozial durchmischten Bezirken wird deutlich das Bestreben nach Erreichen von bis dato exkludierten Zielgruppen durch beispielsweise Sprach Cafés betont (IP6, 2025, S.84). Ergänzend wird versucht durch Volkshilfe, Gartenfeste und Bewegungsworkshops sprachliche Barrieren zu brechen (IP3, 2025, S.42). Soziales Kapital wirkt hier doppelt, einerseits ermöglicht es stabile Gruppenbildung und „Identifikation“ (IP7, 2025, S.102), Vertrauen und langfristiges Engagement (IP7, 2025, S.104). Andererseits fungiert es als Gatekeeping-Mechanismus, der Durchlässigkeit begrenzt, wie sinnbildlich durch einen platzierten Zaun. So addiert der Schutzfaktor für Begrünung unabsichtlich eine Abgrenzung für dynamische Partizipation (IP1, 2025, S.17). Neue Mitglieder stoßen insbesondere dort auf Hürden, wo Gruppen stark verfestigt sind oder informelle Kommunikationswege dominieren, weil tiefverwurzelte Nachbarschaften mit einander agieren (IP5, 2025, S. 64). Selektivität entsteht damit weniger über formale Ausschlüsse als über soziale Nähe und Zugehörigkeit.

Im Material wird soziales Kapital zudem eng mit Vertrauen, Kontinuität und lokaler Verankerung verknüpft. Langjährig aktive Akteur:innen, Gruppen oder intermediäre Organisationen verfügen über gewachsene Beziehungen, die Kooperationen erleichtern und

Konflikte abfedern (IP6, 2025, S. 80-82). Vertrauen entsteht durch wiederholte Zusammenarbeit, Verlässlichkeit und Präsenz im lokalen Kontext. Die politischen Beziehungen sind dadurch geknüpft und Prozesswege auch zwischenmenschlich geprobt (IP6, 2025, S.80). Diese lokale Einbettung wirkt stabilisierend, verstärkt jedoch zugleich bestehende Ungleichheiten. Gegenätzlich wird einer:m unbekannten Akteur:in, die ein neues Projekt aufbauen möchte, nicht mit dem gleichen Grundvertrauen gehört, hier kann es vorkommen, dass unter identischen Bedingungen, Vorhaben als „nicht möglich“ eingestuft (IP6, 2025, S.80). Bezirke oder Stadtteile mit dichten Netzwerken und etablierten Akteur:innen können Urban-Gardening-Projekte leichter initiieren und weiterentwickeln als Kontexte, in denen solche Beziehungen erst aufgebaut werden müssen. Soziales Kapital ist damit räumlich gebunden und ungleich verteilt (IP3, 2025, S.39-40).

Mehrere Interviewpassagen verweisen schließlich darauf, dass soziales Kapital eine aktivierende Funktion entfaltet. Urban Gardening wird dort besonders wirksam, wo Netzwerke die Frage adressieren „Wie können wir auch weitere Zielgruppen erreichen und mitnehmen“ und zur Beteiligung motivieren (IP6, 2025, S. 82). Veranstaltungen, Gartenfeste oder niedrigschwellige Formate dienen nicht nur der Information, sondern der Beziehungspflege und dem Aufbau sozialer Bindungen. Soziales Kapital fungiert hier als Motor gemeinschaftlicher Praxis (IP3, 2025, S.42). Gleichzeitig zeigt das Material, dass diese Aktivierung sozial selektiv bleibt. Personen mit begrenzten zeitlichen Ressourcen bedingt durch beispielsweise Pflege eines Familienmitglieds (IP6, 2025, S.84), instabilen Lebenslagen oder geringer sozialer Einbindung werden seltener erreicht, selbst wenn Angebote formal offen sind (IP3, 2025, S. 44). Soziales Kapital verstärkt damit Reichweite und Beteiligung für einige Gruppen, während andere kaum Zugang finden (IP3, 2025, S.42).

Zusammenfassend verdeutlicht das Interviewmaterial, dass soziales Kapital eine zentrale Voraussetzung für Handlungs- und Organisationsfähigkeit im Urban-Gardening-Feld darstellt. Netzwerke, persönliche Kontakte und institutionell vermittelte Beziehungen erleichtern den Zugang zu Ressourcen, Informationen und Unterstützung und tragen wesentlich zur Verstetigung von Projekten bei. Soziales Kapital wirkt dabei nicht nur ergänzend, sondern fungiert vielfach als vermittelnde Ressource zwischen ökonomischem, kulturellem und institutionellem Kapital. Ungleich verteilte Netzwerke und Vertrauensverhältnisse tragen so maßgeblich dazu bei, dass Urban Gardening in unterschiedlichen sozialen und räumlichen Kontexten sehr unterschiedliche Entwicklungspfade nimmt.

5.2.4 Symbolisches Kapital: Sichtbarkeit, Anerkennung und Legitimität

Im Interviewmaterial zeigt sich symbolisches Kapital als zentrale, jedoch häufig implizit wirksame Ressource im Urban-Gardening-Feld. Es manifestiert sich in Formen gesellschaftlicher Anerkennung, öffentlicher Sichtbarkeit und institutioneller Legitimität und beeinflusst maßgeblich, welche Projekte wahrgenommen, wertgeschätzt und als „sinnvoll“ oder „förderwürdig“ eingeordnet werden und welche trotz vergleichbarer Aktivitäten im Hintergrund bleiben.

Ein zentrales Muster des Materials ist die enge Kopplung von Sichtbarkeit und symbolischer Anerkennung. Mehrere Akteur:innen beschreiben Sichtbarmachung explizit als Aufgabe institutionell angebundener Projekte, etwa über Homepages, Karten, Social Media oder öffentlich zugängliche Formate wie Gartenführungen (IP1, 2025, S. 8-12). Initiativen, die auf solchen Plattformen präsent sind, gewinnen an Bekanntheit und werden leichter als Teil eines größeren urbanen Transformationsdiskurses wahrgenommen. Gleichzeitig wird deutlich, dass Sichtbarkeit ungleich verteilt ist. Digitale Kanäle erreichen vor allem bestimmte Alters- und Sozialgruppen; viele Angebote „wissen die Leute gar nicht“ oder nehmen sie nicht als relevant für sich wahr (IP1, 2025, S. 21). Symbolisches Kapital entsteht damit nicht automatisch aus Engagement, sondern setzt kommunikative Ressourcen, institutionelle Anbindung und mediale Anschlussfähigkeit voraus.

Symbolisches Kapital zeigt sich im Material besonders deutlich dort, wo Urban Gardening gesellschaftlich positiv gerahmt wird. Interviewpassagen verweisen darauf, dass Projekte an Bedeutung gewinnen, wenn ihr Beitrag zu Bildung, Nachhaltigkeit, Klimaanpassung oder sozialem Zusammenhalt anerkannt wird (IP1, 2025, S. 4; IP2, 2025, S. 37). Diese Wertzuschreibung beeinflusst politische Prioritätensetzungen und Förderentscheidungen. Gleichzeitig wird betont, dass Urban Gardening zwar zunehmend „wohlwollend angenommen“ wird, diese symbolische Aufwertung jedoch häufig instrumentell bleibt, etwa in medialen oder symbolpolitischen Kontexten, ohne automatisch in strukturelle Unterstützung zu münden (IP2, 2025, S. 31-32). Symbolisches Kapital wirkt hier ambivalent: Es kann Türen öffnen, ersetzt jedoch keine materiellen oder institutionellen Ressourcen.

Ein weiterer zentraler Aspekt symbolischen Kapitals ist die emotionale Bindung an Orte und Projekte. Mehrere Interviews betonen, dass gemeinschaftlich gestaltete Flächen nicht nur funktional genutzt, sondern emotional aufgeladen werden (IP1, 2025, S. 19; IP3, 2025, S. 45). Diese Identifikation erzeugt Schutzwirkung: Was als wertvoll wahrgenommen wird, wird

gepflegt, verteidigt und erhalten. Symbolisches Kapital wirkt hier auf einer alltagspraktischen Ebene, indem Gärten zu identitätsstiftenden Orten werden, die Zugehörigkeit herstellen und Nachbarschaften prägen. Zugleich bleibt diese Wirkung kontextabhängig: In Quartieren mit geringer öffentlicher Anerkennung oder schwacher Sichtbarkeit entfalten selbst engagierte Projekte weniger symbolische Strahlkraft.

Das Interviewmaterial zeigt zudem, dass symbolisches Kapital über Nachahmungsprozesse diffundiert. Sichtbare und medial präsente Projekte fungieren als Vorbilder und erzeugen Kettenreaktionen, etwa bei Baumscheibenbegrünungen oder Nachbarschaftsgärten (IP4, 2025, S. 52). Erfolgreiche Beispiele legitimieren neue Projekte und senken die Hemmschwelle zur Beteiligung. Diese Diffusion ist jedoch selektiv: Besonders Projekte in gut sichtbaren, zentralen oder sozial privilegierten Lagen werden wahrgenommen und reproduziert, während weniger sichtbare Initiativen seltener als Referenz dienen. Symbolisches Kapital verstärkt damit räumliche und soziale Ungleichheiten innerhalb des Feldes.

Mehrere Interviews verdeutlichen schließlich, dass symbolisches Kapital eng mit institutioneller Anerkennung verflochten ist. Projekte, die von Bezirken, Magistratsabteilungen oder städtischen Programmen unterstützt werden, gewinnen an Legitimität und öffentlichem Gewicht (IP2, 2025, S. 26; IP6, 2025, S. 75-76). Umgekehrt berichten Akteur:innen von Frustration, wenn sie trotz Engagement als „Bittsteller:innen“ wahrgenommen werden und ihre Arbeit nicht auf Augenhöhe anerkannt wird (IP2, 2025, S. 37-38). Symbolisches Kapital entsteht somit relational: Es wird nicht allein durch Aktivität erzeugt, sondern durch Anerkennung seitens relevanter Institutionen. Diese Anerkennung bleibt selektiv und abhängig von politischen Prioritäten, personellen Konstellationen und diskursiven Rahmungen.

Zusammenfassend zeigt das Interviewmaterial, dass symbolisches Kapital eine zentrale vermittelnde Ressource im Urban-Gardening-Feld darstellt. Sichtbarkeit, Anerkennung und gesellschaftliche Wertzuschreibung beeinflussen maßgeblich, welche Initiativen Zugang zu weiteren Ressourcen erhalten und langfristig stabilisiert werden können. Symbolisches Kapital entsteht nicht gleichmäßig aus Engagement, sondern aus der Überlagerung von öffentlicher Wahrnehmung, institutioneller Anerkennung und räumlicher Sichtbarkeit. Urban Gardening trägt damit zur symbolischen Aufwertung urbaner Räume bei, reproduziert jedoch zugleich bestehende Ungleichheiten, indem Anerkennung und Legitimität selektiv verteilt werden.

5.2.5 Kapitalverteilung und organisatorische Konsolidierung

Die Analyse der Interviewdaten zeigt, dass Unterschiede in der Handlungs- und Organisationsfähigkeit von Urban-Gardening-Initiativen nicht auf einzelne Kapitalformen zurückgeführt werden können. Vielmehr entstehen diese Unterschiede aus dem Zusammenspiel und der gegenseitigen Verstärkung ökonomischer, kultureller, sozialer und symbolischer Ressourcen. Erwartung 1 wird damit nicht eindimensional bestätigt, sondern relational geschärft.

Ökonomisches Kapital fungiert im Material als notwendige Ausgangsressource, entfaltet jedoch nur dann stabilisierende Wirkung, wenn es mit kulturellem und sozialem Kapital verschränkt ist. Finanzielle Mittel, Infrastruktur und Zeitressourcen ermöglichen Projektumsetzung, bleiben aber ohne organisatorisches Wissen, administrative Kompetenz und soziale Einbettung begrenzt wirksam. Umgekehrt können kulturelles Wissen und Netzwerke ökonomische Knappheit teilweise kompensieren, etwa durch effizientere Ressourcennutzung oder institutionelle Anschlussfähigkeit.

Kulturelles Kapital wirkt dabei als zentrale Übersetzungsressource, die entscheidet, ob ökonomische und institutionelle Angebote überhaupt zugänglich werden. Wissensbestände, sprachliche Kompetenzen und Deutungsrahmen bestimmen, ob Förderlogiken verstanden, Verwaltungsprozesse bewältigt und Handlungsmöglichkeiten erkannt werden. Fehlt dieses kulturelle Kapital, verstärken sich ökonomische Engpässe; ist es vorhanden, werden selbst begrenzte Ressourcen handlungsfähig gemacht.

Soziales Kapital vermittelt diese Prozesse, indem es Zugänge zu Wissen, Unterstützung und administrativen Schnittstellen eröffnet. Netzwerke reduzieren organisatorische Unsicherheit und ermöglichen die Konversion kultureller Kompetenzen in konkrete Unterstützung. Gleichzeitig verstärkt soziales Kapital bestehende Ungleichheiten dort, wo es mit kulturellem Kapital zusammenfällt, während es in ressourcenschwächeren Kontexten seltener verfügbar ist.

Symbolisches Kapital wirkt schließlich als kumulative Verstärkungsdimension: Sichtbarkeit und Anerkennung erhöhen die Legitimität von Projekten und erleichtern den Zugang zu weiteren Ressourcen. Diese symbolische Aufwertung ist jedoch an bestehende Kapitalverflechtungen gebunden und reproduziert räumliche und soziale Ungleichheiten, indem vor allem bereits anschlussfähige Initiativen profitieren.

In der Zusammenschau zeigt sich, dass privilegierte Kontexte weniger durch das Vorhandensein einzelner Ressourcen gekennzeichnet sind als durch stabile Wechselwirkungen zwischen Kapitalformen, die Organisationsfähigkeit und institutionelle Verstetigung begünstigen. In weniger privilegierten Kontexten kumulieren demgegenüber Brüche zwischen Kapitalformen, wodurch Handlungsspielräume verengt werden, ohne dass formale Ausschlüsse bestehen.

Erwartung 1 wird damit präzisiert: Ungleiche Organisationsfähigkeit im Urban-Gardening-Feld ist primär das Ergebnis wechselseitig verstärkender oder blockierender Kapitalverflechtungen, nicht isolierter Ressourcendefizite.

5.3 Raumsoziologische Differenzierung

Mit dem folgenden Kapitel wird die Analyse um eine explizit raumsoziologische Perspektive erweitert. Während die vorangegangenen Kapitel auf ungleiche Kapitalverteilungen und institutionelle Selektivität fokussierten, richtet sich der Blick nun auf Urban Gardening als räumliche Praxis und Prozess sozialer Raumaneignung. Damit wird die theoretische Triangularität der Arbeit Kapital, Institutionen und Raum analytisch konsequent fortgeführt. Ausgangspunkt bildet Erwartung 2, die auf raumsoziologischen Ansätzen von Lefebvre und dem relationalen Raumverständnis nach Löw basiert. Urban Gardening wird dabei nicht als bloßer Handlungskontext verstanden, sondern als Prozess sozialer Raumproduktion, in dem materielle Nutzung, soziale Beziehungen und symbolische Bedeutungszuschreibungen miteinander verschränkt sind (Löw 2001, S. 191) (Lefebvre 2007; Löw 2001).

Es wird angenommen, dass sich Urban Gardening in unterschiedlichen Stadtteilen auch als unterschiedliche Form der Raumaneignung manifestiert. Während in sozioökonomisch schwächeren Bezirken gemeinschaftliche Nutzung und soziale Einbindung im Vordergrund stehen, treten in wohlhabenderen Bezirken häufiger ästhetisch-symbolische Formen der Gestaltung und Repräsentation hervor. Diese Unterschiede werden nicht als starre Typen gefasst, sondern als variierende Schwerpunktsetzungen innerhalb räumlicher Praktiken, die in engem Zusammenhang mit sozialräumlichen Kontextbedingungen stehen.

Die Analyse folgt einem relationalen Raumverständnis, in dem Raumaneignung als Ergebnis sozialer Aushandlungsprozesse begriffen wird. Urban Gardening erscheint damit als Praxis, die zugleich physische Räume nutzt, gemeinschaftliche Organisation ermöglicht und symbolische Sichtbarkeit im Stadtraum erzeugt.

Vor diesem Hintergrund werden in Kapitel 5.3 jene raumbezogenen Dimensionen systematisch erschlossen, entlang derer Urban Gardening im Interviewmaterial thematisiert wird: materielle Nutzung und Gestaltung, gemeinschaftliche Nutzung und soziale Einbindung, ästhetische und symbolische Zuschreibungen, öffentliche Sichtbarkeit sowie Mechanismen von Abgrenzung und Ausschluss. Erwartung 2 dient dabei als zentraler analytischer Bezugspunkt, an dem geprüft wird, inwiefern sich unterschiedliche Formen der Rauman eignung empirisch rekonstruieren lassen und wie diese mit sozialräumlichen Ungleichheiten und Teilhabemöglichkeiten im urbanen Raum zusammenhängen.

5.3.1 Materielle Nutzung: physische Rauman eignung und Handlungsspielräume

Im Interviewmaterial erscheint materielle Nutzung als grundlegende Dimension der Rauman eignung von Urban-Gardening-Initiativen. Sie bezieht sich auf die konkrete physische Inanspruchnahme urbaner Flächen und wird nicht als neutraler Ausgangspunkt, sondern als kontextabhängiger und selektiver Rahmen beschrieben, der Handlungsspielräume eröffnet und zugleich begrenzt (IP1, 2025, S. 8; IP2, 2025, S. 26; IP7, 2025, S. 99).

Ein zentrales Motiv des Materials ist die Heterogenität der genutzten Flächen. Urban Gardening umfasst nicht nur klassische Gemeinschaftsgärten, sondern reicht von Baumscheibenbegrünungen über mobile Beete und Parklets bis hin zu Selbsternteparzellen, CSA-Modellen oder größeren landwirtschaftlich orientierten Formaten (IP1, 2025, S. 3). Diese Vielfalt verdeutlicht, dass materielle Rauman eignung nicht an eine einheitliche Flächenform gebunden ist, sondern sich an unterschiedliche räumliche Kontexte anpasst. Demnach finden innerstädtisch mehr realisierbare Baumscheiben Projekte Anwendung und in den Randbezirken großflächige Gärten (IP2, 2025, S.24-26; IP7, 2025, S.91). Zudem gibt „es [...] Brachflächen, die noch nicht genutzt werden oder können.“ (IP4, 2025, S.56) Diese werden als Zwischennutzungslösung, für den Zeitraum von langjährigen Gentrifizierungsmaßnahmen, gemeinschaftlichen Begrünungsprojekten übergeben (IP7, 2025, S.101). Zugleich wird deutlich, dass Größe, Lage und Widmung der Fläche maßgeblich beeinflussen, welche Nutzungsformen möglich sind und welche Ziele verfolgt werden können (IP4, 2025, S.54-56).

Wiederholt thematisiert wird die Frage, wem eine Fläche gehört und wer über ihre Nutzung entscheidet. Aussagen wie „Es kommt darauf an, erstens mal, wem ist die Fläche zuzuordnen, wer ist da sozusagen, wem gehört die Fläche?“ verweisen darauf, dass materielle Nutzung in hohem Maße von Zuständigkeiten und administrativen Abgrenzungen abhängt (IP1, 2025, S. 4). Unterschiedliche Magistratsabteilungen für Stadtplanung, Stadtgärten oder Straßenraum

strukturieren den Zugang zu Flächen jeweils unterschiedlich, was zu variierenden Nutzungsbedingungen führt (IP1, 2025, S. 3). „Es gibt ja in einer Stadt tausende Magistrate, die für irgendwas zuständig sind, wo es dann davor schlechte Absprachen gab.“ (IP2, 2025, S.27) Hier wird deutlich betont, dass es kein einheitliches Regelwerk für Vergabe und Nutzung innerhalb des komplexen Institutionsgeflechts gibt. Flächenverfügbarkeit wird als „Case-by-Case-Sache“ (IP1, 2025, S.13) beschrieben, bei der Entscheidungen situativ getroffen werden und „mit den Magistratsabteilungen viele Gespräche“ (IP6, 2025, S.77) geführt und abgestimmt werden müssen. Materielle Nutzung erscheint damit als kontingent und selektiv: Sie ist grundsätzlich möglich, aber nicht selbstverständlich und stark von lokalen Konstellationen, institutioneller Offenheit und persönlichen Kontakten abhängig.

Deutliche Unterschiede zeigen sich im Material entlang des räumlichen Maßstabs. In innerstädtischen Bezirken werden Gemeinschaftsgärten häufig als sehr klein beschrieben, mit Flächen von rund 100 m² und wenigen Beeten (IP2, 2025, S. 25-26). Demgegenüber stehen großflächige Anlagen in randständigen Bezirken wie der Garten in Esslingen mit mehreren tausend Quadratmetern, die andere Nutzungsintensitäten und -ziele ermöglichen (IP1, 2025, S. 8). Materielle Nutzung ist hier unmittelbar an urbane Dichte gekoppelt: Je knapper und stärker konkurrierend der Raum, desto kleinteiliger und begrenzter die Aneignung. Wie kontrastiv Brigittenau, als dicht gewachsener Bezirk, gegenüber Döbling, als grüner Bezirk mit allgemein hoher Grünflächenquote, veranschaulicht. Diese Unterschiede wirken sich direkt auf die Reichweite der Nutzung aus (IP3, 2025, S.39; IP5, 2025, S.62). Kleine Flächen ermöglichen punktuelle, symbolisch sichtbare Eingriffe wie schmale Grünstreifen, während größere Flächen Raum für Selbstversorgung, biodiversitätsorientierte Konzepte oder langfristige Nutzung eröffnen (IP1, 2025, S. 8; IP7, 2025, S. 98-99).

Im Interviewmaterial wird materielle Nutzung zudem eng mit Fragen der infrastrukturellen Ausstattung verknüpft. Beete, Erde, Wasseranschlüsse, Zäune, Sitzgelegenheiten oder Rankhilfen erscheinen als grundlegende Voraussetzungen dafür, dass Flächen sinnvoll genutzt werden können (IP4, 2025, S. 49-51; IP7, 2025, S. 91-93). Besonders bei Projekten im öffentlichen Raum wird betont, dass diese Infrastruktur häufig von öffentlicher Seite bereitgestellt werden muss, um Nutzung zu ermöglichen und „viele Nutzungskonflikte schon im Vorhinein [zu] vermeiden“ (IP7, 2025, S. 103). Gleichzeitig wird die Ausstattung selbst als ambivalent beschrieben. Einzäunungen dienen dem Schutz vor Vandalismus, reduzieren jedoch Offenheit und Zugänglichkeit (IP7, 2025, S. 102). Materielle Nutzung ist damit stets Ergebnis einer Abwägung zwischen Schutz, Kontrolle und öffentlicher Zugänglichkeit.

Ein weiteres zentrales Merkmal materieller Nutzung ist ihre zeitliche Begrenztheit. Viele Projekte werden als Zwischennutzungen beschrieben, die nur für einen begrenzten Zeitraum gesichert sind (IP7, 2025, S. 99-101). Hinweise darauf, dass Nutzungen zwar über mehrere Saisons bestehen bleiben können, darüber hinaus jedoch keine langfristigen Garantien bestehen, verweisen auf eine strukturelle Unsicherheit materieller Rauman eignung (IP7, 2025, S. 56-58). Diese Unsicherheit beeinflusst, wie intensiv Flächen gestaltet werden und welche Investitionen Akteur:innen bereit sind zu tätigen. Materielle Nutzung oszilliert damit zwischen Verstetigung und Vorläufigkeit und erscheint weniger als dauerhafte Flächennutzung denn als flexible, adaptive Praxis. Eine gegensätzliche zeitliche Komponente ist die Flächenvergabe, wonach „in einem Rotationssystem [...] jedes Jahr oder alle zwei Jahre die Parzelle neu vergeben“ (IP1, 2025, S.17) Dieser Blickwinkel der Kurzfristigkeit ermöglicht Partizipationsmöglichkeiten innerhalb begrenzter Ressourcen (IP7, 2025, S.94).

Zusammenfassend zeigt das Interviewmaterial, dass sich Urban Gardening in unterschiedlichen Stadtteilen als unterschiedliche Form materieller Rauman eignung manifestiert. Unterschiede liegen weniger in der grundsätzlichen Möglichkeit, urbane Flächen zu nutzen, als in Art, Umfang, Stabilität und Funktion dieser Nutzung. In flächenknappen, dicht bebauten Kontexten dominieren kleinteilige, temporäre und stark regulierte Nutzungsformen, während in weniger verdichteten oder randständigen Bezirken größere, vielfältigere und langfristige Nutzungen möglich sind. Materielle Nutzung erweist sich damit als kontextgebundene Dimension der Rauman eignung, in der soziale, räumliche und institutionelle Ungleichheiten sichtbar werden und fortgeschrieben werden.

5.3.2 Gemeinschaftliche Nutzung: Teilhabeformen und kollektive Raumproduktion

Im Interviewmaterial erscheint gemeinschaftliche Nutzung als zentrale soziale Dimension der Rauman eignung von Urban-Gardening-Initiativen. Sie bezieht sich auf die kollektive Organisation und Nutzung urbaner Räume und wird nicht als selbstverständlich, sondern als prozesshafte Praxis beschrieben, die aktiv hergestellt, stabilisiert und immer wieder neu ausgehandelt werden muss (IP1, 2025, S. 4-6; IP2, 2025, S. 28-29).

Bezirksübergreifend wird Urban Gardening als soziale Praxis gerahmt, die über das Gärtnern hinausgeht und explizit auf Gemeinschaftsbildung, soziale Begegnung und Verantwortung abzielt und dadurch als „sehr multidimensional“ zu kategorisieren ist (IP1, 2025, S.4). Projekte werden als Orte beschrieben, an denen Menschen zusammenkommen und Nachhaltigkeit im Alltag erfahrbar wird (IP1, 2025, S. 8). Fundiert auf dem variierenden „kulturellen Hintergrund,

aber vor allem den familiären Background“ differenzieren sich beispielsweise innerhalb einer Schulklasse die Berührungspunkte mit Gärten (IP1, 2025, S.10). Gemeinschaftliche Nutzung fungiert damit als soziale Brücke zwischen individueller Praxis und kollektiver Raumaneignung.

Ein zentrales Motiv des Materials ist die Vielfalt organisatorischer Formen. Neben offenen, niedrigschwelligen Nachbarschaftsgärten existieren stärker geschlossene Gemeinschaftsgärten mit stabilen Gruppenstrukturen (IP6, 2025, S.82). Letztere werden teilweise als „eingeschweißte Gruppe“ beschrieben, die sich über längere Zeit etabliert hat und nur begrenzt durchlässig ist (IP1, 2025, S. 6). Offenheit gemeinschaftlicher Nutzung ist damit nicht gegeben, sondern abhängig von internen Regeln, sozialen Normen und der Bereitschaft zur Öffnung. Mehrere Interviews verweisen darauf, dass diese Offenheit maßgeblich von den beteiligten Gruppen selbst ausgeht: Während manche Projekte aktiv neue Personen ansprechen und heterogene Zielgruppen einbinden, grenzen sich andere bewusst oder unbewusst ab (IP2, 2025, S. 25). Gemeinschaftliche Nutzung eröffnet damit Teilhabemöglichkeiten, wirkt jedoch zugleich sozial selektiv und adressiert nur „ein gewisses Klientel“ (IP2, 2025, S.25).

Gemeinschaftliche Nutzung wird im Material wiederholt als intensives soziales Lern- und Aushandlungsfeld beschrieben. In Gemeinschaftsgärten treffen unterschiedliche Erwartungen, Lebensstile und Nutzungsverständnisse aufeinander, was kontinuierliche Abstimmungsprozesse erforderlich macht, wenn „auf einmal 50 Leute da [sind], die alle auch eine unterschiedliche Idee davon haben.“ (IP2, 2025, S.28). Fragen der Organisation, Entscheidungsfindung und des Umgangs mit Konflikten sind integraler Bestandteil der Praxis (IP2, 2025, S. 28-30). Diese Prozesse werden ambivalent bewertet, einerseits ermöglichen sie soziale Lernprozesse, interkulturelle Begegnung und den Aufbau sozialer Kompetenzen (IP2, 2025, S.27). Andererseits stellen sie hohe Anforderungen an Zeit, Engagement und kommunikative Fähigkeiten, was für bestimmte Personengruppen eine Hürde darstellt (IP3, 2025, S. 42).

In sozioökonomisch schwächeren Bezirken tritt gemeinschaftliche Nutzung besonders deutlich als Instrument sozialer Einbindung und Nachbarschaftsbildung hervor. Urban Gardening wird hier häufig als Möglichkeit beschrieben, Identifikation mit dem unmittelbaren Wohnumfeld herzustellen und soziale Beziehungen im Quartier zu stärken (IP3, 2025, S. 40-42). Die Bedeutung kleiner, gemeinschaftlich gestalteter Flächen wird hervorgehoben, da sie in dicht bebauten Stadtteilen wichtige soziale Bezugspunkte darstellen. Auffällig ist, dass

gemeinschaftliche Nutzung in diesen Kontexten über die aktiv Beteiligten hinauswirkt. Aussagen wie, dass es „nicht jeder engagieren“ müsse und bereits Anerkennung und vor allem Wertzuschreibung ausreiche, verdeutlichen die Relevanz passiver Teilhabeformen (IP3, 2025, S. 47). Gemeinschaftliche Nutzung fungiert hier als niedrigschwelliger sozialer Anker im Quartier und aktives Mobilisieren von Außenstehenden (IP7, 2025, S.92). Gleichzeitig zeigen die Interviews deutlich die Grenzen dieser Einbindung: Sprachliche Barrieren, Zeitmangel, Unsicherheiten und fehlende Ressourcen erschweren eine aktive Beteiligung bestimmter Gruppen (IP3, 2025, S. 42; IP6, 2025, S. 84).

In sozioökonomisch stärkeren Bezirken verschiebt sich der Schwerpunkt gemeinschaftlicher Nutzung. Urban Gardening wird hier häufiger als Ergänzung bestehender Grün- und Freizeitangebote beschrieben und stärker mit Naherholung, Austausch und Lebensqualität verknüpft (IP5, 2025, S. 61). Gemeinschaftliche Nutzung dient weniger der sozialen Grundversorgung als der Schaffung zusätzlicher sozialer Räume wie Weingärten oder Parklandschaften (IP5, 2025, S.62). Projekte werden als Orte generationenübergreifender Begegnung beschrieben, an denen soziale Beziehungen gepflegt werden, ohne dass existenzielle Abhängigkeiten bestehen wie beispielsweise Projekte wie das „Jugendparlament und das Seniorenparlament (IP3, 2025, S. 44).

Über alle Kontexte hinweg zeigt sich, dass gemeinschaftliche Nutzung eng mit Identifikation und Verantwortungsübernahme verbunden ist. Mehrfach wird betont, dass Menschen Räume, die sie aktiv mitgestalten, schützen und pflegen. Der Vergleich mit dem eigenen Garten verdeutlicht diesen Zusammenhang besonders eindrücklich und betont „wenn Leute mehr Bezug zu ihrem Umfeld kriegen, dann schmeißen die die Bierdose in der Stadt vielleicht auch nicht auf den Boden“ (IP1, 2025, S. 19). Gemeinschaftliche Nutzung wirkt damit stabilisierend auf den öffentlichen Raum, indem sie soziale Verantwortung fördert und informelle Formen sozialer Kontrolle etabliert (IP5, 2025, S.62). Diese Wirkung entfaltet sich nicht nur innerhalb der Gruppen, sondern auch im weiteren Umfeld, da Gemeinschaftsgärten als soziale Orte wahrgenommen werden, die Aufenthaltsqualität erhöhen und Nachbarschaften strukturieren. Bis hin zu Eltern, die sich für die Pflege von Gemeinschaftsgrünflächen koordinieren (IP3, 2025, S. 42).

Zusammenfassend zeigt das Interviewmaterial, dass sich gemeinschaftliche Nutzung im Urban-Gardening-Feld sozialräumlich unterschiedlich ausprägt. In sozioökonomisch schwächeren Bezirken steht sie stärker im Zeichen sozialer Einbindung, Nachbarschaftsbildung

und niedrigschwelliger Teilhabe, während sie in wohlhabenderen Bezirken häufiger als ergänzende, freizeit- und qualitätsorientierte Nutzung erscheint. Gemeinschaftliche Nutzung erweist sich damit als zentrale, zugleich voraussetzungsreiche Form sozialer Raumanneignung.

5.3.3 Öffentliche Sichtbarkeit: Wahrnehmbarkeit, Anerkennung und Reichweite

Im Interviewmaterial erscheint öffentliche Sichtbarkeit als zentrale Dimension der Raumanneignung von Urban-Gardening-Initiativen wie durch unter anderem einer „Gartenkarte“, die vorhandene Projekte visualisiert (IP2, 2025, S.34). Sie entscheidet darüber, ob gemeinschaftliche Praktiken über die unmittelbar Beteiligten hinaus wahrgenommen, sozial anerkannt und als legitime Nutzung im Stadtraum verankert werden. In der Praxis bewirkt das strategische Setzen von kleinen Impulsen in Form von „temporären Möbeln aus Holz“, die feste Etablierung von grünen Erholungsoasen, da durch soziale Wertzuschreibung eine Rückführung politisch nicht mehr lukrativ wäre (IP6, 2025, S.78). Sichtbarkeit wird dabei nicht als bloße mediale Präsenz verstanden, sondern als sozialräumlicher Prozess, in dem kommunikative Praktiken, räumliche Lage, institutionelle Einbettung und soziale Resonanz miteinander verschränkt sind (IP1, 2025, S. 3-5).

Mehrere Interviewpartner:innen beschreiben, dass Urban Gardening in den letzten Jahren deutlich präsenter im öffentlichen Bewusstsein geworden und an öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen hat (IP1, 2025, S.4, IP6, 2025, S.77). Diese Entwicklung wird nicht als kurzfristiger Effekt beschrieben, sondern als Ergebnis längerfristiger Prozesse, in denen Programme, Projekte und Studien aufeinander aufbauen wie das Parklet-Programm, dass sich über Jahre hinweg bis hin zu einem europaweiten Vorzeigeprojekt für kleinstädtische Begrünung entwickelt hat (IP7, 2025, S. 104, IP6, 2025, S.90). Ergänzend wird aus feldbezogener Perspektive betont, dass sich die Gemeinschaftsgartenlandschaft insgesamt weiterentwickelt und ausdifferenziert habe (IP1, 2025, S. 15). Öffentliche Sichtbarkeit erscheint damit als kumulativer Prozess, der gemeinschaftliche Nutzungsformen im urbanen Raum schrittweise normalisiert.

Zugleich wird Sichtbarkeit mit Stabilisierung verknüpft. Kartierungen und Übersichten, die systematisch erfassen, wo Urban-Gardening-Projekte existieren und wie sie ausgestaltet sind, werden als wichtiger Beitrag zur Sichtbarkeit beschrieben (IP2, 2025, S. 34). Diese Sichtbarmachung fungiert zugleich als Grundlage institutioneller Anerkennung und längerfristiger Verankerung.

Das Material macht deutlich, dass öffentliche Sichtbarkeit aktiv hergestellt werden muss. Digitale Kommunikationsformen spielen dabei eine zentrale Rolle. Die Homepage wird als wesentliches Instrument genannt, über das Initiativen sichtbar gemacht und ein konsistenter Außenauftritt erzeugt wird (IP1, 2025, S. 3-5). Gleichzeitig wird betont, dass diese Sichtbarkeit kontinuierliche Pflege erfordert, etwa durch grafische Aufbereitung oder inhaltliche Weiterentwicklung der Player, um Doppelgleisigkeit entgegenzuwirken (IP1, 2025, S. 12). Ergänzend dazu werden Veranstaltungen wie Gartenfeste oder regelmäßige Führungen als zentrale Formate beschrieben, über die Projekte und gemeinschaftliche Praxis im Stadtraum erfahrbar gemacht wird (IP1, 2025, S. 42). Öffentliche Sichtbarkeit erweist sich damit als organisatorische und kommunikative Leistung, die an Zeit, Ressourcen und institutionelle Einbettung gebunden ist (IP6, 2025, S.74).

Öffentliche Sichtbarkeit ist im Interviewmaterial räumlich selektiv strukturiert und bezirksgebunden. Bildungsangebote für Kinder richten sich überwiegend an Schulklassen aus der näheren Umgebung, da kurze Wege und Erreichbarkeit eine zentrale Rolle spielen. Bildungsangebote für Erwachsene weisen demgegenüber eine größere räumliche Reichweite auf, da diese Zielgruppen eher bereit sind, weitere Wege in Kauf zu nehmen (IP1, 2025, S. 5). Sichtbarkeit ist damit zielgruppenabhängig organisiert und ungleich über den Stadtraum verteilt, so werden hier „nachbarschaftliche Initiativen in einem eher kleinräumigen Radius“ hervorgehoben (IP7, 2025, S.102).

In ökonomisch schwächeren, dicht besiedelten innerstädtischen Bezirken wird die Bedeutung kleinteiliger Begrünungsformen im Zusammenhang mit sozialen Rahmenbedingungen hervorgehoben. Der Bezirk wird als „eher ärmerer Bezirk“ beschrieben, in dem klassische Formen des Gärtnerns zunehmend an Zugänglichkeit verlieren, da „die Zeiten, sage ich einmal, wo sich jeder einen Kleingarten hat leisten können, sind vorbei“ (IP3, 2025, S. 40). Vor diesem Hintergrund übernehmen niedrighschwellige Praktiken wie Baumscheibenbegrünungen eine kompensatorische Funktion und „nehmen quasi den Platz von früher, von Kleingartenvereinen ein“ (IP3, 2025, S. 40). Insbesondere für Personen, die weder über finanzielle Mittel für Mobilität noch über einen Zweitwohnsitz verfügen, stellt dieses „kleine Stückchen, das sie selbst betreuen und schön machen“, eine bedeutsame Ressource dar (IP3, 2025, S. 40). Die sozialen Rahmenbedingungen im Bezirk werden daher als förderlich für solche Formen urbaner Begrünung eingeschätzt (IP3, 2025, S. 40).

Ein wiederkehrendes Motiv im Material ist die Bedeutung passiver Anerkennung. Mehrere Interviewpassagen betonen, dass öffentliche Sichtbarkeit auch dort Wirkung entfaltet, wo keine aktive Beteiligung stattfindet. Es sei nicht notwendig, dass „alle mitmachen“; bereits positive Rückmeldungen, Zustimmung oder Wertschätzung werden als relevante Formen sozialer Anerkennung beschrieben (IP3, 2025, S. 47). Öffentliche Sichtbarkeit fungiert hier weniger als Mobilisierungs- denn als Legitimationsmechanismus, der gemeinschaftliche Nutzung sozial absichert und normalisiert.

Zugleich zeigt das Material, dass Sichtbarkeit Nachfrage und Nachahmung erzeugt. Sichtbare und funktionierende Projekte dienen als Referenzpunkte, an denen sich andere Gruppen orientieren und eigene Initiativen entwickeln (IP4, 2025, S. 52-53). Die sehr hohe Nachfrage nach Beteiligung bei einzelnen Projekten macht deutlich, dass Sichtbarkeit nicht nur Anerkennung erzeugt, sondern auch neue Aushandlungen über Zugang und Teilhabe erforderlich macht (IP4, 2025, S. 55-56).

Schließlich wird deutlich, dass öffentliche Sichtbarkeit eng mit sozialräumlichen Kontexten und institutionellen Rahmenbedingungen verknüpft ist. In ökonomisch stärkeren Bezirken mit hoher Grünraumausstattung wird Urban Gardening anders wahrgenommen als in dicht bebauten innerstädtischen Lagen. Dort erhalten einzelne Grundstrukturen oder Bäume einen „anderen Stellenwert [...] aufgrund der Lage.“ (IP5, 2025, S.68), insbesondere vor dem Hintergrund klimatischer Belastungen, wie gestauter Hitzeinseln im Sommer. (IP5, 2025, S. 68-69). Öffentliche Sichtbarkeit ist hier stärker symbolisch aufgeladen, während sie in grüneren Bezirken diffuser bleibt, was unter anderem der Topografie geschuldet ist durch z.B. den Wienerwald der als „natürliche Klimaanlage“ fungieren (IP5, 2025, S.67).

Besonders ausgeprägt ist öffentliche Sichtbarkeit dort, wo Initiativen als offene Anlaufstellen im öffentlichen Raum fungieren. Projekte wie „Garten ums Eck“ werden als bewusst sichtbar, zugänglich und offen beschrieben, um unterschiedliche Gruppen einzubinden und Durchmischung zu fördern (IP7, 2025, S. 91). Exponierte Standorte, offene Gestaltung und Aufenthaltsangebote führen dazu, dass auch Passant:innen den Raum wahrnehmen und nutzen (IP7, 2025, S. 99). Sichtbarkeit ist hier eng mit normativen Vorstellungen von Öffentlichkeit und Teilhabe verbunden.

Gleichzeitig wird betont, dass öffentliche Sichtbarkeit stets in institutionelle Rahmenbedingungen eingebettet ist. Förderprogramme, lokale Agenda-Strukturen, mediale Unterstützung auf Bezirksebene und politische Bereitschaft beeinflussen, ob Sichtbarkeit

verstetigt oder begrenzt bleibt (IP6, 2025, S. 69-71). Öffentliche Sichtbarkeit erscheint damit als Ergebnis ko-produktiver Governance.

Zusammenfassend zeigen die Befunde, dass öffentliche Sichtbarkeit ein zentraler Mechanismus differenzierter Raumanewinnung im Urban-Gardening-Feld ist. Unterschiede zwischen Stadtteilen manifestieren sich weniger in der Existenz gemeinschaftlicher Praxis als in deren Wahrnehmbarkeit, Reichweite, symbolischer Aufladung und sozialer Resonanz. Raumanewinnung wird damit wesentlich über ungleiche Bedingungen und Effekte öffentlicher Sichtbarkeit strukturiert.

5.3.4 Ästhetik und Symbolik: Deutung des Stadtraums

Im Interviewmaterial erweist sich die ästhetisch-symbolische Dimension als eigenständige Form der Raumanewinnung, die eng mit gemeinschaftlicher Nutzung verflochten ist. Ästhetik wird dabei nicht als oberflächliche Gestaltung verstanden, sondern als Trägerin von Bedeutungen, über die Beziehungen zu Orten entstehen und bestimmte Formen von Nutzung legitimiert werden. Urban Gardening fungiert in dieser Perspektive als Praxis, die Räumen neue symbolische Qualitäten zuschreibt (IP1, 2025, S. 8; IP3, 2025, S. 42; IP5, 2025, S. 64).

Mehrere Interviewpassagen verweisen darauf, dass ästhetische Gestaltung gezielt eingesetzt wird, um neue Wahrnehmungen von Raum zu ermöglichen. Der „Garten der Vielfalt“ wird als Ort beschrieben, an dem unterschiedliche Elemente von Biolandbau, Gartenbau und Biodiversität sichtbar zusammengeführt werden (IP1, 2025, S. 2). Besondere gestalterische Elemente wie eine Wurzelschauarena werden dabei als Möglichkeit beschrieben, einen „Blick [zu bekommen], den man sonst nicht hat“ (IP1, 2025, S. 8). Ästhetik fungiert hier als epistemische Praxis, über die Wissen erfahrbar gemacht und neue Beziehungen zwischen Menschen und Natur hergestellt werden. Zugleich wird betont, dass Urban-Gardening-Projekte ästhetisch sehr unterschiedlich ausgestaltet sind. Neben dauerhaft angelegten Gärten werden auch temporäre oder „pop-up-artige“ Formate beschrieben, die gezielt jüngere Zielgruppen ansprechen (IP1, 2025, S. 6).

Ein zentrales Motiv im Material ist die Verknüpfung von ästhetischer Gestaltung und ökologischer Symbolik. Gemeinschaftsgärten werden explizit als Räume der Biodiversität beschrieben, in denen ökologische Zusammenhänge sichtbar gemacht werden, etwa durch Wildbienenprojekte oder biodiversitätsorientierte Bepflanzung (IP1, 2025, S. 16; IP2, 2025, S. 35; IP3, 2025, S. 39). Insbesondere in ökonomisch schwächeren Bezirken wird hervorgehoben, dass „jeder Quadratmeter Grün“ Bedeutung habe, vor allem dann, wenn er als „schönes Grün“

wahrgenommen werde (IP3, 2025, S. 39). Die ästhetische Aufwertung vormals wenig beachteter Straßenzüge wird als Prozess beschrieben, durch den Räume „Identität gewinnen“ und neue Aufmerksamkeit erzeugen (IP3, 2025, S. 45). Ästhetik fungiert hier als Katalysator sozialer Wahrnehmung und lokaler Aufwertung.

Über visuelle Gestaltung hinaus ist Ästhetik im Interviewmaterial eng mit emotionaler Bindung und symbolischer Aneignung verknüpft. So gewinnt ein „Straßenzug, der vorher stiefmütterlich behandelt wurde, [...] plötzlich eine Identität.“ (S.45). Mehrere Interviewpassagen betonen, dass Orte, zu denen Menschen eine Beziehung aufgebaut haben, geschützt und bewusst gepflegt werden. Umgestaltung im Wohnumfeld, dass man selber aktiv mit gestaltet hat, möchte man erhalten (IP1, 2025, S. 19). Diese symbolische Bindung zeigt sich besonders deutlich in kleinräumigen Projekten wie Baumscheibenbegrünungen, die als „kleines Stückchen, das sie selbst betreuen und schön machen“ vorgestellt, das für Beteiligte und Anwohnende einen hohen Wert besitzt (IP3, 2025, S. 40). Die ästhetische Beziehung reicht dabei über die aktiv Beteiligten hinaus und schließt auch jene ein, die nicht mitarbeiten, den Ort aber wahrnehmen, schätzen und mittragen (IP3, 2025, S. 47).

Gleichzeitig verdeutlicht das Material, dass ästhetisch-symbolische Raumaneignung stark vom sozialräumlichen Kontext abhängt. In ökonomisch stärkeren Bezirken mit hoher Grünraumausstattung wird Urban Gardening weniger als grundlegende Aufwertung, sondern eher als nebensächliche Qualität beschrieben: „Aber da die Aufenthaltsqualität und viele Grünflächen, Parkanlagen und Wälder und Weingärten bei uns vorhanden sind, ist es bestimmt nicht top Priorität-Eins Thema.“ (IP5, 2025, S. 62). Das Stadtbild ist geprägt von touristischen und ästhetischen Begegnungsflächen. In innerstädtischen Lagen mit geringerer Grünverfügbarkeit erhält ästhetische Gestaltung hingegen einen anderen Stellenwert, insbesondere vor dem Hintergrund klimatischer Belastungen (IP5, 2025, S. 67). Urban Gardening wird hier als Teil von Diskursen über Lebensqualität, Klimaanpassung und zukünftige Stadtentwicklung verhandelt.

Zugleich verweisen die Interviews auf regulative Grenzen ästhetischer Gestaltung. Gestalterische Freiheit bewegt sich innerhalb institutionell gesetzter Rahmenbedingungen, etwa durch Vorgaben der für das Stadtbild zuständigen Verwaltung (IP7, 2025, S. 100). Ästhetisch-symbolische Raumaneignung entfaltet sich damit im Spannungsfeld zwischen kreativem Gestaltungsanspruch und formaler Regulierung.

Zusammenfassend zeigen die Befunde, dass ästhetisch-symbolische Raumaneignung ein zentraler Mechanismus der Bedeutungszuschreibung im Urban-Gardening-Feld ist. Sie wirkt kontextabhängig und entfaltet ihre Effekte je nach sozialräumlicher Lage unterschiedlich: als alltagsnahe Aufwertung und lokale Identifikation in ressourcenschwächeren Quartieren oder als ergänzende, stärker repräsentative Qualität in bereits grünen und privilegierten Bezirken. Urban Gardening eignet sich Räume damit nicht nur materiell an, sondern verleiht ihnen unterschiedliche symbolische Funktionen und Wertigkeiten.

5.3.5 Ausschluss und Begrenzung: Zugangshürden und implizite Schranken

Im Interviewmaterial erscheint Ausschluss im Kontext von Urban Gardening nicht primär als intendierte Praxis, sondern als struktureller Nebeneffekt von Raumaneignung. Ausschluss manifestiert sich weniger über explizite Verbote als über Zugangsbedingungen, implizite Anforderungen und begrenzte Ressourcen, die bestimmen, wer teilnehmen kann, wer dauerhaft eingebunden wird und wer faktisch außen vor bleibt. Raumaneignung erweist sich damit als selektiver Prozess, der Teilhabe ermöglicht, zugleich aber begrenzt (IP1, 2025, S. 14; IP2, 2025, S. 24-25; IP7, 2025, S. 100-101).

Zentral ist dabei die wiederkehrende Frage nach gerechter Teilhabe. Urban Gardening ist normativ mit Offenheit verbunden, zugleich wird im Material deutlich, dass immer wieder neu ausgehandelt werden muss, „wer mitmachen kann und wer nicht“ (IP1, 2025, S. 4). Besonders dort, wo Nachfrage hoch und Flächen knapp sind, werden Zugangsentscheidungen unvermeidlich. Vergabesysteme wie Verlosungen mit mehreren tausend Bewerbungen für wenige Plätze werden als Versuch beschrieben, formale Gleichheit herzustellen, machen jedoch zugleich die strukturelle Knappheit sichtbar (IP1, 2025, S. 5).

Das Interviewmaterial verweist wiederholt auf räumlich und sozial bedingte Zugangsbarrieren. Bildungs- und Beteiligungsangebote richten sich häufig an Personen oder Institutionen aus der näheren Umgebung, da längere Wege zeitlich und organisatorisch kaum leistbar sind (IP1, 2025, S. 5). Teilhabe wird damit faktisch an Wohnortnähe gekoppelt. Gleichzeitig bleiben finanzielle Hürden auch bei niedrigen Teilnahmebeiträgen relevant; selbst geringe Beträge können für manche Haushalte eine Barriere darstellen (IP1, 2025, S. 11).

Besonders deutlich treten sprachliche Barrieren hervor. Mehrere Interviews verweisen darauf, dass nicht mangelndes Interesse, sondern Unsicherheit, Sprachkompetenz und fehlende Information zentrale Ausschlussmechanismen darstellen (IP2, 2025, S. 25; IP3, 2025, S. 41; IP7, 2025, S. 92-93). Auch dort, wo Informationen formal mehrsprachig verfügbar sind, wird

beschrieben, dass Personen mit Sprachbarrieren Angebote häufig nicht wahrnehmen, da sie sich nicht „aufdrängen“ wollen (IP3, 2025, S. 41). Ausschluss erfolgt hier nicht aktiv, sondern über Selbstselektion unter ungleichen Voraussetzungen. Hinzu kommt, dass aktive Beteiligung zeitliche, organisatorische und soziale Ressourcen voraussetzt. Regelmäßige Pflege, Verantwortungsübernahme und Gruppenabstimmung stellen Anforderungen dar, die nicht für alle gleichermaßen leistbar sind (IP3, 2025, S. 42; IP6, 2025, S. 82).

Ein weiteres Spannungsfeld betrifft die Balance zwischen Offenheit und Schutz. Während Urban-Gardening-Projekte als offene Räume gedacht sind, berichten viele Interviews von Problemen mit Verschmutzung, Vandalismus oder unsachgemäßer Nutzung (IP1, 2025, S. 16; IP3, 2025, S. 43; IP7, 2025, S. 102). Die Einzäunung von Flächen wird daher als pragmatische Maßnahme beschrieben, um Nutzung zu stabilisieren, erzeugt jedoch neue Ausschlüsse, da Zugang nur für formell Zugehörige möglich ist (IP1, 2025, S. 17). Besonders bei kleinräumigen Projekten im öffentlichen Raum, etwa Baumscheiben oder offenen Grünflächen, zeigt sich diese Ambivalenz deutlich. Diese Flächen sind „für alle da“, zugleich aber anfällig für Nutzungskonflikte, Diebstahl oder Zerstörung (IP3, 2025, S. 43; IP7, 2025, S. 104). Ausschluss ergibt sich hier aus der Schwierigkeit, offene Nutzung mit Pflege, Sicherheit und Verantwortung zu vereinbaren, insbesondere in dicht besiedelten innerstädtischen Bezirken (IP6, 2025, S. 103).

Ausschlussmechanismen zeigen sich zudem in der internen Organisation von Gartengruppen. Während einige Projekte gezielt auf Durchlässigkeit und Rotationssysteme setzen, um möglichst vielen Menschen Teilhabe zu ermöglichen (IP1, 2025, S. 17; IP4, 2025, S. 50), verweisen andere Interviews auf Tendenzen zur Abschließung. Gruppen können sich informell stabilisieren und über Zeit sozial homogener werden (IP2, 2025, S. 34; IP7, 2025, S. 93). Der Einstieg in bestehende Gruppen wird dabei als anspruchsvoll beschrieben: Während formaler Zugang zu freien Plätzen oft als niedrigschwellig gilt, erfordert aktive Mitgestaltung erhebliche zeitliche, soziale und organisatorische Ressourcen (IP7, 2025, S. 98). Ausschluss manifestiert sich hier über implizite Anforderungen, nicht über formale Regeln.

Schließlich wird deutlich, dass Ausschluss und Begrenzung auch durch institutionelle Rahmenbedingungen geprägt sind. Genehmigungsverfahren, Gestaltungsvereinbarungen und Zuständigkeiten sind häufig komplex und sprachlich anspruchsvoll (IP7, 2025, S. 93). Auch dort, wo unterstützende Schnittstellen existieren, bleiben bürokratische Hürden bestehen, die nicht für alle gleichermaßen überwindbar sind (IP6, 2025, S. 82). Hinzu kommt die strukturelle

Knappheit des öffentlichen Raums. In innerstädtischen Bezirken konkurrieren Urban-Gardening-Projekte mit anderen Nutzungsansprüchen wie Verkehr, Parkplätzen oder Freizeitnutzung, wodurch Ausschluss nicht projektbezogen, sondern strukturell entsteht (IP2, 2025, S. 25; IP6, 2025, S. 78).

Zusammenfassend zeigen die Befunde, dass Ausschluss und Begrenzung integrale Bestandteile urbaner Raumaneignung im Kontext von Urban Gardening sind. Teilhabe wird nicht allein durch Offenheit bestimmt, sondern durch das Zusammenspiel räumlicher Knappheit, sozialer Ressourcen, gruppeninterner Strukturen und institutioneller Rahmenbedingungen. Urban Gardening eröffnet Beteiligungsmöglichkeiten, reproduziert jedoch zugleich soziale Ungleichheiten, indem Zugänge, Anforderungen und Nutzungskonflikte ungleich verteilt sind. Raumaneignung erweist sich damit als ambivalenter Prozess, in dem Inklusion und Exklusion untrennbar miteinander verbunden sind.

5.3.6 Raumaneignung in sozioökonomischen Kontexten

Aus raumsoziologischer Perspektive legt das Interviewmaterial nahe, Urban Gardening als prozesshafte und kontextabhängige Form sozialer Raumaneignung zu verstehen, in der materielle Nutzung, gemeinschaftliche Praxis und symbolische Bedeutungszuschreibungen untrennbar miteinander verschränkt sind. Erwartung 2 formuliert dabei keine dichotome Trennung zwischen Stadtteilen, sondern eine unterschiedliche Gewichtung raumbezogener Aneignungslogiken, die empirisch in variierender Ausprägung rekonstruierbar wird.

In sozioökonomisch schwächeren Bezirken rückt Urban Gardening im Material vor allem als gemeinschaftliche Nutzungsform und Instrument sozialer Einbindung in den Vordergrund. Raumaneignung entfaltet sich hier primär über geteilte Praxis, Nachbarschaftsbezüge und alltagsnahe soziale Interaktion. Materiell oft kleinräumige, temporäre oder wenig ausgestattete Flächen gewinnen ihre Bedeutung weniger durch formale Gestaltung als durch ihre soziale Funktion als Bezugspunkt, Identifikationsraum und niedrigschwelliger Anker im Quartier. Ästhetische Aspekte sind dabei nicht abwesend, treten jedoch häufig hinter der sozialen Wirksamkeit der Nutzung zurück.

In sozioökonomisch stärkeren Bezirken verschiebt sich der Schwerpunkt der Raumaneignung. Hier tritt Urban Gardening im Material häufiger als ästhetisch-symbolische Ergänzung bestehender Grün- und Freiraumqualitäten hervor. Gemeinschaftliche Nutzung bleibt relevant, ist jedoch stärker in freizeitbezogene, qualitätsorientierte und stadtbildbezogene Deutungen eingebettet. Ästhetische Gestaltung, symbolische Aufladung und Repräsentation im

öffentlichen Raum erhalten größeres Gewicht, während soziale Einbindung weniger als kompensatorische Notwendigkeit, sondern als zusätzliche Qualität erscheint.

Zugleich macht die Analyse deutlich, dass diese Schwerpunktsetzungen nicht isoliert, sondern in Wechselwirkung stehen. Gemeinschaftliche Nutzung erzeugt Sichtbarkeit, Sichtbarkeit verstärkt symbolische Bedeutung, ästhetische Codierungen fördern Identifikation, während institutionelle und materielle Rahmenbedingungen alle Dimensionen zugleich strukturieren und begrenzen. Ausschlussmechanismen wirken dabei kontextabhängig unterschiedlich: In benachteiligten Bezirken vor allem über soziale und sprachliche Hürden, in wohlhabenderen Bezirken stärker über formalisierte Regulierungen und institutionelle Steuerung.

Erwartung 2 wird damit nicht im Sinne klar trennbarer Raumtypen eingelöst, sondern als relationale Differenzierung sozialer Raumanerkennung. Urban Gardening manifestiert sich in unterschiedlichen Stadtteilen nicht als grundsätzlich andere Praxis, wohl aber als unterschiedlich gewichtete Kombination aus gemeinschaftlicher Nutzung, sozialer Einbindung sowie ästhetisch-symbolischer Gestaltung und Repräsentation. Die empirischen Befunde verdeutlichen, dass diese Unterschiede eng mit sozialräumlichen Kontextbedingungen verknüpft sind und bestehende Ungleichheiten im urbanen Raum nicht aufheben, sondern in spezifischer Weise reproduzieren und neu strukturieren.

5.4 Institutionelle Selektivität und Governance-Dynamiken

Dieser Abschnitt adressiert Erwartung 3 und rückt die institutionelle Dimension des Urban Gardening-Feldes in den Mittelpunkt der Analyse. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass institutionelle Unterstützung nicht als gleichförmiger oder neutraler Rahmen wirkt, sondern Teil eines Gefüges ist, das Handlungsmöglichkeiten strukturiert, erleichtert oder begrenzt. Institutionen werden dabei nicht ausschließlich als formale Organisationen verstanden, sondern als Bündel aus Regeln, Routinen, Zuständigkeiten und Vermittlungspraktiken, die in ihrer konkreten Ausgestaltung unterschiedliche Wirkungen entfalten können.

Theoretisch knüpft dieser Abschnitt an institutionen- und governance-theoretische Ansätze (North; Thelen) an, die Institutionen als historisch gewachsene und relational wirksame Strukturen begreifen. Institutionelle Rahmenbedingungen erscheinen in dieser Perspektive nicht nur als regulierende Hintergrundbedingungen, sondern als potenziell selektive Arrangements, die bestimmte Formen von Teilhabe wahrscheinlicher machen als andere. Für das Feld des Urban Gardening bedeutet dies, dass Verwaltung, Förderlogiken und intermediäre

Strukturen nicht lediglich unterstützend wirken, sondern an der Strukturierung von Zugangs- und Umsetzungsmöglichkeiten beteiligt sind (Thelen 2005; North 2012).

Analytisch folgt der Abschnitt der im Codier Schema entwickelten Kategorie E3 Institutionelle Selektivität. Im Fokus stehen fünf miteinander verschränkte Dimensionen institutioneller Wirksamkeit. Erstens wird betrachtet, welche Formen institutioneller Förder- und Unterstützungsstrukturen im Interviewmaterial thematisiert werden und wie formale Unterstützung durch Programme, Projektaufträge oder institutionelle Ressourcen beschrieben wird. Zweitens richtet sich der Blick auf formale Zugangsbedingungen und bürokratische Anforderungen, die den Einstieg in Urban-Gardening-Projekte strukturieren und als Hürde oder Ermöglichung wahrgenommen werden können.

Drittens werden intermediäre Akteur:innen und Governance-Strukturen in den Blick genommen, die zwischen Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik vermitteln. Diese Akteur:innen erscheinen im Material als Übersetzungs- und Koordinationsinstanzen, deren Rolle darin besteht, institutionelle Anforderungen handhabbar zu machen oder Prozesse zu begleiten. Viertens wird analysiert, wie sich aus formal ähnlichen institutionellen Rahmenbedingungen unterschiedliche Wirkungen ergeben können, wenn gleiche Regeln in unterschiedlichen sozialen und räumlichen Kontexten zur Anwendung kommen. Schließlich wird mit der Dimension institutioneller Pfadabhängigkeiten berücksichtigt, dass heutige Unterstützungsstrukturen und Zuständigkeiten historisch gewachsen sind und auf früheren Entscheidungen, Routinen und Fragmentierungen aufbauen.

Der Fokus dieses Abschnitts liegt nicht auf der Bewertung einzelner Institutionen, sondern auf der Rekonstruktion wiederkehrender Deutungs- und Erfahrungsweisen im Interviewmaterial. Analysiert wird, wie institutionelle Unterstützung wahrgenommen, genutzt und als begrenzend oder ermöglichend beschrieben wird und welche Muster sich daraus ableiten lassen. Institutionelle Unterstützung wird damit als strukturierende Bedingung urbaner Praxis gefasst, die im Zusammenspiel mit kapitalbasierten Ressourcen (Kap. 5.2) und Formen der Raumaneignung (Kap. 5.3) relevant wird.

Mit dieser Anlage schließt Abschnitt 5.4 an die zuvor entwickelten Analyseebenen an und führt die Triangularität der Arbeit, Kapital, Raum und Institutionen, konsequent fort, ohne deren jeweilige Befunde vorwegzunehmen.

5.4.1 Förder- und Unterstützungsstrukturen: Ressourcen und Handlungsspielräume

Im Interviewmaterial erscheinen Förder- und Unterstützungsstrukturen als zentrale institutionelle Bezugspunkte für Urban-Gardening-Initiativen (IP1, 2025, S.3). Sie werden

jedoch nicht als kohärentes oder systematisch koordiniertes System beschrieben, sondern als heterogenes Gefüge aus Programmen, Zuständigkeiten und beteiligten Akteur:innen, das vor allem projektbezogen wirksam wird (IP2, 2025, S.27). Institutionelle Unterstützung fungiert damit als strukturierende Rahmenbedingung, die Handlungsmöglichkeiten eröffnet, zugleich aber durch ihre konkrete Ausgestaltung selektive Effekte entfaltet (IP5, 2025, S. 63).

Ein zentrales Befundmuster betrifft die Bedeutung formaler Projektaufträge und institutioneller Anbindungen. Urban-Gardening-Projekte werden häufig „im Auftrag“ städtischer Dienststellen umgesetzt und erhalten dadurch klar definierte Aufgabenprofile (IP1, 2025, S. 3-5). Diese Aufträge strukturieren nicht nur die Finanzierung, sondern auch thematische Schwerpunkte, Zielgruppen und Reichweite der Angebote (IP7, 2025, S.102). Förderung erscheint in diesem Zusammenhang weniger als offene Ressource denn als gebundene Unterstützung, die an bestehende Programme und institutionelle Zielsetzungen gekoppelt ist (IP3, 2025, S.46). Der Zugang zu Fördermitteln setzt folglich voraus, dass Projekte in etablierte Logiken und Prioritäten anschlussfähig sind (IP6, 2025, S.83).

Gleichzeitig wird im Material die Fragmentierung der Förderlandschaft deutlich. Unterstützung erfolgt durch unterschiedliche Akteur:innen, darunter Magistratsabteilungen, Bezirke und intermediäre Einrichtungen, ohne systematische Abstimmung, die aufsummiert zu ungewollten Konkurrenzsituation führen (IP1, 2025, S.13). Zuständigkeiten variieren je nach Fläche, Projektformat und Bezirk, wodurch Förderzugänge situativ und projektabhängig werden. Diese institutionelle Vielfalt eröffnet unterschiedliche Zugangspfade, erhöht jedoch zugleich die Komplexität (IP7, 2025, S.97). Förder- und Unterstützungsstrukturen müssen aktiv erschlossen werden und setzen Wissen über institutionelle Zuständigkeiten und Abläufe voraus (IP6, 2025, S. 74). Unterstützung erscheint damit verfügbar, aber nicht selbstverständlich.

Auffällig ist zudem, dass institutionelle Unterstützung im Material nicht ausschließlich als finanzielle Förderung beschrieben wird. Neben Fördergeldern werden infrastrukturelle Leistungen, personelle Begleitung, Beratungsangebote und Koordinationsfunktionen als zentrale Ressourcen benannt, etwa in Form von Bildungsprogrammen, Vernetzungsformaten oder Unterstützung bei Anträgen bei den Ämtern und Genehmigungsverfahren (IP1, 2025, S. 13; IP5, 2025, S. 72; IP7, 2025, S. 91). Diese Unterstützungsformen sind häufig projektgebunden und zeitlich befristet.

Entsprechend verweisen mehrere Interviewpassagen auf die temporäre Ausrichtung vieler Förderinstrumente. Pilotprojekte, zeitlich begrenzte Programme wie die „Zukunftswerkstatt“

oder Anschubfinanzierungen erleichtern den Einstieg in Urban-Gardening-Projekte, bieten jedoch nur begrenzte Perspektiven für langfristige Absicherung (IP2, 2025, S. 37). Verstetigung bleibt vielfach von zusätzlichen Ressourcen, persönlichem Engagement oder günstigen lokalen Konstellationen abhängig (IP4, 2025, S.51-52).

Deutliche Unterschiede zeigen sich schließlich auf Bezirksebene. In einzelnen Bezirken wird Urban Gardening gezielt unterstützt, etwa durch eigene Budgets, personelle Ressourcen oder die Einbettung in Beteiligungs- und Stadtentwicklungsprogramme (IP3, 2025, S. 46-48; IP4, 2025, S. 51). In anderen Kontexten erscheint Unterstützung punktuell oder stark von einzelnen Akteur:innen innerhalb der Verwaltung abhängig (IP5, 2025, S. 71). Förder- und Unterstützungsstrukturen entfalten ihre Wirkung damit räumlich differenziert und in enger Verbindung mit lokalen Prioritätensetzungen und administrativen Kapazitäten.

Zusammenfassend zeigt das Interviewmaterial, dass Förder- und Unterstützungsstrukturen im Urban-Gardening-Feld nicht als neutraler oder gleichförmig wirksamer Rahmen zu verstehen sind. Sie strukturieren Zugangschancen, Handlungsspielräume und zeitliche Stabilität von Projekten entlang projektlogischer Vorgaben, fragmentierter Zuständigkeiten und lokal variierender Ressourcenverteilungen. Institutionelle Unterstützung wirkt damit zugleich ermöglichend und selektiv, indem sie bestimmt, welche Formen von Urban Gardening als anschlussfähig, förderwürdig und langfristig tragfähig erscheinen.

5.4.2 Zugangsbedingungen und Bürokratie: Regeln, Komplexität und Selektivität

Im Interviewmaterial erscheinen formale Zugangsbedingungen und bürokratische Anforderungen als zentrale Strukturmomente institutioneller Wirksamkeit im Urban-Gardening-Feld. Sie werden nicht als bewusst exkludierende Instrumente beschrieben, sondern als komplexe Regel- und Zuständigkeitsarrangements, die den Zugang zu Flächen, Förderungen und Projekten strukturieren. Bürokratie fungiert dabei weniger als starres Hindernis denn als selektiver Filter, der Handlungsmöglichkeiten eröffnet, zugleich aber hohe Anforderungen an Orientierung, zeitliche Ressourcen und institutionelles Wissen stellt (IP1, 2025, S. 3; IP2, 2025, S. 24; IP7, 2025, S. 97-98).

Ein zentrales Thema ist die Unübersichtlichkeit institutioneller Zuständigkeiten. Initiativen sehen sich abhängig von Flächentyp, Eigentumsverhältnissen und Nutzungsform mit einer Vielzahl unterschiedlicher Magistratsabteilungen, Bezirksebenen und weiterer Akteur:innen konfrontiert. Zuständigkeiten sind nicht zentral gebündelt, sondern fragmentiert organisiert, sodass sich formale Zugänge erst im Verlauf konkreter Projekte klären (IP1, 2025, S. 2; IP4,

2025, S. 49-51). Diese institutionelle Zersplitterung erschwert insbesondere den Einstieg in Urban-Gardening-Initiativen. Zuständigkeiten müssen aktiv recherchiert, Kontakte hergestellt und Abläufe koordiniert werden; übergeordnete, klar kommunizierte Planungsstrategien für Gemeinschaftsgärten werden im Material als weitgehend fehlend beschrieben (IP1, 2025, S. 15; IP2, 2025, S. 36-37). Formale Zugangsbedingungen erscheinen damit grundsätzlich offen, zugleich aber institutionell schwer durchschaubar.

Formale Anforderungen manifestieren sich insbesondere in Nutzungsvereinbarungen, Gestaltungsauflagen und vertraglichen Regelungen, die festlegen, unter welchen Bedingungen Flächen genutzt werden dürfen, welche Nutzungen zulässig sind und wer Verantwortung trägt (IP4, 2025, S. 53; IP7, 2025, S. 97-98). Diese Regelwerke dienen der Absicherung öffentlicher Interessen wie Haftungsfragen, Verkehrssicherheit oder Baumschutz, sind jedoch häufig detailliert, sprachlich anspruchsvoll und überwiegend in deutscher Sprache formuliert (IP7, 2025, S. 92). Für Personen ohne administrative Erfahrung oder rechtliches Vorwissen stellen sie eine erhebliche Zugangshürde dar.

Neben der inhaltlichen Komplexität spielt die zeitliche Dimension eine zentrale Rolle. Der Weg von der Projektidee zur Umsetzung wird im Interviewmaterial vielfach als langwierig beschrieben und erfordert einen hohen Grad an Durchhaltevermögen (IP2, 2025, S. 24). Abstimmungen mit Bezirken, Grundstückseigentümer:innen und unterschiedlichen Verwaltungsstellen ziehen sich über Monate oder Jahre und sind von wiederholten Prüf- und Genehmigungsschritten geprägt (IP2, 2025, S. 24; IP6, 2025, S. 74). Diese zeitlichen Anforderungen wirken selektiv: Projekte, die auf kontinuierliches Engagement, stabile Organisationsstrukturen und langfristige Planung setzen können, sind im Vorteil, während kurzfristige oder niedrigschwellige Initiativen schneller an institutionelle Grenzen stoßen.

Im Material wird deutlich, dass formale Zugangsbedingungen sozial ungleich wirksam sind. Zwar gelten Regelwerke formal für alle, faktisch setzen sie jedoch Kompetenzen im Umgang mit administrativer Sprache, Formularen und institutionellen Abläufen voraus (IP6, 2025, S. 83; IP7, 2025, S. 93). Sprachliche Barrieren, Unsicherheiten im Kontakt mit Behörden sowie begrenzte zeitliche Ressourcen werden als Faktoren benannt, die den Zugang erschweren, ohne dass formale Ausschlüsse intendiert wären, da in anfänglichen Schritten gegengesteuert wird wie beispielsweise durch „einfache und symbolhafte Sprache“ (IP3, 2025, S. 41; IP7, 2025, S. 92-93). Selektivität entsteht hier implizit, indem Akteur:innen mit institutionellem Wissen, sozialen Netzwerken oder unterstützenden Strukturen begünstigt werden.

Schließlich thematisiert das Interviewmaterial die Spannung zwischen Standardisierung und Flexibilität. Bürokratische Auflagen werden einerseits als notwendig beschrieben, um Sicherheit, Kontrolle und faire Nutzung gemeinschaftlicher Flächen zu gewährleisten (IP5, 2025, S. 63-64; IP7, 2025, S. 97-98). Andererseits wird kritisiert, dass starre Förder- und Genehmigungskriterien wenig Spielraum für standortspezifische Lösungen lassen und praktische Bedarfe nicht immer berücksichtigen, etwa wenn Förderungen entfallen, obwohl infrastrukturelle Voraussetzungen bereits gegeben sind (IP5, 2025, S. 71). Bürokratische Anforderungen fungieren damit als institutionelles Korsett, das Urban Gardening zugleich absichert und begrenzt.

Zusammenfassend zeigen die Befunde, dass formale Zugangsbedingungen und bürokratische Prozesse zentrale Mechanismen institutioneller Selektivität im Urban-Gardening-Feld darstellen. Gleiche Regelwerke entfalten in unterschiedlichen sozialen, räumlichen und organisatorischen Kontexten ungleiche Wirkungen. Formale Zugänge strukturieren Teilhabechancen nicht isoliert, sondern im Zusammenspiel mit individuellen Ressourcen, lokalen Verwaltungsstrukturen und unterstützenden intermediären Akteur:innen. Bürokratie wirkt damit nicht per se ausschließend, kann jedoch unter bestimmten Bedingungen bestehende Ungleichheiten stabilisieren oder verstärken.

5.4.3 Intermediäre Akteur:innen: Vermittlung, Koordination und Übersetzungseffekte

Im Interviewmaterial nehmen intermediäre Akteur:innen eine zentrale Rolle innerhalb der Governance-Strukturen des Urban-Gardening-Feldes ein. Sie erscheinen weder als rein ausführende Projektträger noch als klassische Verwaltungseinheiten, sondern als vermittelnde Instanzen zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen, Verwaltung und politisch-administrativen Ebenen. Ihre Funktion besteht darin, Zugänge herzustellen, Zuständigkeiten zu klären, Akteur:innen zu vernetzen und komplexe institutionelle Anforderungen in handhabbare Prozesse zu übersetzen (IP6, 2025, S. 80-83).

Zentral ist dabei die Beschreibung intermediärer Organisationen als erste Anlaufstellen für interessierte Bürger:innen und Initiativen. Einrichtungen wie Gebietsbetreuung, Lokale Agenda oder projektbezogene Plattformen werden als Orte beschrieben, an denen Informationen gebündelt, Anfragen aufgenommen und an zuständige Magistratsabteilungen oder andere Akteur:innen weitergeleitet werden (IP1, 2025, S. 13; IP3, 2025, S. 53). Aussagen, man sei „der erste Point of Entry“, verdeutlichen diese niedrigschwellige Schnittstellenfunktion (IP7, 2025, S. 92). Diese Rolle beschränkt sich nicht auf Informationsweitergabe, sondern umfasst eine

aktive Begleitung von Projekten durch Genehmigungs- und Umsetzungsprozesse. Intermediäre übernehmen Vermittlungsarbeit, um Initiativen vor der eigenständigen Navigation durch einen „Dschungel aus unterschiedlichen Zugängen“ zu bewahren (IP1, 2025, S. 5). Insbesondere bei dienststellenübergreifenden Vorhaben fungieren sie als Übersetzer:innen zwischen unterschiedlichen institutionellen Logiken, formalen Sprachen und Erwartungshorizonten (IP7, 2025, S. 92-93).

Das Material macht deutlich, dass diese Übersetzungsleistung eng an Erfahrung, institutionelles Wissen und persönliche Netzwerke gebunden ist. Intermediäre Akteur:innen kennen administrative Abläufe, zuständige Personen und informelle Routinen und können zivilgesellschaftliche Anliegen in institutionell anschlussfähige Formate überführen (IP6, 2025, S. 76; IP6, 2025, S. 80). Ihre Rolle basiert damit nicht allein auf formaler Zuständigkeit, sondern auf situativem Wissen und langfristig aufgebauten Beziehungen.

Ein weiteres zentrales Element betrifft Vernetzung, Sichtbarmachung und Koordination. Urban Gardening erscheint im Interviewmaterial als Feld mit einer Vielzahl unterschiedlicher Akteur:innen, deren Aktivitäten ohne koordinierende Strukturen fragmentiert blieben (IP2, 2025, S. 26; IP2, 2025, S. 29-30). Intermediäre Akteur:innen übernehmen hier die Aufgabe, Projekte sichtbar zu machen, Kontakte herzustellen und Kooperationen zu ermöglichen. Formate wie Vernetzungstreffen, Plattformen oder gemeinsame Workshops werden als gezielte Versuche beschrieben, unterschiedliche Magistratsabteilungen, Bezirke, zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen „an einen Tisch zu bringen“ (IP1, 2025, S. 12). Sichtbarmachung fungiert dabei nicht nur als kommunikative Leistung, sondern als Voraussetzung für Koordination, Abstimmung und Weiterentwicklung des Feldes.

Zugleich wird deutlich, dass diese Governance-Strukturen lokal unterschiedlich ausgeprägt sind. Bezirke unterscheiden sich darin, wie stark intermediäre Akteur:innen institutionell eingebunden sind, wie eng sie mit Verwaltung und Politik kooperieren und wie aktiv Vernetzungsarbeit geleistet werden kann (IP2, 2025, S. 26; IP2, 2025, S. 32). Die Wirkung intermediärer Strukturen ist damit kontextabhängig und variiert zwischen unterschiedlichen lokalen Konstellationen.

Besonders hervorgehoben wird im Material die Bedeutung langfristiger lokaler Verankerung. Intermediäre Akteur:innen, die über Jahre hinweg in einem Bezirk tätig sind, verfügen über gewachsene Netzwerke, Vertrauensverhältnisse und detaillierte Kenntnisse lokaler Dynamiken (IP2, 2025, S. 23-24; IP1, 2025, S. 12-13). Diese Kontinuität ermöglicht es, Prozesse zu

beschleunigen, Konflikte frühzeitig zu erkennen und institutionelle Spielräume gezielter zu nutzen. Gleichzeitig wird sichtbar, dass intermediäre Akteur:innen durch ihre vermittelnde Rolle auch selektiv wirken. Sie fungieren als Filter, indem sie entscheiden, welche Anfragen weiterverfolgt werden können, welche Projekte als institutionell anschlussfähig gelten und wo begrenzte Ressourcen eingesetzt werden (IP2, 2025, S. 26; IP7, 2025, S. 83; IP7, 2025, S. 103).

Zusammenfassend zeigt das Interviewmaterial, dass institutionelle Unterstützung im Urban Gardening-Feld wesentlich über intermediäre Governance-Strukturen vermittelt wird. Institutionelle Rahmenbedingungen entfalten ihre Wirkung nicht unmittelbar, sondern im Zusammenspiel mit Akteur:innen, die Zugänge eröffnen, Regeln übersetzen und Prozesse koordinieren. Unterschiede in Kapazitäten, Netzwerken und lokaler Einbettung intermediärer Akteur:innen tragen dazu bei, dass formal vergleichbare institutionelle Bedingungen in unterschiedlichen Bezirken ungleiche Effekte erzeugen und Teilhabechancen variieren.

5.4.4 Selektive institutionelle Wirkungen: Ungleiche Unterstützungseffekte

Im Interviewmaterial wird die institutionelle Rahmung von Urban Gardening überwiegend als fragmentiert, uneinheitlich und schwer überschaubar beschrieben. Die Stadt Wien erscheint aus Sicht der befragten Akteur:innen nicht als kohärenter Akteur mit klarer strategischer Linie, sondern als Geflecht unterschiedlicher Magistratsabteilungen, Programme und Zuständigkeiten mit jeweils eigenen Zugängen und Prioritäten (IP1, 2025, S. 3). Mehrere Interviewpartner:innen betonen explizit, dass es „die Rolle der Stadt Wien“ im Bereich Urban Gardening so nicht gebe, sondern vielmehr eine Vielzahl paralleler Perspektiven und institutioneller Logiken wirksam sei (IP1, 2025, S. 3; IP5, 2025, S. 62). Urban Gardening ist institutionell nicht als eigenständiges Handlungsfeld mit klar definierten Zielsetzungen, Zuständigkeiten und Entwicklungspfaden verankert, sondern wird über Einzelmaßnahmen, Pilotprojekte und fallbezogene Entscheidungen bearbeitet, deren Zusammenhang weder für Initiativen noch für institutionelle Akteur:innen selbst immer eindeutig ist (IP3, 2025, S. 36; IP1, 2025, S. 3).

Ein zentrales Thema im Material ist die Unklarheit institutioneller Zuständigkeiten. Bereits zu Beginn von Initiativen stellt sich häufig die Frage, „wem gehört die Fläche“ und „wer ist zuständig“ (IP1, 2025, S. 4). Abhängig von Standort, Flächentyp und Nutzungsform sind unterschiedliche Magistratsabteilungen, Bezirke oder externe Akteur:innen involviert, was Entscheidungs- und Genehmigungsprozesse verlängert und verkompliziert (IP5, 2025, S. 62; IP1, 2025, S. 13-14). Diese Mehrdeutigkeit wird als erhebliche Einstiegshürde beschrieben. Initiativen sehen sich mit einem „sehr undurchsichtigen Dschungel“ institutioneller Zugänge

konfrontiert, in dem Informationen zwar grundsätzlich vorhanden sind, jedoch über zahlreiche Webseiten, Programme und Ansprechstellen verteilt liegen (IP1, 2025, S. 5; IP1, 2025, S. 3; IP6, 2025, S. 97). Orientierung entsteht daher häufig erst über Erfahrung, persönliche Kontakte oder intensive eigenständige Recherche, während das Feld für Außenstehende schwer durchschaubar bleibt.

Die institutionelle Steuerung von Urban Gardening erfolgt im Material überwiegend fallbezogen. Flächenvergaben, Nutzungsvereinbarungen und Förderentscheidungen werden als „case by case“-Entscheidungen beschrieben, ohne einheitliche Kriterien oder standardisierte Verfahren (IP1, 2025, S. 13; IP2, 2025, S. 29). Diese Flexibilität wird einerseits als Möglichkeit wahrgenommen, auf unterschiedliche lokale Konstellationen reagieren zu können, andererseits jedoch als Quelle von Intransparenz und Unsicherheit. Das Interviewmaterial zeigt, dass diese fehlende Systematik selektiv wirkt. Akteur:innen mit institutionellem Vorwissen, zeitlichen Ressourcen oder Zugang zu intermediären Organisationen können sich im bestehenden Gefüge eher orientieren und Handlungsspielräume nutzen (IP7, 2025, S. 93; IP6, 2025, S. 80). Andere erleben die institutionellen Rahmenbedingungen als schwer zugänglich oder abschreckend. Selektivität entsteht dabei nicht durch formale Ausschlüsse, sondern durch Komplexität, Unübersichtlichkeit und implizite Anforderungen an Orientierungskompetenz.

Eng mit der fragmentierten Struktur verbunden ist die Frage der Kommunikation. Mehrere Interviewpartner:innen betonen, dass transparente Informationen und klare Kommunikationswege zentrale Voraussetzungen für gerechte Teilhabe wären, diese jedoch bislang nur eingeschränkt umgesetzt sind (IP1, 2025, S. 16; IP3, 2025, S. 41). Zwar existieren Bemühungen um mehrsprachige oder leicht verständliche Informationsangebote, diese können die strukturelle Fragmentierung des Feldes jedoch nur teilweise kompensieren (IP7, 2025, S. 93; IP5, 2025, S. 63). Zugleich wird deutlich, dass Reichweite und Sichtbarkeit institutioneller Angebote sozial selektiv bleiben. Informationen erreichen vor allem jene Gruppen, die aktiv suchen, digital versiert sind oder bereits einen Bezug zu Umwelt- und Beteiligungsthemen haben. Andere Zielgruppen, etwa Personen mit geringeren Sprach- oder Zeitressourcen, werden seltener erreicht, obwohl Urban Gardening normativ als offenes Beteiligungsfeld konzipiert ist (IP2, 2025, S. 30-31; IP3, 2025, S. 41).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass institutionelle Unterstützung im Urban-Gardening-Feld nicht als einheitlicher Rahmen wirkt, sondern durch Fragmentierung, fallbezogene Entscheidungslogiken und begrenzte strategische Rahmung geprägt ist. Formell

vergleichbare Unterstützungsangebote entfalten in der Praxis unterschiedliche Wirkungen, abhängig davon, ob Orientierung, Übersetzungsleistungen und institutionelle Anknüpfungspunkte verfügbar sind. Institutionelle Selektivität entsteht damit nicht primär durch explizite Ausschlüsse, sondern durch die Struktur des Governance-Systems selbst, das Zugangschancen, Stabilität und Sichtbarkeit ungleich verteilt.

5.4.5 Institutionelle Pfadabhängigkeiten: Strukturen und Folgewirkungen

Im Interviewmaterial wird institutionelle Unterstützung im Urban-Gardening-Feld nicht als konsistentes oder zentral koordiniertes Arrangement beschrieben, sondern als Ergebnis situativer Zuständigkeiten und fallbezogener Aushandlungen. Zugänge zu Förderungen, Genehmigungen oder Unterstützungsleistungen variieren je nach involvierter Verwaltungsstelle, zuständiger Person und lokaler Konstellation. Vergleichbare Anliegen werden aus Sicht der Befragten unterschiedlich bearbeitet, ohne dass sich daraus verlässliche oder generalisierbare Verfahren ableiten lassen.

Diese situative Ausgestaltung institutioneller Unterstützung ist eng mit historisch gewachsenen Strukturen verknüpft. Zuständigkeiten, Programme und administrative Routinen haben sich über längere Zeiträume schrittweise entwickelt und sind nur begrenzt Ergebnis gezielter strategischer Steuerung (IP1, 2025, S. 17-19; IP6, 2025, S. 80). Urban Gardening erscheint im Material entsprechend nicht als eigenständig etabliertes Politikfeld, sondern als Querschnittsthema, das in bestehende Verwaltungslogiken integriert wurde (IP1, 2025, S. 3).

Mehrere Interviewpartner:innen verweisen darauf, dass frühe Gartenprojekte als Pilotversuche, Einzelentscheidungen oder Pionierinitiativen entstanden sind (IP2, 2025, S. 23-24). Diese frühen Weichenstellungen prägen bis heute, wie Urban Gardening institutionell verortet, bearbeitet und priorisiert wird. Insbesondere die Phase zwischen etwa 2008 und 2016 wird als Zeitraum intensiver Experimentier- und Aufbauarbeit beschrieben, in dem neue Formate erprobt und erste Routinen entwickelt wurden (IP2, 2025, S. 23-24). Mit dem Auslaufen dieser Pilotphase blieb eine systematische Weiterentwicklung jedoch vielfach aus. Förderinstrumente wurden nicht angepasst, Programme nicht strategisch fortgeführt und Zuständigkeiten nicht neu justiert (IP6, 2025, S. 78). Stattdessen verfestigten sich einmal etablierte Verwaltungsroutinen und Förderlogiken.

Ein weiteres zentrales Merkmal pfadabhängiger Strukturen zeigt sich in der fragmentierten Zuständigkeitsverteilung. Urban Gardening berührt unterschiedliche Politikfelder, darunter Landwirtschaft, Stadtplanung, Grünraumpflege, Soziales, Bildung sowie Klima- und Umweltpolitik, ohne eindeutig einem Ressort zugeordnet zu sein (IP3, 2025, S. 39; IP4, 2025,

S. 58-59). Daraus entsteht ein institutionelles Arrangement, in dem mehrere Stellen beteiligt sind, ohne dass eine übergeordnete Koordination besteht (IP2, 2025, S. 27, 32). Diese Konstellation wird im Material nicht primär als Fehlplanung, sondern als Ergebnis der funktionalen Ausdifferenzierung der Stadtverwaltung beschrieben (IP5, 2025, S. 62; IP6, 2025, S. 89).

Neben formalen Strukturen spielen informelle Praktiken eine zentrale Rolle. Prozesse verlaufen dort reibungsloser, wo langfristige persönliche Beziehungen, Erfahrungswissen und Vertrauen zwischen Akteur:innen bestehen (IP6, 2025, S. 80). Teams mit langjähriger Bezirkserfahrung können administrative Abläufe besser antizipieren, informelle Abkürzungen nutzen und potenzielle Konflikte frühzeitig erkennen (IP7, 2025, S. 98). Gleichzeitig führt diese Informalisierung dazu, dass institutionelle Unterstützung stark personenabhängig wird. Handlungsmöglichkeiten hängen teilweise davon ab, welche Ansprechpersonen zuständig sind und welche Netzwerke aktiviert werden können (IP6, 2025, S. 80).

Schließlich zeigt das Material, dass pfadabhängige Strukturen Innovation nicht grundsätzlich verhindern, diese jedoch verlangsamen und selektiv zulassen. Neue Formate wie Zwischennutzungen oder temporäre Interventionen erfordern langwierige Abstimmungsprozesse und einen hohen Ressourceneinsatz (IP7, 2025, S. 97). Erst über wiederholte Pilotversuche können sich neue Routinen etablieren, während bereits erprobte Formate leichter reproduzierbar bleiben. Institutionelle Öffnung erfolgt damit inkrementell innerhalb bestehender Pfade und ist mit erheblichen Hürden verbunden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass institutionelle Unterstützung im Urban-Gardening-Feld wesentlich durch historisch gewachsene Zuständigkeitsstrukturen, Routinen und informelle Praktiken geprägt ist. Die Wirkung formell vergleichbarer Unterstützungsinstrumente variiert in Abhängigkeit davon, wie Projekte in bestehende institutionelle Pfade eingebettet sind. Institutionelle Selektivität entsteht dabei nicht primär durch explizite Ausschlüsse, sondern durch die fortwirkenden Effekte pfadabhängiger Governance-Strukturen.

5.4.6 Institutionelle Selektivität und Verstetigungseffekte

Insgesamt legt das empirische Material nahe, dass die in Erwartung 3 formulierte Annahme in zentralen Punkten tragfähig ist. Institutionelle Unterstützung erscheint im Feld des Urban Gardening nicht als neutraler oder kompensatorischer Rahmen, sondern als selektiv wirksamer Strukturzusammenhang, dessen Effekte stark von lokalen Governance-Konstellationen, intermediären Kapazitäten und sozial ungleich verteilten Ressourcen abhängen.

Die Analyse zeigt, dass institutionelle Unterstützung bestehende Unterschiede nicht systematisch ausgleicht, sondern häufig an vorhandene organisatorische, soziale und zeitliche Ressourcen anschließt. Förderprogramme, Genehmigungsverfahren und Beteiligungsformate sind formal offen gestaltet, setzen jedoch implizit Kompetenzen voraus, die ungleich verteilt sind. Institutionelle Selektivität entsteht dabei weniger durch explizite Ausschlussmechanismen als durch die Überlagerung formaler Gleichbehandlung mit ungleichen Ausgangsbedingungen.

Zugleich wird deutlich, dass die Wirksamkeit institutioneller Unterstützung wesentlich durch intermediäre Governance-Strukturen vermittelt wird. Dort, wo Übersetzungsleistungen, Vernetzung und administrative Begleitung verfügbar sind, werden institutionelle Anforderungen handhabbar. Fehlen diese Vermittlungsinstanzen oder sind sie nur begrenzt ausgestattet, wirken dieselben institutionellen Rahmenbedingungen deutlich restriktiver. Institutionelle Unterstützung entfaltet ihre Effekte somit relational und kontextabhängig, nicht unmittelbar.

Die Analyse präzisiert Erwartung 3 dahingehend, dass institutionelle Selektivität im Urban-Gardening-Feld primär implizit wirkt und sich aus dem Zusammenspiel von fragmentierten Zuständigkeiten, projektlogischen Förderstrukturen und historisch gewachsenen Pfadabhängigkeiten ergibt. Institutionelle Arrangements strukturieren Zugangschancen, Stabilität und Sichtbarkeit von Projekten, ohne diese Effekte explizit zu intendieren.

In dieser Perspektive erscheint institutionelle Unterstützung weniger als eigenständiger Steuerungsmechanismus denn als vermittelnde Ebene, die soziale Ungleichheiten je nach Kontext abschwächen, häufiger jedoch stabilisieren oder verstärken kann. Erwartung 3 wird damit nicht als einfache Ursache-Wirkungs-Annahme verstanden, sondern als analytischer Zusammenhang, der die Rolle institutioneller Rahmenbedingungen für die ungleiche Entwicklung von Urban-Gardening-Initiativen differenziert konturiert und für die anschließende Diskussion theoretisch anschlussfähig macht.

6 Diskussion

Dieses Kapitel verdichtet die empirischen Befunde der Arbeit und rückbindet sie an den theoretischen Bezugsrahmen. Im Zentrum steht die Frage, wie Kapitalausstattungen, räumlich-symbolische Bedeutungsordnungen und institutionelle Selektivität gemeinsam jene Unterschiede hervorbringen, die im kontrastiven Bezirksvergleich sichtbar wurden. Die Diskussion greift die drei Erwartungsstränge als analytische Bezugspunkte auf, um ihre

Überlagerungen und daraus entstehende Mechanismen ungleicher Teilhabe im Urban-Gardening-Feld herauszuarbeiten.

6.1 Kapital, Raum und Institutionen als verschränkte Strukturbedingung

Die empirischen Befunde dieser Arbeit zeigen, dass sich Unterschiede in der Entwicklung, Stabilität und gesellschaftlichen Wahrnehmung von Urban-Gardening-Initiativen nicht entlang einzelner Erklärungsebenen rekonstruieren lassen. Vielmehr entstehen Handlungsspielräume im Urban-Gardening-Feld aus der Verschränkung kapitalbasierter Ressourcen (Erwartung 1), räumlicher Bedeutungsstrukturen (Erwartung 2) und institutioneller Rahmenbedingungen (Erwartung 3). Diese Dimensionen wirken nicht additiv, sondern relational, indem sie sich gegenseitig strukturieren, verstärken oder begrenzen und dadurch kontextspezifische Entwicklungspfade hervorbringen.

Im Anschluss an Erwartung 1 erweist sich Kapitalausstattung als zentrale, jedoch nicht determinierende Strukturbedingung. Kulturelles und soziales Kapital beeinflussen maßgeblich, inwieweit Akteur:innen institutionelle Anforderungen interpretieren, administrative Prozesse bewältigen und Unterstützungsangebote dauerhaft mobilisieren können. Entscheidend ist dabei weniger „Kapitalbesitz“ als die institutionelle Lesbarkeit dieser Ressourcen: Ressourcenvorteile lassen sich nur dort in organisatorische Stabilität übersetzen, wo sie an institutionelle Routinen, Zuständigkeiten und Kommunikationsformen anschlussfähig sind. Kapital fungiert damit weniger als schlichte Zugangsvoraussetzung denn als Mechanismus, der die Wirksamkeit institutioneller Angebote filtert.

Institutionelle Unterstützung, im Sinne der Erwartung 3, erscheint entsprechend nicht als gleichförmig wirkender Ausgleichsmechanismus, sondern als kontextabhängiger Resonanzraum. Gerade in sozial benachteiligten Bezirken kann eine ausgeprägte institutionelle Präsenz kompensatorisch wirken, über Beratung, Vermittlung oder Begleitung. Ihre Wirkung bleibt jedoch begrenzt, wenn Übersetzungsleistungen nicht auf stabile Netzwerke, habituelle Handlungssicherheit oder symbolische Anerkennung treffen. Institutionen können formale Hürden senken, sie verändern aber nicht automatisch die ungleichen Voraussetzungen, unter denen Angebote wahrgenommen, genutzt und verstetigt werden.

Diese Zusammenhänge sind eng mit den räumlichen Kontexten verknüpft (Erwartung 2). Räume wirken dabei nicht lediglich als physischer Hintergrund, sondern als soziale Kontexte

mit spezifischen Bedeutungs- und Erwartungsstrukturen, die beeinflussen, wie Urban Gardening wahrgenommen, organisiert und weiterentwickelt wird. In sozial privilegierten Bezirken ist Urban Gardening häufiger in symbolisch aufgeladene Nachhaltigkeitsdiskurse eingebettet, wodurch institutionelle Aufmerksamkeit und langfristige Stabilisierung wahrscheinlicher werden. In sozial benachteiligten Bezirken ist Urban Gardening dagegen stärker alltagspraktisch und sozialintegrativ orientiert, bleibt jedoch häufiger institutionell fragil, selbst wenn unterstützende Strukturen vorhanden sind.

6.2 Relationale Dynamiken und Mechanismen der Ungleichheit

Die Ergebnisse legen nahe, dass Ungleichheiten im Urban-Gardening-Feld weniger durch explizite Ausschlüsse entstehen als durch unterschiedliche Grade institutioneller Anschlussfähigkeit. Formal vergleichbare Rahmenbedingungen entfalten je nach sozialem und räumlichem Kontext sehr unterschiedliche Wirkungen. Selektivität entsteht dabei nicht primär über Zugangsbeschränkungen, sondern über die Fähigkeit von Initiativen, Ressourcen, Unterstützung und Sichtbarkeit in eine dauerhaft tragfähige Organisationspraxis zu überführen.

Diese selektive Wirksamkeit lässt sich als relationaler Mechanismus beschreiben. Erstens sind Ressourcen nur dann handlungsrelevant, wenn sie institutionell anschlussfähig sind, also in Formen überführt werden können, die innerhalb bestehender Regel- und Unterstützungsstrukturen wirksam werden. Zweitens hängt die Wirkung institutioneller Unterstützung davon ab, ob Initiativen über stabile soziale Netzwerke und organisatorische Routinen verfügen, die eine kontinuierliche Nutzung dieser Unterstützung erlauben. Drittens ist die öffentliche Sichtbarkeit von Projekten ungleich verteilt und wirkt als vermittelnde Ressource, die institutionelle Aufmerksamkeit, weitere Unterstützung und symbolische Anerkennung begünstigen kann.

Sichtbarkeit fungiert dabei nicht als eigenständige Ursache, sondern als verstärkender Effekt bestehender Ressourcenkonstellationen. Projekte, die über kulturelles und soziales Kapital verfügen, können ihre Aktivitäten leichter kommunizieren und verankern, wodurch sich ihre institutionelle Resonanz erhöht. Projekte mit geringerer Kapitalausstattung bleiben demgegenüber häufiger auf lokale Kontexte beschränkt und sind stärker von situativen Unterstützungsleistungen abhängig.

Erkenntnisgewinn des triangulären Ansatzes

Der trianguläre Analyseansatz dieser Arbeit zeigt damit, dass Urban Gardening nicht als einheitlich inklusives Beteiligungsinstrument verstanden werden kann. Seine Wirkungen sind vielmehr das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels sozialer Ressourcen, räumlicher Kontexte und institutioneller Rahmenbedingungen. Ungleichheiten werden dabei nicht aufgehoben, sondern in spezifischen Konstellationen reproduziert oder abgeschwächt, ohne jedoch vollständig kompensiert zu werden.

Erst die Kombination dieser Perspektiven ermöglicht es, Urban Gardening als relational eingebettete Praxis zu begreifen, deren Wirkungen weder aus individuellen Eigenschaften noch aus politischen Programmen oder räumlichen Gegebenheiten allein erklärbar sind. Ungleichheit entsteht im Zusammenspiel dieser Ebenen kontextabhängig, dynamisch und nicht linear.

7 Fazit und Ausblick

Urban Gardening wird in politischen, planerischen und zivilgesellschaftlichen Diskursen häufig als niedrigschwellige Praxis nachhaltiger, partizipativer und sozial integrativer Stadtentwicklung verhandelt. Die vorliegende Arbeit hat diese normative Zuschreibung nicht bestätigt oder widerlegt, sondern analytisch problematisiert. Auf Basis eines kontrastiven Vergleichs ausgewählter Wiener Bezirke wurde gezeigt, dass Urban-Gardening-Initiativen unter unterschiedlichen sozialen, räumlichen und institutionellen Konstellationen entstehen und sich entwickeln, auch innerhalb eines formal einheitlichen politischen Rahmens.

Das Fazit bündelt die zentralen Ergebnisse, beantwortet die Forschungsfrage in verdichteter Form und leitet daraus empirische, praktische und politische Implikationen ab. Abschließend werden die Grenzen der Untersuchung reflektiert und Perspektiven für weiterführende Forschung skizziert.

7.1 Zusammenfassung der Ergebnisse und Beantwortung der Forschungsfrage

Die zentrale Forschungsfrage dieser Arbeit lautete:

Warum nehmen Urban-Gardening-Initiativen in sozial unterschiedlich strukturierten Wiener Bezirken verschiedene Dynamiken der Entstehung, Entwicklung und gesellschaftlichen Wahrnehmung an?

Die Ergebnisse zeigen eindeutig, dass diese Unterschiede weder auf einzelne Faktoren noch auf lineare Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge zurückgeführt werden können. Weder die soziale Lage eines Bezirks noch die formale Verfügbarkeit institutioneller Unterstützung erklären für sich genommen die beobachteten Dynamiken. Vielmehr entstehen unterschiedliche Entwicklungspfade dort, wo Kapitalausstattungen, institutionelle Rahmenbedingungen und räumlich-symbolische Bedeutungsstrukturen in jeweils spezifischer Weise ineinandergreifen. Urban-Gardening-Initiativen sind damit nicht isolierte Projekte, sondern relational eingebettete Praktiken. Ihre Handlungs- und Organisationsfähigkeit ergibt sich aus der jeweiligen Anschlussfähigkeit sozialer Ressourcen an institutionelle Logiken und räumliche Erwartungsordnungen. Kulturelles und soziales Kapital beeinflussen, wie sicher Akteur:innen administrative Anforderungen bewältigen, Unterstützungsangebote nutzen und Projekte langfristig stabilisieren können. Institutionelle Unterstützung wiederum entfaltet ihre Wirkung nicht unabhängig von diesen Ressourcen, sondern verstärkt oder begrenzt bestehende Handlungsspielräume.

Räumliche Kontexte fungieren dabei als strukturierende Bedingungen, die beeinflussen, wie Urban Gardening interpretiert, organisiert und gesellschaftlich eingeordnet wird. Besonders deutlich wird dabei, dass institutionelle Unterstützung keineswegs ausschließlich in sozial privilegierten Bezirken konzentriert ist. Gerade in sozial benachteiligten Kontexten zeigt sich häufig eine ausgeprägte institutionelle Präsenz durch Bezirksverwaltungen, Gebietsbetreuungen und intermediäre Organisationen. Diese übernimmt wichtige kompensatorische Funktionen, etwa durch Beratung, Vermittlung und Begleitung. Ihre Wirksamkeit bleibt jedoch begrenzt, wenn sie nicht mit entsprechenden sozialen Ressourcen und symbolischer Anerkennung gekoppelt ist. Institutionelle Gleichbehandlung führt somit nicht zu gleichen Ergebnissen.

Gleichzeitig verdeutlicht die Analyse, dass Urban Gardening in unterschiedlichen Bezirken nicht nur unterschiedlich organisiert, sondern auch unterschiedlich gedeutet wird. In

sozioökonomisch privilegierten Kontexten erscheint Urban Gardening häufiger als sichtbare, symbolisch aufgeladene Praxis nachhaltiger Stadtentwicklung und ist stärker in öffentliche Diskurse eingebunden. In sozial schwächeren Bezirken ist Urban Gardening hingegen stärker in alltagspraktische, sozialintegrative und stabilisierende Funktionen eingebettet, entfaltet jedoch geringere öffentliche Resonanz. Diese Unterschiede sind weniger Ausdruck bewusster Strategien einzelner Akteur:innen als Ergebnis räumlicher Erwartungsstrukturen und symbolischer Ordnungen.

Die Forschungsfrage lässt sich daher wie folgt beantworten:

Urban-Gardening-Initiativen entwickeln unterschiedliche Dynamiken, weil sie in relationale Konstellationen eingebettet sind, in denen soziale Ressourcen, institutionelle Strukturen und räumliche Bedeutungszuschreibungen kontextspezifisch zusammenwirken. Urban Gardening fungiert dabei nicht als neutraler Ausgleichsmechanismus sozialer Ungleichheit, sondern als Praxis, in der bestehende Unterschiede sichtbar, teilweise abgefedert und teilweise reproduziert werden.

Gerade darin liegt der zentrale Erkenntnisgewinn dieser Arbeit: Urban Gardening ist weniger ein Instrument zur Auflösung sozialer Ungleichheit als ein sensibler Indikator sozialräumlicher Strukturen, an dem sich institutionelle Logiken, symbolische Ordnungen und ungleiche Ressourcenverteilungen bündeln und empirisch greifbar werden.

7.2 Empirische, praktische und politische Ableitungen

Aus den Ergebnissen der Arbeit lassen sich drei übergreifende Schlussfolgerungen ableiten, die unterschiedliche Ebenen adressieren.

Empirische Ableitung

Die Untersuchung unterstreicht den analytischen Mehrwert einer relationalen Perspektive auf Urban Gardening. Anstelle linearer Erklärungsmodelle macht der kombinierte Blick auf Kapitalverteilung, institutionelle Rahmenbedingungen und Raumproduktion sichtbar, dass urbane Garteninitiativen nur im Zusammenspiel dieser Ebenen verstanden werden können. Für die empirische Stadtforschung bedeutet dies, dass die Analyse partizipativer Praktiken nicht bei formalen Zugangsbedingungen stehen bleiben darf, sondern deren soziale und symbolische Einbettung systematisch berücksichtigen muss.

Praktische Ableitung

Für die Gestaltung und Begleitung von Urban-Gardening-Initiativen legen die Ergebnisse nahe, dass institutionelle Unterstützungsangebote allein nicht ausreichen, um stabile und sichtbare Projekte hervorzubringen. Entscheidend ist vielmehr die Frage der Anschlussfähigkeit institutioneller Angebote an unterschiedliche soziale Voraussetzungen. Begleitstrukturen, Vermittlungsarbeit und langfristige Vertrauensbeziehungen spielen hierbei eine zentrale Rolle. Urban Gardening erweist sich damit weniger als standardisierbares Instrument, sondern als kontextsensible Praxis, deren Unterstützung flexible und adaptive Formate erfordert.

Politische Ableitung

Auf politischer Ebene verdeutlicht die Arbeit die Grenzen formaler Gleichbehandlung. Einheitliche Förderlogiken entfalten in unterschiedlichen sozialen Kontexten unterschiedliche Effekte. Eine gerechtigkeitsorientierte Stadtentwicklungspolitik muss diese Differenzen berücksichtigen, ohne dabei in defizitorientierte Zuschreibungen zu verfallen. Politische Anerkennung sollte nicht ausschließlich an formalisierte Organisationsformen oder öffentliche Sichtbarkeit gebunden sein, sondern auch informelle, lokal verankerte Praktiken als legitime Beiträge urbaner Nachhaltigkeit anerkennen.

7.3 Ausblick

Über die unmittelbaren empirischen und politischen Ableitungen hinaus verweist die Arbeit auf einen breiteren Bezugsrahmen, der bereits zu Beginn angelegt wurde. Urban Gardening wird im internationalen Kontext häufig als lokal verankerte Antwort auf globale Herausforderungen wie Klimawandel, Urbanisierungsdruck und soziale Fragmentierung diskutiert. Die vorliegenden Ergebnisse legen nahe, diese Zuschreibung nicht normativ zu überhöhen, sondern analytisch zu präzisieren.

Urban Gardening entfaltet seine Relevanz weniger über quantifizierbare Flächeneffekte oder standardisierbare Wirkungen als über seine Funktion als sozial eingebettete Praxis urbaner Transformation. Ein zusätzlicher Quadratmeter gemeinschaftlich genutzter Grünfläche mag auf Ebene eines einzelnen Bezirks marginal erscheinen. Übertragen auf die Maßstabsebenen einer Stadt wie Wien, auf europäische Metropolräume oder globale Städteverbünde verweist diese Vorstellung jedoch auf ein kumulatives Potenzial urbaner Interventionen, das nicht technokratisch skaliert, sondern lokal ausgehandelt wird.

Entscheidend ist dabei nicht die rechnerische Summe urbaner Grünflächen, sondern die Frage, unter welchen sozialen, institutionellen und räumlichen Bedingungen solche Flächen entstehen, genutzt und verstetigt werden können. Die Analyse zeigt, dass urbane Nachhaltigkeit nicht primär durch universelle Modelle oder großmaßstäbliche Masterpläne erzeugt wird, sondern durch die Verdichtung kontextspezifischer Praktiken, deren Wirkung sich erst im Zusammenspiel lokaler Ressourcen, institutioneller Anschlussfähigkeit und symbolischer Anerkennung entfaltet.

In diesem Sinne steht Urban Gardening exemplarisch für eine Form urbaner Nachhaltigkeit, die globale Krisen nicht unmittelbar löst, aber sichtbar macht, wie Städte lernfähig, anpassungsfähig und sozial resilient werden können. Gerade in dieser begrenzten, aber präzisen Wirkung liegt sein analytischer und politischer Stellenwert im internationalen Diskurs nachhaltiger Stadtentwicklung.

Literaturverzeichnis

- Anguelovski, Isabelle (2013): New Directions in Urban Environmental Justice. Rebuilding Community, Addressing Trauma, and Remaking Place. In: *Journal of Planning Education and Research* 33 (2), S. 1–16. DOI: 10.1177/0739456X13478019.
- Anguelovski, Isabelle; Connolly, James J. T.; Garcia-Lamarca, Melissa; Cole, Helen; Pearsall, Hamil (2019): New scholarly pathways on green gentrification: What does the urban ‘green turn’ mean and where is it going? In: *Progress in Human Geography* 43 (6), S. 1064–1086. DOI: 10.1177/0309132518803799.
- Artanti, Metinn Dyah; Suharto, Didik G.; Haryanti, Rina Herlina (2023): The Effectiveness of the Implementation of the Urban Farming Program in Indonesia. In: *JoSS* 2 (6), S. 533–542. DOI: 10.57185/joss.v2i6.92.
- Balas, Maria; Lexer, Wolfgang; Lindinger, Helga; Neumann, Judith; Offenzeller, Martina; Völler, Sonja; Vollgruber, Doris (2024): Die Österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel. Teil 2 – Aktionsplan, Handlungsempfehlungen für die Umsetzung. Hg. v. Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie. Wien. Online verfügbar unter <https://h7.cl/BMLUK>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- bioforschung: Gemeinschaftsgärten und Nachbarschaftsgärten | Garteln in Wien. Online verfügbar unter <https://h7.cl/bioforschung>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Bourdieu, Pierre (1992): Ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital.
- Brenner, Neil; Marcuse, Peter; Mayer, Margit (2009): Cities for people, not for profit. In: *City* 13 (2-3), S. 176–184. DOI: 10.1080/13604810903020548.
- Broadfoot, Tricia (1978): Reproduction in Education, Society and Culture. In: *Comparative Education* 14 (1), S. 75–82. DOI: 10.1080/0305006780140109.
- Butterfield, Katie L.; Ramírez, A. Susana (2021): Framing Food Access: Do Community Gardens Inadvertently Reproduce Inequality? In: *Health education & behavior : the official publication of the Society for Public Health Education* 48 (2), S. 160–168. DOI: 10.1177/1090198120950617.
- Certomà, Chiara (2015): Expanding the ‘dark side of planning’: Governmentality and biopolitics in urban garden planning. In: *Planning Theory* 14 (1), S. 23–43. DOI: 10.1177/1473095213506202.
- Certomà, Chiara; Tornaghi, Chiara (2015): Political gardening. Transforming cities and political agency. In: *Local Environment* 20 (10), S. 1123–1131. DOI: 10.1080/13549839.2015.1053724.
- Colding, Johan; Barthel, Stephan; Bendt, Pim; Snep, Robbert; van der Knaap, Wim; Ernstson, Henrik (2013): Urban green commons: Insights on urban common property systems. In: *Global Environmental Change* 23 (5), S. 1039–1051. DOI: 10.1016/j.gloenvcha.2013.05.006.

- Dangschat, Jens S. (2007): Soziale Ungleichheit, gesellschaftlicher Raum und Segregation. In: *J. S. Dangschat, & A. Hamedinger (Hrsg.)*, S. 21–50, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Dooling, Sarah (2009): Ecological Gentrification: A Research Agenda Exploring Justice in the City. In: *Int J Urban Regional Res* 33 (3), S. 621–639. DOI: 10.1111/j.1468-2427.2009.00860.x.
- Drake, Luke; Lawson, Laura J. (2015): Results of a US and Canada community garden survey: shared challenges in garden management amid diverse geographical and organizational contexts. In: *Agric Hum Values* 32 (2), S. 241–254. DOI: 10.1007/s10460-014-9558-7.
- EEA (2025): Europe's environment 2025 - Main report. Europe's environment and climate: knowledge for resilience, prosperity and sustainability. EEA report 11/2025. Hg. v. European Environment Agency. European Environment Agency. Luxembourg (EEA report). Online verfügbar unter <https://h7.cl/EEA2025>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Eizenberg, Efrat (2012): Actually Existing Commons: Three Moments of Space of Community Gardens in New York City. In: *Antipode* 44 (3), S. 764–782. DOI: 10.1111/j.1467-8330.2011.00892.x.
- Firth, Chris; Maye, Damian; Pearson, David (2011): Developing “community” in community gardens. In: *Local Environment* 16 (6), S. 555–568. DOI: 10.1080/13549839.2011.586025.
- Flick, Uwe (2018): Designing qualitative research : Some conclusions. In: *Designing Qualitative Research*: SAGE Publications Ltd, S. 147–154. Online verfügbar unter <https://h7.cl/Conclusion>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Gould, Kenneth; Lewis, Tammy (2017): Green Gentrification. Urban Sustainability and the struggle for environmental justice. Oxon: Routledge. Online verfügbar unter <https://h7.cl/Green>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Gregory, Megan M.; Leslie, Timothy W.; Drinkwater, Laurie E. (2016): Agroecological and social characteristics of New York city community gardens: contributions to urban food security, ecosystem services, and environmental education. In: *Urban Ecosyst* 19 (2), S. 763–794. DOI: 10.1007/s11252-015-0505-1.
- Guitart, Daniela; Pickering, Catherine; Byrne, Jason (2012): Past results and future directions in urban community gardens research. In: *Urban Forestry & Urban Greening* 11 (4), S. 364–373. DOI: 10.1016/j.ufug.2012.06.007.
- Hume, Clare; Grieger, Jessica A.; Kalamkarian, Anna; D'Onise, Katina; Smithers, Lisa G. (2022): Community gardens and their effects on diet, health, psychosocial and community outcomes: a systematic review. In: *BMC Public Health* 22 (1), S. 1247. DOI: 10.1186/s12889-022-13591-1.
- Iida, Akiko; Yamazaki, Takahiro; Hino, Kimihiro; Yokohari, Makoto (2023): Urban agriculture in walkable neighborhoods bore fruit for health and food system resilience

- during the COVID-19 pandemic. In: *Npj Urban Sustainability* 3 (1), S. 4. DOI: 10.1038/s42949-023-00083-3.
- IPCC: Climate Change 2021. The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Unter Mitarbeit von Masson-Delmotte, V., P. Zhai, A. Pirani, S.L. Connors, C. Péan, S. Berger, N. Caud, Y. Chen, L. Goldfarb, M.I. Gomis, M. Huang, K. Leitzell, E. Lonnoy, J.B.R. Hg. v. Cambridge Cambridge University Press. Working Group I Contribution to. Online verfügbar unter <https://h7.cl/IPCC2021>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Iuliano, Benjamin; Markiewicz, Alexandra; Glaum, Paul (2017): Socio-economic Drivers of Community Garden Location and Quality in Urban Settings and Potential Effects on Native Pollinators. In: *Michigan Journal of Sustainability* (5), Artikel 1, S. 25–50. DOI: 10.3998/mjs.12333712.0005.103.
- Jessop, Bob (2002): Liberalism, Neoliberalism, and Urban Governance: A State–Theoretical Perspective. In: *Antipode* 34 (3), S. 452–472. DOI: 10.1111/1467-8330.00250.
- Jurt, Joseph (2012): Bourdieus Kapital-Theorie. In: Manfred MAX Bergmann, Sandra Hupka-Brunner, Thomas Meyer, Robin Samuel und Basel Schweiz (Hg.): *Bildung – Arbeit – Erwachsenwerden. Ein interdisziplinärer Blick auf die Transition im Jugendund jungen Erwachsenenalter*. Wiesbaden: Springer VS, S. 21–41. Online verfügbar unter <https://h7.cl/Kapitaltheorie>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Kanosvamhira, Tinashe P.; Tevera, Daniel (2023): Urban community gardens in Cape Town, South Africa: navigating land access and land tenure security. In: *GeoJournal* 88 (3), S. 3105–3120. DOI: 10.1007/s10708-022-10793-3.
- Kluge, Susann (2000): Empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung. In: *Forum: Qualitative Sozialforschung* 1 (1), S. 1–11. Online verfügbar unter <https://h7.cl/Typenbildung>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Kofman, Eleonore; Lebas, Elizabeth (1996): *Writings on Cities*, Henri Lefbvre. Online verfügbar unter <https://h7.cl/Cities>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Krasny, Marianne E.; Tidball, Keith G. (2009): Community Gardens as Contexts for Science, Stewardship, and Civic Action Learning. In: *Cities and the Environment (CATE)* (2), Artikel 8, S. 1–20. DOI: 10.15365/1932-7048.1037.
- Kumnig, Sarah; Exner, Andrea*s; Rosol, Marit (2017): *Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*. Bielefeld: transcript Verlag. Online verfügbar unter <https://h7.cl/ContestedGreen>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Lamnek, Siegfried; Krell, Claudia (2016): *Qualitative Sozialforschung*. Mit Online-Materialien. 6., vollständig überarbeitete Aufl. Weinheim: Beltz. Online verfügbar unter <https://h7.cl/QualitativeSozialforschung>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.

- Land Wien (2024a): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2024. Wien in Zahlen, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Land Wien (2024b): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2024. Wien in Zahlen. Hg. v. Magistrat der Stadt Wien Wirtschaft, Arbeit und Statistik. Wien. Online verfügbar unter <https://www.wien.gv.at/pdf/ma23/jahrbuch.pdf>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Lefebvre, Henri (2007): *The Production of Space*. Maiden, Oxford, Victoria: Blackwell Publishing Ltd. Online verfügbar unter <https://h7.cl/TheProductionofSpace>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Löw, Martina (2001): *Raumsoziologie*. 11. Auflage, Originalausgabe. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1506). Online verfügbar unter <https://h7.cl/Raumsoziologie>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Mahoney, James; Thelen, Kathleen (2016): Explaining institutional change: Ambiguity, agency and power, Cambridge University Press 2010, 254 p.p. In: *SCAD* 6 (1). DOI: 10.12681/scad.8976.
- Marini, Michele; Caro, Dario; Thomsen, Marianne (2023): Investigating local policy instruments for different types of urban agriculture in four European cities: A case study analysis on the use and effectiveness of the applied policy instruments. In: *Land Use Policy* 131, S. 106695. DOI: 10.1016/j.landusepol.2023.106695.
- Mayrhofer, Rita (2021): Planning for Vita Activa - Labor, Work, and Action in a Communal Urban Gardening Project in Vienna. In: *Sustainability* 13 (17), S. 1–18. DOI: 10.3390/su13179864.
- Mayring, Philipp (2019): Qualitative Inhaltsanalyse – Abgrenzungen, Spielarten, Weiterentwicklungen. Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, Vol 20, No 3 (2019): Qualitative Content Analysis I. In: *FQS* 20 (3), S. 1–14. DOI: 10.17169/fqs-20.3.3343.
- McClintock, Nathan (2014a): Radical, reformist, and garden-variety neoliberal: coming to terms with urban agriculture's contradictions. In: *Local Environment* 19 (2), S. 147–171. DOI: 10.1080/13549839.2012.752797.
- McClintock, Nathan (2014b): Radical, reformist, and garden-variety neoliberal: coming to terms with urban agriculture's contradictions. In: *Local Environment* 19 (2), S. 147–171. DOI: 10.1080/13549839.2012.752797.
- Miraftab, Faranak (2009): Insurgent Planning: Situating Radical Planning in the Global South. In: *Planning Theory* 8 (1), S. 32–50. DOI: 10.1177/1473095208099297.
- Mocca, Elisabetta; Friesenecker, Michael; Kazepov, Yuri (2020): Greening Vienna. The Multi-Level Interplay of Urban Environmental Policy-Making. In: *Sustainability* 12 (4), S. 1577. DOI: 10.3390/su12041577.
- Müller, Christa (2011): *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: Oekom. Online verfügbar unter <https://download.e->

bookshelf.de/download/0000/9654/47/L-G-0000965447-0003138062.pdf, zuletzt geprüft am 04.02.2026.

- North, Douglass C. (2012): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*: Cambridge University Press. Online verfügbar unter <https://www.cambridge.org/core/books/institutions-institutional-change-and-economic-performance/AAE1E27DF8996E24C5DD07EB79BBA7EE>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Novy, Johannes; Colomb, Claire (2013): Struggling for the Right to the (Creative) City in Berlin and Hamburg: New Urban Social Movements, New ‘Spaces of Hope’? In: *Int J Urban Regional Res* 37 (5), S. 1816–1838. DOI: 10.1111/j.1468-2427.2012.01115.x.
- Opitz, Ina; Berges, Regine; Piorr, Annette; Krikser, Thomas (2016): Contributing to food security in urban areas: differences between urban agriculture and peri-urban agriculture in the Global North. In: *Agric Hum Values* 33 (2), S. 341–358. DOI: 10.1007/s10460-015-9610-2.
- Pierre, Jon (2000): *Debating Governance: Authority, Steering, and Democracy*. Oxford: Oxford University Press. Online verfügbar unter <https://h7.cl/debatinggovernance>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Pourias, Jeanne; Aubry, Christine; Duchemin, Eric (2016): Is food a motivation for urban gardeners? Multifunctionality and the relative importance of the food function in urban collective gardens of Paris and Montreal. In: *Agric Hum Values* 33 (2), S. 257–273. DOI: 10.1007/s10460-015-9606-y.
- Pudup, Mary Beth (2008): It takes a garden: Cultivating citizen-subjects in organized garden projects. In: *Geoforum* 39 (3), S. 1228–1240. DOI: 10.1016/j.geoforum.2007.06.012.
- Quinton, Jessica; Nesbitt, Lorien; Sax, Daniel (2022): How well do we know green gentrification? A systematic review of the methods. In: *Progress in Human Geography* 46 (4), S. 960–987. DOI: 10.1177/03091325221104478.
- Rahman, Irvanu; Grunwald, Armin; Saha, Somidh (2025): Access to cultural ecosystem services and how urban green spaces marginalize underprivileged groups. In: *npj Urban Sustain* 5 (36), S. 1–11. DOI: 10.1038/s42949-025-00221-z.
- Rambow, Riklef; Moczek, Nicola; Hofmann, Mathias (2014): Aneignung, Teilhabe, Wohlbefinden – Städtische Räume und ihre Nutzung. Einführung in das Schwerpunktthema. In: *Umweltpsychologie* 18 (2), S. 3–9. Online verfügbar unter <https://h7.cl/AneignungTeilhabe>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Rosol, Marit (2010): Public participation in post-Fordist urban green space governance: the case of community gardens in Berlin. In: *International journal of urban and regional research* 34 (3), S. 548–563. Online verfügbar unter <https://h7.cl/participation>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Roth, Katharina; Rovo, Sandra; Lehner, Daniela; Kromp, Bernhard (2019): Garteln in Wien. Bericht im Auftrag der MA49. Hg. v. bioforschung austria. Wien. Online verfügbar

unter <https://www.bioforschung.at/wp-content/uploads/2020/02/Bericht-Garteln-in-Wien-2019-final.pdf>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.

- Sadurní, Marc; Martin-Gutierrez, Samuel; Ali, Ola; Jaramillo, Ana María; Prieto-Curiel, Rafael; Karimi, Fariba (2025): Quantifying urban socio-economic segregation through co-residence network reconstruction. Online verfügbar unter <https://arxiv.org/pdf/2501.15920>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Santo, Raychel E.; Lupolt, Sara N.; Uhde, Katherine M.; Bennaton, Robert C.; Nachman, Kieve E. (2024): From access toward sovereignty: A scoping review of municipal land access policies for urban agriculture in the United States. In: *Elementa Science of the Anthropocene* 12 (1), Artikel 00089, S. 1–16. DOI: 10.1525/elementa.2023.00089.
- Schanbacher, William D.; Cavendish, James C. (2023): The effects of COVID-19 on Central Florida's community gardens: lessons for promoting food security and overall community wellbeing. In: *Front. Public Health* 11, S. 1–10. DOI: 10.3389/fpubh.2023.1147967.
- Schmelzkopf, Karen (1995): Urban Community Gardens as Contested Space. In: *Geographical Review* 85 (3), S. 364–381. DOI: 10.2307/215279.
- Sempik, Joe; Aldridge, Jo; Becker, Sauk (2005): Health, well-being and social inclusion: Therapeutic horticulture in the UK. In: *ccfR* (11), S. 1–2. Online verfügbar unter <https://h7.cl/Socialinclusion>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Seto, Karen C.; Fragkias, Michail; Güneralp, Burak; Reilly, Michael K. (2011): A Meta-Analysis of Global Urban Land Expansion. In: *PLOS ONE* 6 (8), 1-9. DOI: 10.1371/journal.pone.0023777.
- Siegner, Alana; Sowerwine, Jennifer; Acey, Charisma (2018): Does Urban Agriculture Improve Food Security? Examining the Nexus of Food Access and Distribution of Urban Produced Foods in the United States: A Systematic Review. In: *Sustainability* 10 (9), S. 1–27. DOI: 10.3390/su10092988.
- Skar, S. L. G.; Pineda-Martos, R.; Timpe, A.; Pölling, B.; Bohn, K.; Külvik, M. et al. (2020): Urban agriculture as a keystone contribution towards securing sustainable and healthy development for cities in the future. In: *Blue-Green Systems* 2 (1), S. 1–27. DOI: 10.2166/bgs.2019.931.
- Specht, Kathrin; Siebert, Rosemarie; Hartmann, Ina; Freisinger, Ulf B.; Sawicka, Magdalena; Werner, Armin et al. (2013): Urban agriculture of the future: an overview of sustainability aspects of food production in and on buildings. In: *Agric Hum Values* 31 (1), S. 33–51. DOI: 10.1007/s10460-013-9448-4.
- Stadt Wien (2024): Wiener Umweltbericht 2022/2023. Hg. v. Magistrat der Stadt Wien, Umweltschutz. Umweltschutz. Wien. Online verfügbar unter <https://h7.cl/WienerUmweltbericht>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.

- Stadt Wien (2025): Bezirke in Zahlen - Statistiken. Hg. v. Stadt Wien. Wien. Online verfügbar unter <https://www.wien.gv.at/statistik/bezirke/>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Stoker, Gerry (2008): Governance as theory: five propositions. In: *Int Social Sci J* 50 (155), S. 17–28. DOI: 10.1111/1468-2451.00106.
- Swyngedouw, Erik (2005): Governance Innovation and the Citizen: The Janus Face of Governance-beyond-the-State. In: *Urban Studies* 42 (11), S. 1991–2006. DOI: 10.1080/00420980500279869.
- Tammaru, Tiit; Musterd, Sako; van Ham, Musterd; Marcinczak, Szymon (2015): A multi-factor approach to understanding socio-economic segregation in European capital cities: Routledge. Online verfügbar unter <https://h7.cl/Socio-economicsegregation>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Taylor, John R.; Lovell, Sarah Taylor (2014): Urban home food gardens in the Global North: research traditions and future directions. In: *Agric Hum Values* 31 (2), S. 285–305. DOI: 10.1007/s10460-013-9475-1.
- Thelen, K. (2005): How Institutions Evolve. The Political Economy of Skills in Germany, Britain, the United States, and Japan. In: *Cambridge University Press* 59 (1), Artikel 88, S. 1–335. DOI: 10.1017/CBO9780511790997.
- Tornaghi, Chiara (2014): Critical geography of urban agriculture. In: *Progress in Human Geography* 38 (4), S. 551–567. DOI: 10.1177/0309132513512542.
- van de Wetering, Simone; Groenleer, Martijn (2024): Putting inclusion into practice: how urban professionals give shape to participatory governance approaches in marginalized neighborhoods. In: *Urban Research & Practice* 17 (4), S. 543–563. DOI: 10.1080/17535069.2023.2260355.
- Winkler, Bastian; Maier, Anika; Lewandowski, Iris (2019): Urban Gardening in Germany: Cultivating a Sustainable Lifestyle for the Societal Transition to a Bioeconomy. In: *Sustainability* 11 (3), S. 801. DOI: 10.3390/su11030801.
- Yan, Dan; Liu, Litao; Liu, Xiaojie; Zhang, Ming (2022): Global Trends in Urban Agriculture Research: A Pathway toward Urban Resilience and Sustainability. In: *Land* 11 (1), S. 1–17. DOI: 10.3390/land11010117.
- Yin, Robert K. (2014): Case study research. Design and methods - Third Edition. 5. Aufl. Thousand Oaks, London, New Delhi: SAGE Publications. Online verfügbar unter <https://h7.cl/Casestudy>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.
- Zechmeister, Andreas; Anderl, Michael; Bartel, Andreas; Frei, Elisabeth; Gugele, Bernd; Gössl, Michael (2022): Klimaschutzbericht 2022. Hg. v. Umweltbundesamt GmbH. Umweltbundesamt. Wien (Report / Umweltbundesamt, REP-0816). Online verfügbar unter <https://h7.cl/Klimaschutzbericht>, zuletzt geprüft am 04.02.2026.

Anhang

Anhang 1: Interviewleitfaden

Ziel der Interviews:

Rekonstruktion der sozialen und institutionellen Bedingungen, die zur ungleichen Entwicklung von Urban Gardening-Initiativen in unterschiedlichen sozialen Kontexten beitragen. Überprüfung der in der Arbeit formulierten Erwartungen:

1. In Anlehnung an **Bourdieu's Kapitaltheorie** ist anzunehmen, dass die Handlungs- und Organisationsfähigkeit von Urban-Gardening-Initiativen von der ungleichen Verfügbarkeit sozialer und kultureller Ressourcen abhängt. Projekte in sozial privilegierten Kontexten verfügen tendenziell über bessere Zugänge zu Wissen, Kontakten und administrativer Unterstützung, was ihre institutionelle Verstetigung erleichtert.
2. Aufbauend auf **raumsoziologischen Ansätzen** (Lefebvre, Löw) kann erwartet werden, dass sich Urban Gardening in unterschiedlichen Stadtteilen auch als unterschiedliche Form der Raumaneignung manifestiert. Während in sozioökonomisch schwächeren Bezirken gemeinschaftliche Nutzung und soziale Einbindung im Vordergrund stehen, treten in wohlhabenderen Bezirken häufiger ästhetisch-symbolische Formen der Gestaltung und Repräsentation hervor.
3. Es ist zu erwarten, dass die **institutionelle Unterstützung** von Urban-Gardening-Initiativen nicht in allen Bezirken gleichermaßen wirksam ist. Lokale Verwaltungsstrukturen und **intermediäre Organisationen** spielen dabei eine zentrale Rolle. Ihre unterschiedlichen Kapazitäten und Netzwerke können die Umsetzung von Projekten fördern oder begrenzen und so bestehende soziale Ungleichheiten reproduzieren.

Theoretischer Rahmen:

- **Kapitaltheorie** (Bourdieu): Ressourcenausstattung in Form von ökonomischem, kulturellem, sozialem und symbolischem Kapital.
- **Raumsoziologie** (Lefebvre; Löw): Raum als soziale Produktion und Aneignung.
- **Institutionen- und Governance-Theorien** (North; Thelen; Brenner et al.): Selektive Wirkung institutioneller Angebote und intermediärer Unterstützungsstrukturen.

Aufbau und Ablauf des Interviews

- **Vorbereitung und Kontextklärung**
 - Vorstellung des Forschungsprojekts und der Interviewerin / des Interviewers.
 - Hinweis auf Vertraulichkeit, Anonymisierung und freiwillige Teilnahme.
 - Einwilligung zur Audioaufnahme und deren Nutzung zu wissenschaftlichen Zwecken.
- **Einstiegsfrage / Erzählanstoß**
 - „Könnten Sie mir bitte zunächst erzählen, wie Ihr Projekt entstanden ist und welche Rolle Urban Gardening für Sie selbst und Ihr Umfeld spielt?“

Block 1: Soziale Ausgangsbedingungen und Ressourcenausstattung

- „Wie würden Sie die sozialen Rahmenbedingungen für Urban Gardening in Ihrem Bezirk/Ihrer Initiative beschreiben?“

- „Welche Ressourcen (z. B. Netzwerke, Know-how, finanzielle Mittel, Öffentlichkeitsarbeit) sind besonders wichtig, um solche Projekte zu starten und langfristig zu sichern?“
- „Gab es bestimmte Hürden oder Unterstützungsangebote, die Ihnen dabei besonders aufgefallen sind?“

Theoretischer Bezug

Kapitaltheorie: Erfassung der verschiedenen Kapitalarten (ökonomisch, kulturell, sozial, symbolisch) und ihrer Konvertierbarkeit.

Verknüpfung zur Erwartung 1 & 2: Untersuchung ungleicher Ressourcenverfügbarkeiten und deren Bedeutung für Projektstabilität.

Block 2: Institutionelle Förderlogiken und Governance-Strukturen

- „Nutzen Sie oder Ihre Initiative Förderprogramme oder Unterstützungsangebote der Stadt oder von anderen Organisationen? Wie verlief der Zugang dazu?“
- „Gab es spezifische Anforderungen, die Ihnen geholfen oder die Ihnen den Zugang erschwert haben?“
- „Wie erleben Sie die Zusammenarbeit mit städtischen Stellen oder anderen intermediären Organisationen (z. B. NGOs, Kirchen, Nachbarschaftszentren)?“

Theoretischer Bezug

Institutionentheorie (North, Thelen): Wirkung formeller und informeller Regeln, Pfadabhängigkeiten.

Governance-Perspektive: Netzwerkinteraktionen zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Markt.

Verknüpfung zur verlinkten Studie: Selektive Wirkung institutioneller Logiken und deren Einbettung in die Alltagspraktiken der Akteur:innen.

Block 3: Partizipationsformen und soziale Inklusion

- „Wie wird Partizipation in Ihrem Projekt organisiert? Gibt es bestimmte Entscheidungsstrukturen oder Mitbestimmungsformate?“
- „Wer beteiligt sich aktiv an Ihrem Projekt? Und gibt es Gruppen, die eher nicht mitmachen?“
- „Welche Rolle spielt Gemeinschaft für Sie und die Teilnehmenden?“

Theoretischer Bezug

Raumsoziologische Perspektive: Urban Gardening als sozialer Raum der Teilhabe und symbolischen Positionierung.

Block 4: Symbolische und politische Bedeutungen

- „Welche gesellschaftliche oder politische Bedeutung hat Urban Gardening aus Ihrer Sicht?“
- „Wie wird Ihr Projekt in der Öffentlichkeit oder in Medien wahrgenommen?“
- „Würden Sie sagen, dass Ihr Projekt eher Ausdruck eines nachhaltigen, bürgerlichen Lebensstils ist oder eher ein Ort kollektiver Resilienz?“

Theoretischer Bezug

Bourdieu: Symbolisches Kapital und Distinktion.

Raumproduktion und politische Diskurse (Lefebvre): Urban Gardening als Aushandlungsfeld für Zugehörigkeit und Gemeinwohl.

Verknüpfung zur verlinkten Studie: Bedeutung von Deutungsmustern und Anerkennung.

Block 5: Zukunftsperspektiven und Wünsche

- „Wie sehen Sie die Entwicklung Ihres Projekts in den kommenden Jahren?“

- „Welche Veränderungen in der Stadtpolitik oder bei Förderprogrammen wären aus Ihrer Sicht wünschenswert oder notwendig?“
- „Was würden Sie anderen Initiativen oder politischen Akteur:innen raten?“

Abschließende Frage

- „Gibt es noch etwas, das Ihnen in diesem Zusammenhang wichtig ist oder das wir bisher nicht besprochen haben?“

Anhang 2: Interviewpartner:innen

Organisationsname	Organisationstyp	Stadt Wien Förderung	Bezirkskategorie	Datum
Wiener Stadtgärten, Leitung Stabstelle Projektentwicklung &- steuerung	Öffentliche Einrichtung, MA 42	Vollfinanzierung, direkt von der Stadt Wien getragen	bezirksübergreifend	13.06.2025
Gartenpolylog	NGO, Verein	Projektbezogene Partnerfinanzierung	bezirksübergreifend	16.06.2025
Bioforschung Austria	Forschungsinstitution, Verein	Teils durch Stadt Wien MA 49 unterstützt	bezirksübergreifend	17.06.2025
Bezirksvorstand Döbling	Öffentliche Verwaltung, bezirkspolitische Institution	Vollfinanzierung, Amt der Stadt Wien	Ökonomisch starker Bezirk	18.06.2025
Gebietsbetreuung Stadterneuerung (1,2,20. Bezirk)	Öffentliche Verwaltung, städtisches Programm	NGO, teils von Stadt Wien gefördert	Ökonomisch schwacher Bezirk, bezirksübergreifend	18.06.2025
Bezirksvorstand Brigittenau	Öffentliche Verwaltung, bezirkspolitische Institution	Vollfinanzierung, Amt der Stadt Wien	Ökonomisch schwacher Bezirk	11.08.2025
Lokale Agenda, Gräzellabor (Favoriten)	NGO, Verein	Kooperation mit Stadt Wien und Bezirksbüro	bezirksübergreifend	18.10.2025

Anhang 3: Tabellarische Übersicht der Codierstruktur

Level	Cod e	Sub(kategorie)	Theoretische Verankerung	Analytischer Fokus	Codierhinweise
1	E1	Kapitalverteilung	Bourdieu	Ungleiche Ausstattung mit Ressourcen beeinflusst Handlungsmöglichkeiten, Organisationsfähigkeit und institutionellen Zugang von Urban-Gardening-Akteur:innen.	Aussagen zu Ressourcen, Kompetenzen, Netzwerken, Anerkennung
2	E1_1	Ökonomisches Kapital	Bourdieu	Materielle Voraussetzungen für Projektumsetzung	- finanzielle Mittel/ Budget/ Kosten - materielle Ausstattung (Werkzeuge, Infrastruktur) - Zugang zu Flächen/ Pacht/ Grundstücke - zeitliche Ressourcen/ Verfügbarkeit - Hinweise auf Ressourcenknappheit oder -überschuss
2	E1_2	Kulturelles Kapital	Bourdieu	Wissens- und Kompetenzressourcen	- formale Bildung/ Ausbildung - Fach- und Erfahrungswissen (Gartenbau, Nachhaltigkeit) - Verwaltungs- und Projektkompetenzen - Kenntnis institutioneller Zuständigkeiten - Fähigkeit, Anträge/ Regeln/ Verfahren zu nutzen - sprachliche oder kommunikative Codes
2	E1_3	Soziales Kapital	Bourdieu	Soziale Einbettung und Vernetzung	- persönliche Kontakte - Netzwerke mit Verwaltung, NGOs, Initiativen - nachbarschaftliche Beziehungen - Kooperationen/ Partnerschaften - Vermittlung über Dritte
2	E1_4	Symbolisches Kapital	Bourdieu	Symbolische Aufwertung von Projekten	- öffentliche Anerkennung/ Image - mediale Präsenz/ Öffentlichkeit - institutionelle Legitimität - Wahrnehmung als „Vorzeigeprojekt“ - Sichtbarkeit als Wert an sich

Level	Code	Sub(kategorie)	Theoretische Verankerung	Analytischer Fokus	Codierhinweise
1	E2	Raumaneignung	Lefebvre; Löw	Urban Gardening als Prozess sozialer Raumproduktion mit materiellen, sozialen und symbolischen Dimensionen.	Aussagen zu Nutzung, Gestaltung, Bedeutung oder Zugänglichkeit von Räumen
2	E2_1	Materielle Nutzung	Lefebvre	Physische Nutzung urbaner Räume	- Art der Fläche (öffentlich/privat) - infrastrukturelle Ausstattung - Dauerhaftigkeit/ Zwischennutzung - Zugänglichkeit/ Abgrenzung - physische Gestaltung des Raums
2	E2_2	Gemeinschaftliche Nutzung	Löw	Soziale Dimension von Raum	- gemeinschaftliche Nutzung - Nachbarschaft/ soziale Einbindung - Begegnung/ Austausch - Bildungs- oder Integrationsfunktionen - kollektive Organisation
2	E2_3	Ästhetik und Symbolik	Lefebvre	Symbolische Bedeutung von Raum	- ästhetische Gestaltung/ Design - Aufwertung des Raums - Repräsentationsfunktionen - Distinktionsaspekte - symbolische Bedeutungszuschreibungen
2	E2_4	Öffentliche Sichtbarkeit	Löw	Wahrnehmbarkeit im Stadtraum	- Lage im Stadtraum - öffentliche Zugänglichkeit - mediale Präsenz/ Online-Sichtbarkeit - Veranstaltungen/ Events - Außenauftritt
2	E2_5	Ausschluss & Begrenzung	Lefebvre	Exklusionsmechanismen	- Zugangsbeschränkungen - implizite soziale Barrieren - Nutzungskonflikte - Unsichtbarkeit bestimmter Gruppen - Hinweise auf Verdrängung oder Abgrenzung

Level	Code	Sub(kategorie)	Theoretische Verankerung	Analytischer Fokus	Codierhinweise
1	E3	Institutionelle Selektivität	North; Thelen	Institutionelle Rahmenbedingungen wirken selektiv und strukturieren Teilhabechancen im Feld Urban Gardening.	Aussagen zu Verwaltung, Förderung, Governance, institutionellen Wirkungen
2	E3_1	Institutionelle Förder- & Unterstützungsstrukturen	North	Formale Unterstützung	- Förderprogramme/ Projektaufträge - institutionelle Ressourcen - zuständige Magistratsabteilungen - formale Unterstützungsangebote
2	E3_2	Formale Zugangsbedingungen & bürokratische Anforderungen	Thelen	Administrative Regeln	- Anträge/ Genehmigungen - formale Verfahren - Regelwerke/ Auflagen - Zuständigkeiten - Dauer/ Komplexität bürokratischer Prozesse
2	E3_3	Intermediäre Akteur:innen & Governance-Strukturen	Governance-Ansätze	Vermittlungsakteur:innen zwischen Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik.	- Gebietsbetreuung - NGOs/ Lokale Agenda - Vernetzungsstellen - Koordinations- und Weiterverweisungsfunktionen
2	E3_4	Selektive institutionelle Wirkungen	North;Thelen	Ungleiche Effekte	- unterschiedliche Wirkungen gleicher Regeln - Begünstigung bestimmter Gruppen - Benachteiligung ressourcenschwacher Akteur:innen - implizite Selektionsmechanismen
2	E3_5	Institutionelle Pfadabhängigkeiten	Thelen	Historisch gewachsene institutionelle Strukturen und Routinen.	- historisch gewachsene Strukturen - etablierte Routinen - frühe institutionelle Entscheidungen - fragmentierte Zuständigkeiten

Anhang 4: Institutionelle und Akteurs bezogene Einordnung

Ebene	Akteur:in / Institution	Institutioneller Typ	Zentrale Funktion im Netzwerk	Bezug zur Stadt Wien
Wissens- & Bildungsebene	Bioforschung Austria	außeruniversitäres Forschungsinstitut (Projekt)	▪ Bildungsarbeit ▪ Sichtbarmachung von Initiativen ▪ Weiterleitung ▪ informelle Vernetzung	Projekt im Auftrag der MA 49 (Stadt Wien)
Verwaltungsebene	MA 42 - Wiener Stadtgärten	Magistratsabteilung	▪ Zuständigkeit für öffentliche Grünflächen ▪ fachliche Umsetzung	Teil der Stadtverwaltung
Verwaltungsebene	MA 18, MA 22	Magistratsabteilungen	▪ Stadtentwicklung (MA 18) ▪ Umwelt- & Klimathemen (MA 22)	Teil der Stadtverwaltung
Politische Ebene (lokal)	Bezirksvorstand (19., 20. Bezirk)	Bezirkspolitik	▪ politische Unterstützung ▪ lokale Prioritätensetzung	politische Organe der Stadt Wien
Intermediäre Ebene	Gebietsbetreuung Stadterneuerung (GB*)	stadtnahes Service-/Intermediärsorgan	▪ Erstberatung ▪ Prozessbegleitung ▪ administrative Übersetzung	im Auftrag der Stadt Wien tätig
Intermediäre Ebene	Lokale Agenda 21 Wien	Verein (stadtnah)	▪ Beteiligungsprozesse ▪ Moderation ▪ langfristige Begleitung	finanziert & politisch eingebettet
Intermediäre Eben	Grätzllabor (Lokale Agenda 21, bezirksbezogen)	projektbasierte, stadtnah beauftragte Initiative / Beteiligungsformat	▪ Aktivierung lokaler Bevölkerung ▪ Beteiligungs- und Co-Creation-Prozesse ▪ Unterstützung kleinräumiger Initiativen ▪ Schnittstelle zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft	finanziert und beauftragt durch die Stadt Wien (Lokale Agenda 21 / Bezirke)
Zivilgesellschaftliche Ebene	Gartenpolylog	NGO / gemeinnütziger Verein	▪ Vernetzung ▪ Pionierarbeit ▪ kritische Reflexion	projektbezogene Kooperation mit Stadt Wien